

Aylä Neusel und Ulrich Teichler (Hg.)

Neue Aufgaben der Hochschulen

Werkstattberichte – Band 3
Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
Gesamthochschule Kassel

Kassel 1980

WERKSTATTBERICHTE

Herausgeber: Wissenschaftliches Zentrum
für Berufs- und Hochschulforschung an der
Gesamthochschule Kassel
Redaktion: Gabriele Gorzka

Alle Rechte vorbehalten
Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
an der Gesamthochschule Kassel
Henschelstr. 2, 3500 Kassel

ISBN: 3-88122-065-8
Gesamthochschulbibliothek

INHALT

	Seite
Aylâ Neusel und Ulrich Teichler: Einleitung	7
1. Klaus Heipcke: Entwicklungstrends im Bildungswesen der BRD und die Zukunft der Hochschule	10
2. Ulrich Teichler: Hochschulausbildung für ein erweitertes Berufsspektrum - Möglichkeiten und Probleme	24
3. Peter Jockusch: Hochschulplanung 1990 - Problem oder Chance?	42
4. Helmut Winkler: Tendenzen und Entwicklungsperspektiven im amerikani- schen Hochschulwesen 1980	60
5. Aylâ Neusel: Können die Hochschulen in Zukunft neue Dienstleistungs- aufgaben für die Gesellschaft übernehmen? Beispiel: die Gesamthochschule Kassel	90
6. Wolfgang Steube: Modelle im Hochschulbereich	97
7. Angelika Trilling: Altenuniversitäten oder Alte in die Universitäten?	110
8. Matthias Wessler: Hochschulen in der Dritten Welt - Anmerkungen zur Frage nach der Rolle von Hochschulen im Entwicklungsprozeß	122



Einleitung

Aylá Neusel und Ulrich Teichler

Die Diskussion über die Ziele der Hochschulentwicklung war Ende der sechziger und im Verlauf der siebziger Jahre von spezifischen bildungspolitischen Vorstellungen geprägt. Neustrukturierung des Hochschulbereichs, Ausweitung der Hochschulbildung, Abbau der Chancenungleichheit, regionale Ausgewogenheit des Bildungsangebots, Durchlässigkeit der Studiengänge etwa waren die Hauptthemen. Nach einem Jahrzehnt fällt die Bewertung der Ergebnisse und zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen sehr unterschiedlich aus; erfreuliche und unerfreuliche Seiten der Hochschulentwicklung können festgestellt werden. Die äußeren Umstände der Hochschulreformen, die politische Großwetterlage hat sich geändert. Viele Reformer sind darüber enttäuscht, daß sie ihre Konzeptionen nicht voll verwirklichen konnten. Die Erwartungsunsicherheit über die Berufstätigkeiten der Hochschulabsolventen trägt ebenfalls dazu bei, manches Reformziel pessimistisch zu beurteilen, allerdings kann auch auf relative Erfolge verwiesen werden. In jedem Falle aber ist die derzeitige Diskussion in erster Linie damit beschäftigt, eine Epoche von Hochschulentwicklungsansätzen aufzuarbeiten.

Dem vorliegenden Band liegt demgegenüber die Absicht zugrunde, neue Zielperspektiven zur Diskussion zu stellen, die eine weitere Generation von Reformansätzen prägen. Trotz aller Probleme, die Vielfalt der Innovationen einer endenden Reformphase zu verdauen, gibt es Anzeichen dafür, daß sich den Hochschulen neue Zieldiskussionen und neue Programme aufdrängen. Vier Überlegungen begründen diese Annahme:

- Die Tradition einer relativ großen Homogenität des deutschen Hochschulwesens hat zumindest ihre Nachwirkungen darin, besonderen Ansätzen zur Hochschulreform das Leben zu erschweren. Leistungsvergleiche und Forderungen formaler Äquivalenz entmutigen Experimente und behindern Ansätze zu einer Differenzierung. Da jedoch eine Ausweitung der Studentenzahlen schwerlich ohne eine gewisse Differenzierung möglich ist, steht die Lösung der Frage noch aus, in welcher Form eine Differenzierung in den Zielen und Programmen der Hochschulen wünschenswert ist und auf Unterstützung rechnen kann.

- Nach den Anstrengungen um den quantitativen Ausgleich des Studienangebots und um die Bewältigung des "Studentenbergs" kann in den neunziger Jahren mit einem Abnehmen der Studentenzahlen im Bereich hochschulischer Erstausbildung gerechnet werden. Damit eröffnen sich für die Hochschule Chancen und Gefahren, die in der Diskussion der sechziger und siebziger Jahre noch keine Rolle spielten.
- Veränderungen der Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen im Zuge wachsender Studentenzahlen wurden bisher überwiegend als eine Bedrohung alter Berufsperspektiven registriert, nicht jedoch als konkrete Herausforderung an die Hochschule bei einem veränderten Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Die Erfahrungen über den Verbleib der Hochschulabsolventen in den achtziger Jahren werden sicherlich neue Anregungen für die Diskussionen über die Aufgaben des Studiums erbringen.
- Das Verhältnis von Hochschule und Region ist bei den Bemühungen um Chancengleichheit und Praxisorientierung des Studiums allmählich stärker thematisiert worden. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß dies erst der Anfang einer Entwicklung war, in der sich die Hochschulen stärker auf ihren regionalen Kontext besinnen.

Das Wissenschaftliche Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung betrachtet es als seine Aufgabe, neben gegenwartsbezogenen Analysen einen Teil seiner Aktivitäten auf Sondierungen wahrscheinlicher Funktionsveränderungen der Hochschulen und hochschulrelevanter Veränderungen von Arbeit und Beruf zu konzentrieren.

Der hier vorliegende Band umfaßt Diskussionsbeiträge zu einem Colloquium, das zwei Semester lang von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Zentrums und anderen Interessenten an der Gesamthochschule Kassel durchgeführt wurde. Die Diskussion über Zielperspektiven der Hochschulen in den achtziger und neunziger Jahren wurde hochschulöffentlich geführt, um einerseits Anregungen aus unterschiedlichen Erfahrungsbereichen einer Hochschule einbringen zu können und andererseits auch Impulse für Entscheidungen über die weitere Entwicklung einer Hochschule zu geben, die sich angesichts veränderter Bedingungen nicht auf jahrzehnte- oder jahrhundertealten Lorbeeren ausruhen kann.

Mit den Folgewirkungen der Entwicklungen des Hochschulwesens in den siebziger Jahren beschäftigen sich zwei Beiträge. Klaus Heipcke setzt sich mit den Erscheinungsformen einer verharschenden Institutionalisierung der Hochschulen und ihren gesellschaftlichen Ursachen auseinander und fordert demgegenüber offenere Organisationsformen. Ulrich Teichler vertritt die Ansicht, daß die Erweiterung des Berufsspektrums für Hochschulabsolventen, die durch die Hochschulexpansion eingetreten ist, von den Hochschulen bisher nur als "Betriebsunfall" empfunden wird; er schlägt vor, im Hochschulbereich aktive curriculare Strategien im Hinblick auf erweiterte Berufsbereiche zu entwickeln.

Die Probleme, die auf die Hochschulen nach dem Ende des "Studentenbergs" zukommen, stehen im Mittelpunkt von zwei weiteren Beiträ-

gen. Peter Jockusch, Hochschullehrer für Bedarfsplanung im Fachbereich Architektur, sieht gravierende Folgen eines Rückganges der Studentenzahlen, da die Hochschulen der Bundesrepublik kaum ihre Funktionen verändern werden. Helmut Winkler stellt dar, wie man sich in den USA auf wachsende Finanzierungsprobleme und unsichere Entwicklungen der Studentenzahlen einzustellen versucht.

Neue Aufgaben der Hochschulen werden in drei Beiträgen zur Diskussion gestellt. Aylá Neusel verweist auf Ansätze unmittelbarer Dienstleistungen der Hochschulen für die Gesellschaft, etwa durch Weiterbildung, Forschung mit Bezug auf die Region oder Dienstleistungsangebote für die Umgebung. Wolfgang Steube stellt als interessante Reformansätze aus anderen Ländern die Zulassung von Erwerbstätigen ohne traditionelle Hochschulreife in Schweden, einen "Wissenschafts-Laden" in den Niederlanden und ein Modell alternativer Lehrerbildung aus Dänemark vor. Angelika Trilling, Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe Soziale Gerontologie, arbeitet bisherige Ansätze zur Entwicklung von Altenuniversitäten in verschiedenen Ländern kritisch auf.

In dem abschließenden Beitrag macht Matthias Wesseler, Mitarbeiter des Kontaktstudienzentrums im Fachbereich Internationale Agrarwirtschaft, das "koloniale Erbe" und die gegenwärtige Krise von Hochschulen in der Dritten Welt bewußt und verweist auf die Schwierigkeiten, alternative Konzepte von Hochschulfunktionen in der Dritten Welt zu realisieren.

Mit diesen Beiträgen kann nicht der Anspruch erhoben werden, die wichtigsten Themenbereiche ausreichend abzudecken. Auch bestanden für die Autoren unterschiedliche Voraussetzungen, einschlägige Publikationen und Reformansätze aufzuarbeiten. Uns erschien es jedoch lohnend, die vorliegenden Papiere zur Diskussion zu stellen, um einen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten, der Debatte über neue Aufgaben der Hochschulen ihre bisherige Zughaftigkeit zu nehmen.

1. ENTWICKLUNGSTRENDS IM BILDUNGSWESEN DER BRD UND DIE ZUKUNFT DER HOCHSCHULE

Klaus Heipcke

1. Ist die Hochschulreform am Ende? Warum es gerade jetzt not tut, die Frage nach der Zukunft der Hochschule zu stellen

Würde man der vielfach vertretenen Auffassung folgen, die Hochschul- und Studienreform sei im letzten Jahrzehnt unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Erliegen gekommen und der Wandel der Hochschule sei eher der Stagnation und einer inneren Lethargie gewichen, so wäre damit sicher auf wichtige Phänomene der Entwicklung des Bildungswesens der BRD verwiesen; doch die Analyse würde weiterhin Gefahr laufen, in überholten und widersprüchlichen Kategorien der Studienreform befangen zu bleiben, die schließlich selbst mit zum gegenwärtigen Zustand beigetragen haben. Die Studienreform war zweifellos von verhältnismäßig breitem Engagement getragen und in einzelnen Teilen erfolgreich; insgesamt blieb sie jedoch eher blind, eine Reform, der sich die eingeleiteten Maßnahmen unter der Hand häufig in ihr Gegenteil verkehrten. Die Grundidee der Studienreform sich in gemeinsamer Reflexion auf den Sinn und die Zielsetzungen des Studiums zu besinnen, endete meist in der Überkanonisierung der Studienpläne (ihrer sogenannten Straffung und Entrümpelung). Die Selbstverwaltung übernahm in der Regel die Rolle der Selbstdisziplinierung etc. Die Reformmaßnahmen blieben insgesamt auf die institutionellen Aspekte und staatlichen Maßnahmen konzentriert und haben das Ganze der Bildung vielfach aus dem Blick verloren.

Die Rede von der steckengebliebenen Hochschulreform täuscht einerseits darüber hinweg, daß ein radikaler Wandel im Hochschulwesen stattgefunden hat und die theoretischen und konzeptionellen Grundlagen der Studienreform sich in ihr niedergeschlagen haben, und andererseits, daß die gesellschaftlichen Bedingungen der Hochschule gegenwärtig einem Wandel unterworfen sind, der in seinen Auswirkungen auf die Hochschule mit den Kategorien und Konzepten der Bildungsreform der letzten beiden Jahrzehnte nicht mehr erfaßt, schon gar nicht erklärt werden kann¹.

Dabei treten die Probleme, wenn auch zunächst ohne erkennbaren systematischen Zusammenhang, immer deutlicher zutage. Die voraussichtlich rückläufigen Studentenzahlen zwingen die Hochschulen gerade aufgrund der in den siebziger Jahren neugeschaffenen Kapazitäten, nach Überlebensstrategien zu suchen ². Die massive Überalterung des Lehrkörpers in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird ihren Schatten auch auf Lehre und Forschung werfen. Der mit dem Instrumentarium der Studienreform ermöglichte Zugriff des Staats auf Studium und Studieninhalte tritt offensichtlich mit den neuen Gesetzgebungen auch in ein qualitativ neues, zentralistisches Stadium ³. Schließlich wird die immer stärker diskutierte Ausweitung der Aufgaben der Hochschule nicht ohne entsprechenden Funktionswandel derselben abgehen.

Will die Hochschule sich nicht passiv gegenüber den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Arbeit verhalten, will sie nicht mit relativ blindem Planungsaktionismus Entwicklungen in Gang setzen, die ihr letztlich doch entgleiten, so wird sie nicht umhin können, den Wandel der gesellschaftlichen Bedingungen und der Anforderungen an die Hochschule von Grund auf zu durchdenken und eine neue Sichtweise auf das Bildungswesen, welche die historische Relativität der Kategorien der Bildungsreform berücksichtigt, zu erarbeiten. Die folgenden Thesen sind der Versuch, in dieser Richtung einige Überlegungen beizutragen.

2. Gesellschaftliche Bedingungen der Hochschulentwicklung: Momente einer globalen Perspektive

Wenn auch die Erkenntnis der grundlegenden Bedeutung von Wachstumskrisen für die Entwicklung des Bildungswesens einer Gesellschaft von Beginn an impliziter Bestandteil der Diskussion um die Bildungsreform in der BRD war, so setzt doch erst in den letzten Jahren, vor allem mit der Kritik der Auswirkungen der Bildungsreform, die Analyse ihrer gesellschaftlichen Bedingungen in größerem Umfang ein. Für die USA, die als vergleichbare Industrienation einen entsprechenden Wandel ihres Bildungswesens bereits früher erfahren haben, weisen Bowles und Gintis ⁴ in einer umfassenden Studie nach, daß das Verhältnis von Wachstumskrise und Bildungsreform nicht als direkter, sondern eher als indirekter gesellschaftlich vermittelter Zusammenhang zu denken ist. Das Bildungswesen ist demzufolge in Wachstumskrisen gezwungen, sich den gewandelten gesellschaftlichen Strukturen und Anforderungen anzupassen. Dieser Anpassungsprozeß läßt kurzfristig unter der Bedingung widersprüchlicher Einzelentwicklungen in der Gesellschaft Ambivalenzen und Freiräume entstehen, welche durch Reformansätze und Impulse so lange ausgefüllt werden können, bis eine Konsolidierung der gesellschaftlichen Entwicklung eintritt. Die Bewertung der Reformansätze sowie der Veränderungen im Bildungsbereich setzt damit eine genauere Bestimmung

des Charakters der jeweiligen Wachstumskrise und der zu ihrer Überwindung angewandten politisch-ökonomischen Strategien voraus.

Das Besondere der Bildungsreform in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre lag darin, daß sie auf Anpassungsprobleme der BRD-Wirtschaft an den Weltmarkt zurückzuführen war und durch die entsprechenden Lösungsstrategien wie z. B. Modernisierung, Rationalisierung und Konzentration⁵ wesentlich mitbeeinflusst wurde. Die breite Umsetzung der Reformmodelle und die Konsolidierung der Bildungsreform fielen dann jedoch Anfang der siebziger Jahre in eine Phase wirtschaftlicher Rezession, die nicht mehr durch Anpassungsprozesse der BRD-Wirtschaft erklärt werden kann, sondern als globale und auf absehbare Zeit anhaltende Wachstumskrise verstanden werden muß. Damit ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, die gesellschaftlichen Grundlagen der Bildungsreform und des Bildungswesens erneut zu durchdenken, insbesondere die für das Bildungswesen konstitutiven gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen herauszuarbeiten. Konstitutiv für die gegenwärtige Wachstumskrise sind die Lösungsformen vergangener Wachstumskrisen der Industriegesellschaften. Sie alle laufen letztlich auf die Konstituierung eines von jeder materiellen Beschränkung befreiten, gleichsam im Prinzip unendlichen Warenmarkts hinaus.

2. 1. Die unbegrenzt mögliche Freisetzung von Arbeitskraft in allen Lebensbereichen durch Taylorisierung und Automation

Die damit zusammenhängende Ausweitung der Freizeit und die gewandelte soziale wie subjektive Bedeutung des Verhältnisses von Arbeit und Freizeit⁶ sowie die Tendenz zur vollständigen Subsumtion des Alltags unter die Verwertungsinteressen des Kapitals, wie sie in den Medienindustrien, der Hobbyindustrie, der Freizeitindustrie etc. deutlich zutage tritt⁷, wird von Leithäuser und Volmberg⁸ auch wie folgt charakterisiert:

"Die zweite Phase der Vergesellschaftung im Spätkapitalismus ist durch das Übergreifen der Planungsstrategien und Verwertungsprinzipien des Kapitals auf das Alltagsleben bestimmt. Das Alltagsleben unterliegt nicht mehr - wie in der bürgerlichen Gesellschaft - einer bloß "formellen Oberaufsicht" des Kapitals, sondern wird von diesem direkt und reell subsumiert. Es wird zum Objekt von Marktkalkulationen und bürokratischer Verwaltung. Subjektivität wird als zusätzlicher Nachfragefaktor des kapitalistischen Marktes und zum Zweck der Realisierung des produzierten Wertes erschlossen. Das Alltagsleben verarmt, die Phantasietätigkeit wird normiert, der Reichtum menschlicher Ausdrucksformen wird in vorgefertigte Raster gepreßt und darin festgehalten, also geschmälert".

2.2. Die Schaffung eines unbegrenzten Absatzmarktes durch scheinbar unbeschränkte Kontrolle der Subjektivität und durch Anwendung neuer Finanzierungstechniken

Es ist dies letztlich - auf eine Formel gebracht - die Eroberung des Subjekts durch Erfindung des "unendlich verlängerten Bedürfnisses": Jeder Wunsch gebiert durch seine nicht befriedigende Erfüllung sich selbst aufs Neue. Das neue Auto, das neue Modell wird mit dem Bedürfnis nach Freiheit, Spontaneität oder Identität so verbunden, daß das Subjekt sich dieser "Verführung" auf Dauer kaum entziehen kann. Doch Kauf und Gebrauch des Automobils werden diese Bedürfnisse nicht wesentlich befriedigen; sie sollen sie auch nicht befriedigen, damit das nächste "brandneue" Modell als dasjenige erscheinen kann, welches alle bisher offen geliebten Wünsche erfüllt.

Baran und Sweezy erläutern diesen Zusammenhang wie folgt: "Vor einem Jahrhundert, als die Konzentrations- und Vertrustungswelle noch nicht eingesetzt hatte, die die monopolistische Phase des Kapitalismus einleitete, spielte die Werbung im Prozeß des Warenvertriebs und der Beeinflussung von Konsumentenhaltung und -gewohnheit eine sehr geringe Rolle. Werbung, wie sie damals existierte, wurde hauptsächlich von kleinen Kaufleuten betrieben, und selbst diese versuchten nicht, besondere Marken oder gekennzeichnete Artikel zu fördern. Die Fabrikanten selbst hatten noch nicht begonnen, die Werbung als ein Mittel auszuwerten, mit dem sie sich die äußerste Konsumentennachfrage sichern konnten. Um 1890 änderten sich sowohl Umfang als auch Ton der Werbung. Die Werbungskosten betragen 1890 360 Mill. Dollar, etwa siebenmal soviel wie 1867. Bis 1929 hatte sich diese Ziffer fast verzehnfacht und belief sich auf 3426 Mill. Dollar. Sobald der Monopolkapitalismus in sein Reifestadium getreten war, nahm die Werbung den Charakter "der Verführung im Gegensatz zur Bekanntmachung oder Wiederholung" an⁹. Und etwas weiter: Da liegt also der Hase im Pfeffer. Wirklich, was sollte aus einem Markt werden, der ständig unter ungenügender Nachfrage leidet? Und was aus einem Wirtschaftssystem, das an chronischer Unterkonsumtion, Unterinvestition, Unterbeschäftigung krankt? Denn die ökonomische Bedeutung der Werbung besteht nicht in erster Linie darin, daß sie für eine Neuverteilung der Konsumentenausgaben auf die verschiedenen Waren sorgt, sondern daß sie die Höhe der gesamten Effektivnachfrage und somit das Einkommens- und Beschäftigungsniveau beeinflusst. Professoren für Marketing und Werbung haben das ebenso wie Wirtschaftsjournalisten bereits erfaßt, aber die Wirtschaftstheoretiker haben es mit wenigen Ausnahmen bis jetzt ignoriert"¹⁰.

Zu welcher Verschwendung an Reichtum und Arbeitskraft eines Volkes dies führen kann, wird am Beispiel der Automobilindustrie demonstriert: "Die Gesamtersparnis an verfügbaren Mitteln würde dann mehr als 11 Mrd. Dollar im Jahr betragen. Nach dieser Berechnung haben die Ände-

rungen der Automodelle Ende der fünfziger Jahre das Land rund 2,5 % seines Bruttosozialproduktes gekostet" ¹¹.

2.3. Die Schaffung eines unbeschränkten Warenmarkts durch rohstoffabhängige (Schein-)Befriedigung von Bedürfnissen, also durch Immateralisierung der Warenangebote.

Kapitalistische und sozialistische Industrienationen könnten mittels ihrer Bewußtseinsindustrien ¹² durchaus in der Lage bzw. versucht sein, die mit der globalen Wachstumskrise verbundenen Schwierigkeiten der Industrialisierung und die damit verbundenen Gefahren für die Welt expansiv zu meistern.

"All das haben wir bereits während der großen Depression der Jahre 1930 erlebt. Der Kapitalismus kann das Nullwachstum unter Ausschaltung der Konkurrenz zugunsten einer allgemeinen Kartellierung akzeptieren, welche die Beziehung der Kräfte unter den Firmen einfriert, ihnen ihre Gewinne garantiert und die kapitalistische Planwirtschaft an Stelle des Marktspiels einsetzt. Aber versuchen wir weiter zu sehen. Was können dann die großen Firmen mit diesen garantierten Gewinnen machen? Sie nicht wieder investieren, würde bedeuten, daß der Kapitalismus in Agonie verfällt, daß er parasitär wird - vergleichbar dem Regime der Mafia. Die Herren des Club of Rome glauben noch, daß man etwas Besseres tun könnte. Da die Gelegenheiten neuer rentabler Investitionen in den materiellen Produktionen versperrt sein werden, warum sollten sie nicht versuchen, die immateriellen Produktionen, von denen viele noch handwerklichen und vorkapitalistischen Charakter aufweisen, aufzukaufen und zu industrialisieren"? ¹³

Das Wachstum der Elektronik- und Unterhaltungsindustrien, die Diskussion um die Privatisierung des Fernsehens in der Bundesrepublik, die Errichtung von Kabelfernsehsystemen, welche (von der Beschränkung in der Zahl der Kanäle befreit) erst die vollständige kybernetische Einbindung des Subjekts in den Kommunikationsapparat ermöglichen, die Vermarktung der Sexualität und die anhebende Diskussion um die Legalisierung von Drogen und "Sterbehilfe" könnten Schritte in diese Richtung sein. Narr ¹⁴ hat dies erst kürzlich als Gang "hin zu einer Gesellschaft bedingter Reflexe" beschrieben, in der Kommunikation sich auflöst: die universale Kontaktsperre ¹⁵.

2.4. Die praktisch unbeschränkten Möglichkeiten zur Freisetzung von Energie

Die Überwindung der organisatorischen, materiellen und psychischen Schranken der Produktion wird überragt durch die technische Realisation der "Beherrschung" praktisch unbegrenzter Kräfte. Weder dem Abbau

von Rohstoffen noch dem Transport der Waren scheinen nach Menge und Geschwindigkeit Grenzen gesetzt; die Möglichkeiten zur Energieerzeugung übersteigen jedes menschliche Maß. Auch wenn man die praktisch unbeschränkte technische Beherrschbarkeit der Naturkräfte hinsichtlich ihrer zivilen und militärischen Nutzung unterschiedlich bewerten muß, so bleibt doch festzustellen, daß mit ihr eine neue politische Qualität gesetzt ist: die reale Bedrohung der Welt als Ganzes. Und wenn damit der über den individuellen Tod hinausweisende Sinn von Praxis in Frage gestellt ist, so kann dies für das gesellschaftliche Leben nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben. Den voraussichtlich zunehmenden subjektiven Ohnmachtsgefühlen und der Flucht in die Illusion entspricht die politische Hilflosigkeit, mit Kategorien der "Sicherheit und Kontrolle" oder mit terroristischen Utopien der Probleme eines globalen instabilen politisch-militärischen und ökonomischen Gleichgewichts Herr zu werden. Auf die politischen Gefahren derartiger Lösungsversuche hat bereits Jaspers 1958 ¹⁶ hingewiesen. Vor einigen Jahren brachte Jungk ¹⁷ mit der negativen Utopie vom Atomstaat die wachsende Angst auf den Begriff, daß nämlich der Schritt ins Atomzeitalter zum endgültigen und irreversiblen Schritt in die totale Unfreiheit (weil auf physische und psychische Kontrolle ausgerichtet), in die Unterwerfung des Menschen unter die (Sicherheits-)Erfordernisse praktisch unbeschränkter technischer Systeme werde. Die "Angst des Prometheus" - wie Marcuse ¹⁸ die neue Situation charakterisiert - wird zum konstitutiven Moment gesellschaftlichen Bewußtseins und damit zum Kriterium von Bildung, auch und vor allem dann, wenn sie verdrängt wird. Sie nicht zu verleugnen, heißt "der Revolte der Lebenstribe gegen den gesellschaftlich organisierten Todestrieb" eine Chance einzuräumen.

2.5. Die Überwindung nationaler und geographischer Schranken der Kapitalverwertung geht mit der Aufhebung der organisatorischen, materiellen, psychischen und technischen Schranken der Produktion Hand in Hand

Nach Bewältigung der Anpassungskrise in den sechziger Jahren spielt auch die BRD eine immer bedeutendere Rolle bei der Internationalisierung des Monopolkapitals und der Realisierung globaler Industrialisierungsstrategien. Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung insbesondere

a) in einem Strukturwandel der industriellen Produktion der BRD, für den die Einbrüche bei der Landwirtschaft und im Bergbau sowie der Textil- und Stahlindustrie auf der einen Seite und überdurchschnittliches Wachstum in der Chemie-, Elektro- und Automobilindustrie sowie im Dienstleistungssektor auf der anderen Seite kennzeichnend sind, wie die folgende Tabelle zeigt: ¹⁹

Entwicklung der Wirtschaftssektoren 1950 bis 1974 (Anteile an der Gesamtwirtschaft in %)

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige
a) Erwerbstätige:				
1950	24,8	42,6	16,0	16,6
1960	13,6	47,6	17,5	21,2
1970	8,5	48,8	17,5	25,2
1974	7,4	47,3	18,0	27,3

b) Bruttoinlandsprodukt:

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen	Staat	Übrige
1950	10,2	49,6	20,4	10,2	7,8	1,8
1960	5,7	54,4	19,6	11,4	7,2	1,6
1970	3,1	54,1	18,0	14,1	9,0	1,6
1974	2,7	50,1	17,8	16,4	11,2	1,8

Die sehr ungleiche Entwicklung einzelner Industriezweige zeigt die folgende Tabelle für das Nettoproduktionsvolumen: ²⁰

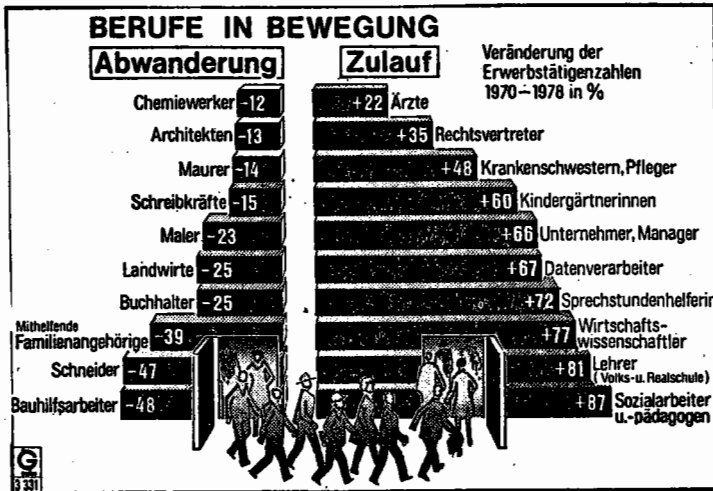
	1950	1960	1970	1973
Bergbau	12,1	6,6	4,0	3,4
Eisen und Stahl	8,6	7,9	6,6	6,3
Chemie	7,1	8,5	13,1	15,2
Maschinenbau	9,9	11,4	9,9	9,0
Fahrzeugbau	2,9	6,2	7,3	7,0
Elektroindustrie	4,8	8,4	10,4	11,3
Textilindustrie	7,1	5,3	4,2	4,1

b) in der zunehmenden Verlagerung industrieller Produktion ins Ausland, besonders in sogenannte Billigländer: "Die Unternehmen sind heute also - nahezu unabhängig von ihrer Größe - angetreten, um ihres Überlebens willen die transnationale Produktion gemäß den qualitativ neuen Bedingungen zu reorganisieren. Das mit Abstand wichtigste Mittel, das Überleben eines Unternehmens immer neu zu sichern, waren bislang "Rationalisierungen" der Produktion durch Einführung effizienterer Maschinen und Ver-

ringerung der Zahl und Qualifikation der benötigten Arbeitskräfte. Dieses Mittel (und mit ihm andere "klassische" Mittel) reicht heute nicht mehr aus. Reorganisation der transnationalen Produktion unter den Bedingungen der neuen internationalen Arbeitsteilung bedeutet heute in zunehmendem Maße, daß das Überleben eines Unternehmens nur noch mit dem Mittel der Verlagerung der Produktion an neue Standorte, die Standorte billiger und disziplinierter Arbeitskraft, gewährleistet werden kann" ²¹.

Die sich darin abzeichnende "neue internationale Arbeitsteilung" geht zu Lasten der Länder mit geringerem Industrialisierungsgrad, der sogenannten unterentwickelten Länder, welche so die "unterdurchschnittlich produktiven Branchen" (geringe Mechanisierung, Automation und Rationalisierung) sowie die extraktiven Industrien (Bodenschätze, Rohstoffe) aufzunehmen haben ²².

c) Dieser Prozeß der Umstrukturierung und Auslagerung industrieller Produktion führt in den Industrieländern zu beträchtlichen Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Qualifikationsnachfrage. Eine 1979 für die BRD veröffentlichte Arbeitsmarktstatistik ²³ zeigt die im Zeitraum 1970 bis 1978 stattgefundenen prozentualen Veränderungen in der Anzahl der Erwerbstätigkeiten in einzelnen Berufszweigen. Deutlich ist zu erkennen, in welchem Umfang Dienstleistungsberufe prozentuale Steigerungen erfahren haben, während für Berufe des produktiven Sektors eher Rückgänge zu verzeichnen sind.



Die gesellschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung charakterisiert Gorz mit Bezug auf einen Expertenbericht der Rand-Corporation wie folgt: "Bevor noch das Jahrhundert zu Ende ist, heißt es in dem Bericht, werden die Vereinigten Staaten ihre sämtlichen Industrieprodukte im Ausland herstellen lassen und auf ihrem Staatsgebiet nur noch wissenschaftliche und Tertiärindustrien beherbergen. Man wird vielleicht fragen, womit sie ihre Fertigwarenimporte bezahlen werden, wenn sie keine Waren mehr ausführen? Antwort: Mit den Profiten aus amerikanischen Unternehmen in allen Teilen der Welt. Dieser Prognose zufolge werden die Amerikaner zu einem Volk von Bankbeamten, Technologen und Militärs werden, hauptsächlich damit beschäftigt, die aus der Arbeit anderer Völker gezogenen Milliarden zu schützen und gewinnbringend anzulegen" ²⁴.

3. Auswirkungen der konstituierenden Momente der gesellschaftlichen Entwicklung auf das Bildungswesen der BRD

Daß die vorangehend skizzierten Bedingungen zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung auch für die BRD von besonderer Bedeutung sind, ergibt sich nicht nur aus der Integration der BRD in westliche Militär- und Wirtschaftsorganisationen, sondern aus der Struktur der industriellen Produktion und der besonderen Position der BRD auf dem Weltmarkt. Versucht man, die Tendenzen gesellschaftlichen Drucks auf den gesamten Bereich der Bildung (nicht nur der institutionalisierten) der BRD zu beschreiben, so wird man den vorangehend beschriebenen konstitutiven Momenten und der besonderen Position der BRD auf dem Weltmarkt Rechnung zu tragen haben; dabei lassen sich bereits gegenwärtig drei wesentliche Tendenzen beobachten:

a) Die gesellschaftliche Schichtung und Ausdifferenzierung wird sich im Bildungswesen und in der Struktur der Bildungsangebote niederschlagen. Bowles und Gintis beschreiben für die USA, wie sich die gesellschaftliche Schichtung und Ausdifferenzierung der Berufsrollen in der vertikalen Gliederung sowie in der Zerstückelung und Professionalisierung der Lernprozesse in den Hochschulen niederschlägt. Verbunden ist diese bürokratische Auflösung der Bildungsprozesse mit zunehmender Verschulung der Hochschule sowie mit der Auflösung studentischer Subkulturen als nicht kontrollierbaren Kommunikationszusammenhängen.

"Die Integration von White-collar-Arbeitnehmern in das Lohnarbeitssystem hat Veränderungen an der Qualität der Arbeit erforderlich gemacht, die denen gleichkommen, die die Blue-collar-Arbeiter in einer vorangegangenen Epoche erlebt haben. Hervorstechend ist die Aufspaltung von White-collar-Qualifikationen; das ähnelt dem Prozeß, in dem die Kapitalisten den hochqualifizierten handwerklichen Arbeiten am Ende

des vergangenen Jahrhunderts die Kontrolle über den Produktionsprozeß entwandten. Die Aufgliederung der White-collar-Qualifikationen ist zu einem wesentlichen Moment der "Teile-und-herrsche"-Strategie zur Kontrolle über die Arbeitskraft geworden. Sogar an gutbezahlten Arbeitsplätzen mit hohem Status werden Verfügungsfreiheit und Partizipation der Arbeitnehmer mehr und mehr eingeschränkt" 25.

Und was sie an anderer Stelle mit Bezug auf den Sekundarschulbereich erläutern, hat nicht weniger Gültigkeit für den Hochschulbereich:

"Die Schwelgerei in Bildungseffizienz in den zwanziger Jahren führte zur Übertragung von Management-Methoden der Geschäftswelt auf die Schulen. Die Konzentration von Entscheidungsgewalt in den Händen der Administratoren und der Ruf nach wirtschaftlicher Rationalität hatten für die Lehrer die gleichen verheerenden Auswirkungen wie Bürokratisierung und Rationalisierung für die meisten Arbeiter. Im Interesse des wissenschaftlichen Managements wurden Kontrollen des Curriculum, Evaluation, Beratung, Textauswahl und Lehrmethoden Experten anvertraut. Ein Schwarm von Fachleuten erhob sich, um sich mit den Einzelheiten des Lehrberufs zu befassen. Die Aufgabe nachzudenken, Entscheidungen zu treffen und die Ziele der Erziehung zu begreifen, wurde Administratoren von hohem Rang übertragen. Ganz augenscheinlich um die administrative Effizienz zu steigern, wurden die Schulen größer und sehr anonym. Die engen oder komplizierten Interaktionen im Klassenraum wichen Sozialbeziehungen, wie sie am Fließband existieren.

Die Zerstückelung der Aufgaben und das Ende enger persönlicher Kontakte sind nicht auf das Lehren beschränkt, vielmehr ist dergleichen durchgängig in allen "Dienstleistungsberufen" anzutreffen" 26.

b) Unter dem Zwang zunehmender Immaterialisierung der Bedürfnisbefriedigung aufgrund zunehmenden Rohstoffmangels wird sich gerade die Bildung einem verstärkten Industrialisierungsdruck ausgesetzt sehen, ebenso wie der Medienbereich, Drogen und Sexualität. Diese Industrialisierung des Bewußtseins beinhaltet, daß Bildung den Charakter einer Ware annimmt, deren Konsum nicht die Bedürfnisse befriedigt, deren Befriedigung die Ware vorgibt, sondern diese Bedürfnisse unbefriedigt läßt, um so das Subjekt zu neuem Konsum von Bildungswaren anzustacheln. Bildung wird so ihres ursprünglichen Sinns beraubt und in ihr Gegenteil verkehrt.

c) Angesichts der Totalisierung von Herrschaft und Ausbeutung und damit der Verschärfung des Gegensatzes armer und reicher Länder der Welt könnte gerade Bildung sich dazu anbieten, der Desensitivierung²⁷ auf seiten des Subjekts massiv Vorschub zu leisten. Der Trend zum Verkauf der Information als standardisierte Massenware ist nur unter den Bedingungen des Zeichenkonsums, also der Desensitivierung, der Gleichgültigkeit der Sprache gegenüber dem, was wirklich geschieht, denkbar.

Darüber hinaus steht zu befürchten, daß die wachsende Ungleichheit auf der Welt in den Industrieländern zwecks Legitimation dieser Ungleichheit solcher Klischees und Ideologiestücke bedarf, die diesen Unterschied als vernünftig erscheinen lassen, vernünftig im Sinne technischer Rationalität. Die damit zusammenhängenden Verdrängungs- und Desymbolisierungsprozesse wurden von Leithäuser u. a. ²⁸ beschrieben.

4. Die Ambivalenz von Innovationen und Reformen im Hochschulbereich ist zentrales Problem zukünftiger Hochschulentwicklung

Für den Hochschulbereich folgt aus dem Vorangehenden, daß die anstehenden und notwendigen tiefgreifenden Umwälzungen, wie sie etwa mit den Stichworten "Ausweitung der Funktionen der Hochschule, Öffnung der Hochschule, Strukturwandel, Reform der Curricula etc." charakterisiert sind, in ihrer Ambivalenz und in ihrer Anfälligkeit gegen den Druck der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen erkannt werden, um so zu verhindern, daß mit der Reform erneut ein Geschäft betrieben wird, das in seinen Auswirkungen den Reformintentionen zuwiderläuft.

So könnte beispielsweise sich herausstellen, daß die Forderung nach Ausweitung der Funktionen und des Arbeitsbereichs der Hochschule vorwiegend als Eroberung neuer Lebensbereiche durch die staatliche Bildungsadministration stattfinden könnte. Die Konzepte des lebenslangen Lernens, der Weiterbildung, des Fernstudiums und der Medienuniversität sowie Alten-Universität würden somit zum Instrument einer durchgängigen Verschulung der Gesellschaft. Die Gefahr dieser Entwicklung läge letztlich darin, durch vorab von Experten definierte Bildungsbedürfnisse und durch Standardisierung der Bildungsangebote zur Befriedigung dieser Bedürfnisse die Konsumenten vom Lernangebot dauerhaft abhängig zu machen. Demgegenüber wären eher solche Entwicklungen zu stärken, die weniger auf eine Eroberung und Unterwerfung weiterer Lebensbereiche durch die Institution Hochschule ausgerichtet sind, sondern stärker auf die Nutzbarmachung von Hochschulressourcen für die Betroffenen abheben.

Der zu erwartenden Ausweitung des Aufgaben- und Klientenbereichs der staatlichen Bildungseinrichtungen, verbunden mit der Ausweitung bürokratischer Bevormundung und Steuerung, wird im privaten Sektor die Ausweitung der Bildungsindustrien entsprechen. Darüber hinaus ist zu vermuten, daß Bildung durch Privatisierung von Ausbildung und Schaffung eines Bildungswarenmärkts ihren Charakter wesentlich ändern wird. Die Anziehungskraft des Hochschulstudiums wird in Zukunft noch weniger in seiner inhaltlichen Qualität zu suchen sein und sich noch mehr in seiner Funktion zur Karrieresicherung und im Wert des Freizeitangebots der Hochschule erschöpfen.

Gerade unter den Bedingungen rückläufiger Studentenzahlen könnten die Hochschulen versucht sein, ihre Bildungsangebote zunehmend in die Warenform zu zwingen.

Es steht zu befürchten, daß auch in der Folge eines verengten Ausbildungs- und Qualifikationsbegriffs die Trennung von Forschung und Lehre noch weiter vollzogen wird und die Scholastisierung in der Lehre der Wissenschaften weiter voranschreitet. Auch das Studium als kritische Aneignung wissenschaftlicher Inhalte und Methoden wird sich der Tendenz zur Verbildung, zum Fachidiotentum durch Reduktion auf methodisch-technische Problemlösungsaspekte und auf Spezialgebiete nur schwer entziehen können. Dieser Reduktion der Wissenschaftspraxis entspricht die Auflösung der Wissenschaftssprache in Zeichensysteme, mit denen zwar die definierten Gegenstände der Wissenschaft benennbar und erklärbar werden, jedoch ohne konkrete Bedeutung für das Subjekt. Das Studium wird damit zunehmend durch die Gleichgültigkeit des Erlernten gegen die Realität charakterisiert. Diesem Prozeß der Desymbolisierung in der Aneignung wissenschaftlicher Inhalte und Methoden, der seinen Ausdruck in der zunehmenden Kanonisierung und Verschulung von Studienordnungen und Studienplänen findet, wären Versuche entgegenzusetzen, an den Interessen der Betroffenen anzusetzen und diese Interessen in kollektiven, d. h. gemeinsame Reflexion ermöglichenden Bildungsprozessen zu bearbeiten.

Die Auflösung von Subkulturen als partiell unabhängigen Kommunikations- und Reflexionszusammenhängen droht in den Bildungseinrichtungen weiterhin voranzuschreiten, verbunden mit dem Zweck der Isolierung des Subjekts im Konsum der Bildungsware und der Befriedigung der Kommunikationsbedürfnisse durch vorgefertigt-standardisierte Kommunikationsware. Die Standardisierung für Bildungsbedürfnisse und die industrielle Fertigung eines attraktiven Angebots von Bildungswaren könnten so, gerade im Zuge der Ausweitung der Funktionen der Hochschulen, auch das Studieren als kritische Aneignung von Wissenschaft immer stärker prägen. Die zentralistischen und bürokratischen Tendenzen der Hochschul- und Studienreform sind nicht zu übersehende Zeichen dieser Entwicklung. Dieser Tendenz gegenüber wären alle Versuche zu stärken, die Selbstverwaltung in den Hochschulen nicht völlig in Selbstdisziplinierung sich auflösen zu lassen, die kollektive Reflexion und insbesondere die öffentliche Wissenschaftskritik zu stärken, der Stratifikation im Hochschulbereich entgegenzuwirken und die inhaltliche Arbeit sowie die Lehre im Verhältnis zu praxisorientierter Forschung stärker zu akzentuieren.

Anmerkungen:

1. TEICHLER, U.: Phantasieanreicherung zum Funktionswandel der Hochschulen. In: GhK-Prisma, 1979, Nr. 20, S. 21
2. JOCKUSCH, P.: Hochschulplanung 1990 - Problem oder Chance? In diesem Band, auch abgedruckt in DUZ/HD, 1979, Nr. 21, S. 674-679. KRÖNIG, W.: Überlebensstrategien der Hochschulen - Szenario für die achtziger Jahre. In: GhK-Prisma, 1979, Nr. 20, S. 27/28
3. DAXNER, M.: Prüfungsordnungen und Prüfungen als Instrument berufs- und gesellschaftsbezogener Einflußnahme auf die Hochschulen. In: TEICHLER, U. (Hg.): Hochschule und Beruf. Frankfurt und New York, 1979, S. 191 ff.
4. BOWLES, S. und GINTIS, H.: Pädagogik und die Widersprüche der Ökonomie. Das Beispiel USA. Frankfurt/M., 1978
5. WOLF, W.: Westdeutsche Wirtschaftskrise 1974/75 und Aufschwung 1976/77. In: MANDEL, E. und WOLF, W.: Ende der Krise oder Krise ohne Ende. Berlin, 1978, S. 113-234, besonders die Seiten 186 ff.
6. LEFEBVRE, H.: Kritik des Alltagslebens. Kronberg/Ts., 1977, S. 37 ff.
7. NEGTE, O. und KLUGE, A.: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt/M., 1973, S. 225 ff.
8. LEITHÄUSER, Th. und VOLMBERG, B.: Anleitungen zur empirischen Hermeneutik. Psychoanalytische Textinterpretation als sozialwissenschaftliches Verfahren. Frankfurt/M., 1979, S. 40
9. BARAN, P. A. und SWEEZY, P. M.: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Frankfurt/M., 1973, S. 119 f.
10. BARAN, P. A. und SWEEZY, P. M.: a. a. O., S. 125
11. ebenda, S. 138 f.
12. NEGTE, O. und KLUGE, A.: a. a. O.
13. GORZ, A.: Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise. Hamburg, 1978, S. 83
14. NARR, W.-D.: Hin zu einer Gesellschaft bedingter Reflexe. In: Stichworte zur "Geistigen Situation der Zeit", Bd. 2. Frankfurt/M., 1979, S. 489 ff.
15. RADDATZ, F. J.: Kontaktsperre. In: Stichworte zur "Geistigen

Situation der Zeit". A.a.O., S. 554 ff.

16. JASPERS, K.: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. München, 1958
17. JUNGK, R.: Aus den Katakomben des Atomstaats. In: Kursbuch 50. Berlin, 1977, S. 139 ff.
18. MARCUSE, H.: Die Angst des Prometheus. In: Neues Forum, Juli/August 1979, S. 20 f.
19. HUFFSCHMID, J. und SCHUI, H.: Gesellschaft im Konkurs. Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973-76 in der BRD. Köln, 1976, S. 61 f.
20. HUFFSCHMID, J. und SCHUI, H.: a.a.O., S. 63
21. FRÖBEL, F. u.a.: Die neue internationale Arbeitsteilung. Hamburg, 1977, S. 31 f.
22. BUSCH, K.: Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals. Frankfurt/M., 1974, S. 241 ff.
23. Hessische-Niedersächsische Allgemeine Nr. 271, 20.11.1979
24. GORZ, A.: a.a.O., S. 47
25. BOWLES, S. und GINTIS, H.: a.a.O., S. 249
26. ebenda, S. 249 f.
27. SEIFFERT, J.E.: Pädagogik der Sensitivierung. Lampertheim, 1975
28. LEITHÄUSER, Th. und VOLMBERG, B.: a.a.O., S. 17 f.

2. HOCHSCHULAUSBILDUNG FÜR EIN ERWEITERTES BERUFSSPEKTRUM - MÖGLICHKEITEN UND PROBLEME

Ulrich Teichler

1. Einleitung

Die Expansion der Hochschulen wurde von ihren Befürwortern als Beitrag zur individuellen Förderung und zur technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung verstanden. Ein wachsender Bedarf an wissenschaftlicher Qualifizierung wurde dabei gewöhnlich angenommen - und zwar nicht allein in traditionellen akademischen Berufsrollen, wie etwa die Diskussionen über die Reformen der Sekundarstufe II, die um 1970 geführt wurden, deutlich belegen. In einer über ein Jahrzehnt dauernden Grundsatzdiskussion zu den beruflichen Aufgaben von Hochschulabsolventen - in dieser Zeit wuchs die Zahl von typischen Positionen für Hochschulabsolventen, war jedoch ein noch größerer Anstieg an Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß zu beobachten - hat sich bisher keine generelle Vorstellung herauskristallisiert, ob und in welcher Weise sich die Hochschulen curricular auf die Tatsache einstellen sollen, daß viele Absolventen in Berufen tätig werden, die bis vor kurzem außerhalb des Horizonts der Hochschulen lagen.

Die folgenden Ausführungen sollen einen Diskussionsbeitrag zu dieser Grundsatzfrage darstellen. Ausgehend von der Vorstellung, daß es die Aufgabe der Hochschulen ist, die Studenten zu einer aktiven Gestaltung der Berufe und zur Fortentwicklung des Stellenwerts wissenschaftlichen Denkens in der Gesellschaft zu befähigen, wird zu prüfen sein, ob die Absolventen eher in der Lage sind, die Potentiale, die die Hochschulexpansion bietet, in ein erweitertes Berufsspektrum einzubringen, wenn sie in der Hochschule bewußt durch entsprechende curriculare Strategien auf ein erweitertes Berufsspektrum vorbereitet werden.

Zunächst werden die Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt und die Probleme einer Anpassung auf dem Arbeitsmarkt ohne gezielte curriculare Strategien dargestellt. Es folgen einige Vorüberlegungen über die Erweiterungstendenzen des Berufsspektrums und deren potentiellen Stellenwert für die Studienreform. Ferner werden die Möglichkeiten und Gefahren

curricularer Strategien diskutiert, sich auf ein erweitertes Berufsspektrum einzustellen. Schließlich werden Folgerungen für curriculare Strategien einzelner Hochschulen angesprochen.

2. Entwicklung des Arbeitsmarkts für Hochschulabsolventen

Seit Jahren ist eine Zunahme des Anteils der Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß an allen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen. Die Studierquote - die Zahl der Studienanfänger im Vergleich zur entsprechenden Altersgruppe - ist zwar nach einem Anstieg von etwa 8 Prozent im Jahre 1960 auf etwa 20 Prozent im Jahre 1972 seit einiger Zeit ungefähr konstant geblieben, aber die Hochschulexpansion schlägt erst allmählich auf die Beschäftigtenstruktur durch. Die Zahl der Absolventen (bei allen Angaben sind Hochschul- und Fachhochschulabsolventen einbezogen) betrug 1960 noch weniger als 50.000, 1970 fast 90.000 und 1980 voraussichtlich über 140.000. Um 1960 hatten etwa 4 Prozent der Erwerbspersonen einen Hochschulabschluß. Dieser Anteil stieg auf etwa 6 Prozent im Jahre 1970 und dürfte 1980 etwa 8 Prozent erreicht haben. Bis zum Jahre 2000 erscheint ein Anstieg auf 15 Prozent als durchaus wahrscheinlich.

Vorliegende Arbeitsmarktstatistiken ergeben kein genaues Bild über den Verbleib von Hochschulabsolventen. Man kann jedoch mit einiger Sicherheit feststellen,

- daß spätestens seit etwa 1975 das Angebot an Berufspositionen, die in den sechziger Jahren als typische Positionen für Hochschulabsolventen galten, deutlich hinter der Zahl der Hochschulabsolventen zurückbleibt;
- daß die Arbeitslosigkeit bei Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß im Vergleich von 1974 und 1979 überproportional gewachsen ist, aber noch immer unter dem Durchschnitt der Arbeitslosigkeit im Bereich der abhängig beschäftigten Erwerbsbevölkerung liegt.

Es zeichnet sich bisher eine Entwicklung ab, nach der weder die Zahl "akademischer" Positionen mit den Absolventenzahlen mitwächst noch dramatische Abstimmungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt eintreten, wie sie um 1970 mit dem Ausdruck "akademisches Proletariat" gerne beschworen wurden. Wie die Tätigkeiten aussehen, die die Hochschulabsolventen nunmehr zunehmend "unterhalb" akademischer Berufspositionen einnehmen, läßt sich bisher noch nicht zureichend beschreiben.

Eine Zunahme "akademischer" Berufspositionen im Einklang mit dem prognostizierten Anstieg der Hochschulabsolventenzahlen konnte Ende der sechziger Jahre auch unter sehr günstigen ökonomischen Entwicklungsvoraussetzungen nicht erwartet werden. In vielen Berufsbereichen war zu erwarten, daß die "Akademisierung" innerhalb weniger Jahre einen Rückstau-effekt auslösen würde: Die Zunahme des Anteils von Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß führte gleichzeitig zu einer durch-

schnittlichen Verjüngung der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß, so daß die Ersatzbedarfsquote zurückgehen mußte. Insbesondere war abzu-sehen, daß der Anstieg der Lehrerbzahlen in den sechziger Jahren sich nicht ungebrochen in die Zukunft verlängern würde. Deswegen gab es um 1970 eingehende wissenschaftliche und politische Diskussionen, welche Ausweitungen des Tätigkeitsspektrums von Hochschulabsolventen wahr-scheinlich bzw. wünschenswert seien.

Die verstärkten wirtschaftlichen Probleme seit 1973 führten zu einer graduellen Vergrößerung der Abstimmungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen, weil

- insgesamt der Stellenzuwachs im öffentlichen Dienst, in dem die Aka-demikerquoten im Durchschnitt weitaus höher sind als im privatwirt-schaftlichen Bereich, sich verringerte;
- im privatwirtschaftlichen Sektor eine Stellenvermehrung durch "Inno-vationsbedarf" nicht in dem früher erwarteten Umfange eintrat;
- eine stärkere Beteiligung von Betrieben an der Regulation der Rahmenbedingungen der Produktion - etwa durch die Einführung der ärztlichen Versorgung im Betrieb, durch verstärkten Umweltschutz u. ä. - ins Stocken geriet.

Die relative Verringerung der Zunahme "akademischer" Berufspositio-nen infolge dieser wirtschaftlichen Probleme war allerdings gering im Vergleich zu anderen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen und deren Bewertung in der Öffentlichkeit. Als wichtigste sol-cher zusätzlicher Auswirkungen sind zu nennen:

- Unter den Bedingungen eines Überangebots an Arbeitskräften insgesamt ist die Bereitschaft der beschäftigenden Organisationen geringer, sich auf Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Berufssuchenden einzustellen.
- Infolge der gewachsenen Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt wuchs bei Lernenden und Beschäftigten die Aversion gegen eine Lockerung des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem: Die Studieren-den und Hochschulabsolventen neigten eher dazu, im Verbleib außerhalb des akademischen Berufsspektrums ein unerträgliches Risiko zu sehen; auch verstärkte sich politisch die Tendenz, Substitutionsansätze auf dem Arbeitsmarkt nicht als normale Begleiterscheinung einer Stei-gerung des vorberuflichen Ausbildungsniveaus zu akzeptieren, sondern als unerwünschte "Verdrängung" zu brandmarken.
- Die gewachsenen internationalen Spannungen nährten Zweifel, ob eine Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung, nach der man sich zuvor die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hin zu einer "Blaupau-sengesellschaft" hatte vorstellen können, wünschenswert und realisier-bar sei.

Diese Veränderungen ließen zwar auch erwarten, daß das Stellenange-bot an "akademischen" Positionen sich nicht in dem vorher erwarteten Maße entwickeln werde; der Hauptunterschied der Überlegungen vor 1973

und der Zeit danach bestand jedoch darin, daß mit Zunahme der wirtschaftlichen Probleme eine Ausweitung des Berufsspektrums für Hochschulabsolventen in Bereiche, die früher nicht als "adäquat" für Hochschulabsolventen galten, größerer Skepsis oder Abwehr begegnete.

Die Aussagen über den zukünftigen Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen fallen sehr unterschiedlich aus. Die extremste Rechnung legte 1980 der Deutsche Industrie- und Handelstag vor: Danach steht 1990 einer Gesamtzahl von 195.000 Hochschulabsolventen eine "Aufnahmekapazität" des Öffentlichen Dienstes von etwa 15.000 und der Privatwirtschaft von etwa 20.000 Hochschulabsolventen gegenüber. Dagegen hält D. Mertens, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, an der Aussage fest: "Die Gefahr der Zukunft ist nicht Überqualifikation, sondern Unterqualifikation". Er hält eine Beschäftigung aller Hochschulabsolventen in absehbarer Zukunft für möglich, vorausgesetzt, daß eine nicht näher spezifizierte Größe in Tätigkeiten übergehe, die früher nicht als adäquat für Hochschulabsolventen angesehen wurden.

Bedarfsstudien sind in den letzten Jahren stärker als zuvor auf mögliche alternative Entwicklungstendenzen und Substitutionsmöglichkeiten eingegangen. So gibt z. B. eine Studie den Bedarf an Hochschulabsolventen in den Jahren 1976-90 in Baden-Württemberg mit 79.000 bis 185.000 und das Angebot mit 200.000 bis 287.000 an: Das Überangebot an Hochschulabsolventen könnte danach zwischen 15.000 und 208.000 betragen. Die Bedarfsstudien unterscheiden sich erheblich danach, in welchem Ausmaß sie manifeste Aufnahme Probleme von Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt prognostizieren oder nicht; unbestritten ist jedoch, daß eine wachsende Zahl von Hochschulabsolventen Positionen übernehmen wird, die früher typischerweise nicht mit Hochschulabsolventen ausgefüllt waren.

3. Trends und Maßnahmen zur quantitativen und strukturellen Abstimmung des Arbeitsmarkts für Hochschulabsolventen

Die Darstellung der Entwicklungstendenzen des Arbeitsmarkts für Hochschulabsolventen hielt sich zunächst an eine Prämisse, die in der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema recht verbreitet ist: daß eine recht eindeutige Unterscheidung zwischen "akademischen" Berufstätigkeiten und "inadäquaten" Tätigkeiten von Hochschulabsolventen gemacht werden könne.

Demgegenüber ist zunächst einmal festzuhalten, daß selbst bei grundsätzlicher Beibehaltung eines Denkmodells, demzufolge man eine solche Grenze ziehen kann, unterschieden werden müßte zwischen:

- bisherigen Tätigkeitsbereichen von Hochschulabsolventen;
- neuen beruflichen Aufgaben für Hochschulabsolventen, die zuvor als Beruf nicht bestanden und in Qualifikationsanspruch und Status den "alten"

- Tätigkeitsbereichen von Hochschulabsolventen entsprechen;
- Berufsbereichen, die in Qualifikationsanspruch und Status den bisherigen akademischen Bereichen benachbart sind;
- neuen Berufsrollen, die Tätigkeitselemente bisheriger akademischer und nicht-akademischer Berufsbereiche neu "schneiden";
- weiteren Berufsbereichen, bei denen gewöhnlich keine Affinität zwischen Hochschulausbildung und Qualifikationsanforderungen gesehen wird.

Es müßte also im einzelnen geklärt werden, wo die Grenzen einer angemessenen Berufstätigkeit für Hochschulabsolventen liegen, wie neue Berufe und Tätigkeiten einzuordnen sind, ob sich die Grenzen im Laufe der Zeit verschieben und welche Berufe gewisse Affinitäten zu "akademischen" Tätigkeiten haben.

Zweifelloos läßt sich eine solche analytische Differenzierung bei der Beschreibung von Berufstätigkeiten nicht sauber durchhalten, denn die Grenzen könnte man allenfalls graduell ziehen; auch bezieht sich die übliche Bewertung des "adäquaten Einsatzes" auf sehr vielfältige Aspekte, wie etwa hohes Einkommen, soziale Sicherheit, außerfinanzielle Vergütungen, Prestige, gesellschaftliche Macht, besondere Freizeit- und Kommunikationsmöglichkeiten, Anwendung der erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, interessante Arbeit, komplexe Aufgaben, Dispositionsmöglichkeiten über Zeit, andere Erwerbstätige und Sachmittel sowie über Weiterbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen; schließlich verschieben sich die Maßstäbe im Laufe der Zeit. Ein Festhalten an einer solchen Unterscheidung von bisher typischen Einsatzbereichen für Hochschulabsolventen und einem erweiterten Berufsspektrum für Hochschulabsolventen, das in Qualifikationsanforderungen und Status dem bisherigen Berufsspektrum für Hochschulabsolventen nicht entspricht, erscheint aber trotz aller Ungenauigkeiten als analytisch nützlich, um zu verdeutlichen, ob curriculare Schritte zur Vorbereitung auf ein erweitertes Berufsspektrum sinnvoll ist. Die öffentliche Diskussion über die Folgen von Diskrepanzen zwischen Angebot an Hochschulabsolventen und entsprechender Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hat sich bisher vor allem auf quantitative und strukturelle Möglichkeiten einer "Abstimmung" gerichtet. Man kann dabei nach folgenden Abstimmungstendenzen bzw. -maßnahmen unterscheiden:

a) Veränderung der Zahl der Hochschulabsolventen: Die Abstimmungsprobleme könnten vom Bildungssystem quantitativ gelöst werden, indem z. B. die Bildungsaspirationen sich verringern, die Kapazitäten des Hochschulsystems an Bedarfsvorstellungen angepaßt werden und eine entsprechende Zulassungspolitik realisiert wird oder die ergänzende Selektion innerhalb der Hochschule verstärkt wird.

b) Veränderungen in der Hochschulstruktur: Die quantitative Verteilung der Studienplätze auf unterschiedliche Hochschultypen bzw. das Qualitätsgefälle bei gleichrangigen Institutionen könnte sich so wandeln bzw. durch entsprechende Maßnahmen verändert werden, daß keine Diskrepanzen

zwischen Qualifikationen der Absolventen und beruflichen Anforderungen mehr empfunden werden. Vorstellbar ist z. B., daß sich Anpassung durch eine Auszehrung des Anspruchsniveaus mancher Hochschulen vollzieht.

c) Zunahme der "akademischen" Berufspositionen: Das reichliche Angebot an Hochschulabsolventen könnte z. B. die Beschäftigten veranlassen, die typischen Positionen für Hochschulabsolventen zu erweitern; oder es könnten beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für "Akademiker" ergriffen werden.

d) Graduelle Verschiebung der typischen Vorbildungsvoraussetzungen ohne Veränderung der Tätigkeiten: Bei einem solchen formalen "up-gading" würden die Nachbarbereiche von bisherigen akademischen Berufsbereichen allmählich typische Einsatzbereiche für Hochschulabsolventen werden, ohne sich zu ändern; dies könnte durch einen allmählichen Gewöhnungsprozeß bei Berufssuche und Rekrutierung oder durch Regelungen geschehen, die die Zugangsvoraussetzungen zu bestimmten Berufen verändern.

e) Eine Veränderung von Berufen, die nicht den zuvor als "adäquat" betrachteten Tätigkeiten entsprechen: Ein derartiges substantielles "up-grading" würde die Chancen erhöhen, in solchen Tätigkeiten die an Hochschulen erworbenen Qualifikationen zur Geltung zu bringen, ohne diese Berufe den vorher akademisierten Berufen gleichzustellen.

f) Ein allmähliches "Versickern" von Hochschulabsolventen in weiten Berufsbereichen, ohne daß dabei erhebliche Friktionen auf dem Arbeitsmarkt sichtbar werden und ohne daß sich dabei die Berufstätigkeiten erheblich ändern.

Für alle hochschulpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen wäre es zweifellos von sehr großem Interesse, die Art und Häufigkeitsverteilung solcher Abstimmungstendenzen besser einschätzen zu können, als das bisher möglich war. Man kann nicht bei den pauschalen Aussagen stehen bleiben, nach denen auf der einen Seite jede Positionsbesetzung, die nicht den alten Bedarfvorstellungen folgt, ein Zeichen für "Fehl-" oder "Falschqualifizierung" ist und daß auf der anderen Seite die Absorption von Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt zugleich in jedem Falle die berufliche Nützlichkeit der erworbenen Qualifikation beweise. Die Informationen über die Ausgleichsprozesse zwischen Angebot und Nachfrage nach Hochschulabsolventen sind allerdings bisher sehr dürftig. Man kann zweifelsfrei die These stützen, daß alle genannten Ausgleichsmechanismen in gewissem Umfange stattfinden; jedoch läßt sich deren Gewicht bzw. die Vielzahl von Zwischenformen bisher nicht annähernd abschätzen.

4. Argumente für curriculare Maßnahmen

Vier Grundvoraussetzungen im Verhältnis von Studium und Beruf scheinen derzeit gegeben zu sein, die die Frage nach curricularen Veränderungen im Hinblick auf ein erweitertes Berufsspektrum nahelegen:

- Eine selbstregulierende Abstimmung in Struktur und Quantitäten findet zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt nicht statt.
- Eine Hochschulplanung, die die Zahlen der Hochschulabsolventen auf den Bedarf nach traditionellen Vorstellungen über deren adäquaten Einsatz zurechtrimmt, erscheint weder politisch wahrscheinlich noch planungstechnisch möglich.
- An den Hochschulen findet kein naturwüchsiger Prozeß statt, die veränderten Berufsperspektiven der Hochschulabsolventen weitgehend in den Studienangeboten aufzunehmen.
- Beim Übergang von Studium in den Beruf entstehen in einer beachtlichen Zahl von Fällen "Reibungsverluste": Die Hochschulabsolventen haben Schwierigkeiten, wissenschaftliche Qualifikationen in Tätigkeiten einzubringen, die bisher nicht von Hochschulabsolventen besetzt wurden.

Diese Grundvoraussetzungen allein brauchten jedoch noch keinen Anlaß zu geben, das Studium im Hinblick auf ein erweitertes Berufsspektrum für Hochschulabsolventen umzugestalten. Insbesondere folgende Bedenken wären gegenüber einem solchen Schluß vorzubringen:

- Die jetzige Hochschulausbildung wird derzeit vor allem als unangemessen für ein erweitertes Spektrum von Berufstätigkeiten empfunden, weil aus der Vergangenheit das Bild einer engen Zuordnung von Ausbildungsinhalt und Berufstätigkeit vorherrscht, das sich ohnehin auflöst. Danach wäre die Wahrnehmung von Abstimmungsproblemen überwiegend ein Übergangsphänomen.
- Selbst wenn es wünschenswert wäre, die Studenten auf das wahrscheinliche Berufsspektrum vorzubereiten, lassen notwendige Planungsimperfectionen - etwa die Dynamik der Berufsentwicklung, die Zeitdauer zwischen Ausbildungsbeginn und Anwendung der Qualifikationen und die Grenzen quantitativer Steuerbarkeit - keine bessere Abstimmung zu. Versuche, auf das erweiterte Berufsspektrum der Hochschulen einzugehen, erscheinen nach diesem Argument als weitgehend ebenso riskant wie der Status quo.
- Die Hochschule sollte bei ihren "Leistungen" bleiben, weil sie nur eine schlechtere Ausbildung für ein erweitertes Berufsspektrum bieten könnte als diejenigen Institutionen, die bisher für diese Tätigkeiten ausbildeten. Nach diesem Argument hat ein Studium keine oder nur marginale Potentiale für eine bessere Vorbereitung auf solche Tätigkeiten; eine wissenschaftliche Qualifizierung außerhalb des bisherigen Spektrums erscheint demnach von vornherein als sinnlos.
- Die Hochschulen sollten lieber eine unzureichende Vorbereitung von Absolventen auf Tätigkeiten in Kauf nehmen, für die die Hochschulen bis-

her nicht zuständig gewesen sind, und sich ausschließlich auf die Qualität der Ausbildung für die bisher typischen Berufsbereiche von Hochschulabsolventen konzentrieren, da sich andernfalls die Ausbildung für den letzteren Bereich verschlechtern werde. Nach dieser Argumentation ergäbe sich bei einer Vorbereitung für ein breiteres Berufsspektrum ein Zielkonflikt; man solle lieber den Verbleib außerhalb des akademischen Berufsspektrums als "Betriebsunfall" in Kauf nehmen, als in irgendeiner Weise die akademische Qualifizierung zu gefährden.

- Nur in den seltensten Fällen ist der Hochschulabsolvent für erweiterte Berufsbereiche fehlqualifiziert, d. h. auf weitere größere Schulungsmaßnahmen angewiesen, um mit den beruflichen Aufgaben fertigzuwerden; eine "Über"-qualifizierung mache es nicht notwendig, das Ausbildungsprogramm der Hochschulen zu verändern. Nach dieser Vorstellung schließt die Qualifikation für akademische Berufe diejenige für benachbarte "mittlere" Positionen in der Regel ein.
- Die Öffnung der Hochschulen für eine größere Zahl von Personen beinhaltet selbstverständlich ein gewachsenes Risiko für den Verbleib in einem "akademischen" Beruf. Statt bereits vor dem Studium die Chance auf den Zugang zu manchen Berufen zu verschließen, wird nach diesem Argument die Selektion in die Hochschule hinein bzw. auf den Übergang von Studium in den Beruf verlegt. In diesem Falle wird einer als sinnvoll erachteten Selektionsstruktur der Primat gegenüber einer inhaltlichen Abstimmung von Ausbildung und Beruf eingeräumt.

Es soll an dieser Stelle darauf verzichtet werden, diese Argumente im Detail zu diskutieren. Sie machen zumindest deutlich, daß man schwerlich um jeden Preis für curriculare Strategien zur Vorbereitung auf ein erweitertes Berufsspektrum eintreten kann. Auch dürfte es auf die Art der curricularen Veränderungen ankommen: besteht z. B. ein so diversifiziertes Hochschulwesen wie heute in den USA, so ist es für weite Teile des Hochschulwesens praktisch folgenlos, wenn sich einzelne Hochschulen auf solche Berufsbereiche einstellen, in denen bisher kaum Hochschulabsolventen tätig waren.

Vier Gründe sprechen insbesondere für curriculare Strategien zur Vorbereitung der Studierenden auf ein erweitertes Berufsspektrum:

a) Halten die Hochschulen in ihrem Studienangebot an Berufsspektiven fest, die nur noch für immer kleiner werdende Anteile der Studenten realistisch sind, so wird diese Ausbildung unter den deutschen Bedingungen eines sehr starken Berufsbezuges der Hochschulausbildung von Studenten nicht mehr in der gleichen Weise wie früher angenommen. Die Qualität des Studiums wird ausgehöhlt, wenn viele Studenten glauben, das Studienangebot gäule ihnen unrealistische Berufsperspektiven vor.

b) In vielen Fällen könnten die Hochschulabsolventen zu einer weitaus kompetenteren Durchführung beruflicher Aufgaben außerhalb des bisherigen

gen Berufsspektrums für Hochschulabsolventen beitragen, wenn das Studium ihnen geholfen hätte, sich mit eben diesen Aufgaben auseinanderzusetzen. Die Umstellungsprobleme, die die Absolventen ohne eine solche Vorbereitung haben, stärkt das Stereotyp, daß Absolventen nicht nur völlig umgeschult werden müßten, sondern daß deren erworbene Qualifikationen für solche beruflichen Aufgaben völlig verfehlt seien; dadurch werden in der Regel von vornherein Versuche aufgegeben, die Hochschulabsolventen weitere Berufsfelder erschließen zu lassen.

c) Die erfolgreiche Übernahme von Berufsrollen, die bisher außerhalb des akademischen Berufsspektrums lagen, wird obendrein noch dadurch behindert, daß sich die Absolventen als Versager vorkommen, wenn sie solche Berufsrollen übernehmen. Die Hochschulen sollten nicht solche Gefühle des Versagens dadurch stärken, daß sie die Erweiterung des Berufsspektrums in ihren Angeboten ignorieren und damit zu einem individuellen "Unfall" machen.

d) Die ohnehin sehr schwierige Gewöhnung an ein expandiertes Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland wird unnötig erschwert, wenn der bei Gegnern der Expansion vorherrschende Eindruck verstärkt wird, daß der Verbleib von Hochschulabsolventen in immer größerem Umfange als "Betriebsunfall" zu betrachten sei. Die Hochschulen sollten in ihren Programmen den Nachweis zu bringen suchen, daß ein Studium eine Bereicherung für ein breiteres Berufsspektrum darstellt.

Sind die Hochschulen nicht in der Lage, diese Herausforderung aktiv anzunehmen, so könnte sich in der Bundesrepublik Deutschland eine Situation entwickeln, wie ich sie - in übertreibender Veranschaulichung - für Japan beschrieben habe: "Die Situation, die unter diesen Bedingungen entsteht, wirkt wie ein Gentlemen's Agreement der Betroffenen, sich gegenseitig nicht zu stören. Die Professoren demonstrieren in den Lehrveranstaltungen ihr Selbstverständnis als wissenschaftliche Spezialisten und nehmen dafür das verbreitete Desinteresse der Studenten hin. Diese betrachten ihr Studium in erster Linie als Alternative zu den Arbeits- und Lebensbedingungen vor und nach dem Studium und finden sich währenddessen damit ab, die berufliche Wirklichkeit später kaum mitgestalten zu können. Die beschäftigenden Organisationen bestimmen den Wert der Hochschulbildung und sanktionieren den formalen Bildungserfolg; dafür akzeptieren sie, daß die Studieninhalte und -ziele nach ihren Vorstellungen nutzlos sind".

5. Zur Analyse benachbarter Berufsbereiche

Curriculare Strategien zur Vorbereitung auf ein erweitertes Berufsspektrum von Hochschulabsolventen erfordern zunächst Analysen von Berufs-

bereichen, in denen eine Tätigkeit von Hochschulabsolventen zur kompetenteren Wahrnehmung beruflicher Aufgaben beitragen könnte. Dabei liegt es nahe, nach Berufsbereichen zu suchen, die den bisherigen Einsatzbereichen von Hochschulabsolventen in irgendeiner Weise benachbart sind.

Dies kann z. B. geschehen durch die Analyse von

- Arbeitsmarkt- und Berufsstatistiken: dabei werden die Berufe herausgesucht, in denen bereits bemerkenswerte Akademikerquoten vorgefunden werden;
- beschäftigenden Organisationen: dabei werden die Tätigkeitsbereiche, die in der Berufshierarchie unmittelbar unterhalb der von Hochschulabsolventen besetzten Positionen angesiedelt sind, besonders zu beachten sein;
- Bildungsinstitutionen: Fachschulen, die auf komplexe Berufstätigkeiten vorbereiten, wären daraufhin zu überprüfen, in welchen Fällen sich eine Integration dieser Ausbildung in Hochschulen anbieten würde;
- technologische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen, die auf Verschiebungen in den Qualifikationsanforderungen hinweisen könnten;
- Unterschiede in den Qualifikationsvoraussetzungen für bestimmte Berufe im internationalen Vergleich: solche Analysen dürften in vielen Fällen zeigen, daß mit höheren Ausbildungsvoraussetzungen auch eine komplexere Berufstätigkeit verbunden ist: Die Krankenschwester erfährt in vielen Ländern nicht nur eine höhere Ausbildung als in der Bundesrepublik Deutschland, sondern übernimmt häufig verantwortliche Aufgaben, die hierzulande Ärzten vorbehalten werden.

Im Rahmen dieses Diskussionspapiers soll nicht die Analyse selbst geleistet werden, die die Hochschulen jeweils unter Berücksichtigung ihres bestehenden Lehrangebots vorzunehmen hätten. Es sei lediglich auf einige Aspekte verwiesen, die bei einer solchen Analyse zu berücksichtigen sind:

- Am ehesten werden zweifellos Ansätze zu einer Erweiterung des Berufsspektrums erkennbar, wenn bisher eine Positions- und Ausbildungshierarchie besteht, die eine Qualifikationskontinuität belegt. Dies gilt insbesondere im technischen und kaufmännischen Bereich privater Unternehmen bzw. in den Übergängen von universitärer, fachhochschulischer und fachschulischer Ausbildung.
- In vielen Fällen bestehen durchaus Nachbarschaften in den Qualifikationen, wenn auch die Schwierigkeiten der Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt groß sind, Personen ohne Hochschulabschluß zu ersetzen. Die Tätigkeit für den mittleren, gehobenen und höheren Verwaltungsdienst haben in vielen Fällen nicht weniger Ähnlichkeit als etwa entsprechende kaufmännische Tätigkeiten.
- Häufig werden für mittlere bzw. Sachbearbeiterfunktionen besondere Fachkenntnisse für unabdingbar gehalten, die aber in Ergänzung zu einem Hochschulstudium sehr schnell erworben werden können.

- Manche potentielle Berufsbereiche für Hochschulabsolventen wurden lange Zeit übersehen, weil für sie kein klares Berufsbild und keine relativ einheitlichen Vorbildungsvoraussetzungen bestanden; das gilt z. B. für die in letzter Zeit häufig in die Diskussion eingebrachte Tätigkeit des Reiseleiters.
- Manche erweiterten Berufsbereiche für Hochschulabsolventen entstehen als Begleiterscheinung der Bildungsexpansion: In Ländern mit hohen Hochschulabsolventenquoten etwa ist festzustellen, daß Freizeitindustrie und viele andere kundenbezogene Dienstleistungen nicht zuletzt deshalb "akademisieren", weil die Kunden infolge ihrer höheren Bildung Kommunikationspartner mit ähnlichen Bildungsvoraussetzungen erwarten.
- In vielen etablierten mittleren Berufspositionen, in den angeblich die Qualifikationsanforderungen sehr leicht definierbar sind, zeigt sich bei näherem Hinsehen, daß man sich aus der Zeit rarer Qualifikationsangebote an eine mediokre Wahrnehmung der beruflichen Aufgaben gewöhnt hat und dies zum Maßstab für die Definition von Vorbildungsvoraussetzungen macht. Die Hochschulexpansion würde dagegen - wie das in einigen Ländern geschehen ist - dazu führen, daß die Krankenschwester mehr medizinische und sozialpsychologische Kenntnisse oder der Polizist mehr juristische und sozialwissenschaftliche Qualifikationen besitzt.

6. Typen curricularer Strategien

Versuche, die Studierenden auf ein weiteres Berufsspektrum vorzubereiten, können sehr unterschiedliche Formen annehmen. Grundsätzlich lassen sich in der Beziehung zu den bisherigen Ausbildungsgängen drei Hauptrichtungen curricularer Strategien unterscheiden:

- (1) Verwissenschaftlichung von Ausbildungsgängen, die zuvor außerhalb der Hochschulen angeboten wurden.
- (2) Betonung eines breiten, flexiblen Studiums, das mit Hilfe nachträglicher Spezialisierung Grundlagen für die Tätigkeit in verschiedenen Berufsbereichen schafft.
- (3) Ergänzung der bisherigen Studiengänge durch Elemente, die für andere Berufsbereiche qualifizieren.

Die erste Strategie - eine "Akademisierung" bereits bestehender Ausbildungsgänge - wurde bereits in der ersten Hälfte der siebziger Jahre von Hajo Riese eingehend diskutiert. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, in besonders realistischer Weise das berufliche Verwendungsspektrum von Hochschulausbildung zu erweitern: das Berufsfeld ist eindeutig erkennbar, ebenso ist die Notwendigkeit einer spezifischen Ausbildung unumstritten; die Hochschulen erschließen diesen Bereich dadurch, daß das Ausbildungsniveau angehoben und die wissenschaftliche Vorbereitung auf

die Berufspraxis ermöglicht wird. Diese Strategie hat ihren Stellenwert, soweit eine quantitative Abstimmung von Ausbildung und Beruf möglich ist; sie löst jedoch nicht das Problem, daß viele Hochschulabsolventen infolge von Planungsimperfectionen Tätigkeiten übernehmen, auf die ihre Ausbildung nicht vorbereitet.

Die zweite curriculare Strategie - die Betonung eines breiten, flexiblen Hochschulstudiums - setzt an dieser Stelle an. Sie soll den Studierenden die Grundlagen für einen relativ breiten Einsatzbereich vermitteln. Angesichts unsicherer Prognosen über die zu erwartenden Tätigkeiten und des Wandels beruflicher Aufgaben scheint sie am ehesten den Übergang aller Studierenden, die keine Tätigkeit in traditionellen Berufsbereichen aufnehmen, in einem erweiterten Berufsspektrum zu erleichtern. Der Preis für diese hohe Elastizität liegt aber darin, daß auch erhebliche Abstriche in der Vorbereitung auf die bisherigen Berufsbereiche für Hochschulabsolventen in Kauf genommen werden müssen. Diese Strategie erscheint nur möglich, wenn als Folge der Arbeitsmarktimperfectionen insgesamt ein Bildungssystem akzeptiert wird, das in der ersten Phase der beruflichen Bildung sehr breit angelegt ist und die Spezialausbildung in einer abschließenden Phase - möglicherweise berufs begleitend - ergänzt.

Die dritte Strategie - die ergänzende Qualifizierung für erweiterte Berufsbereiche - versucht die Hochschulausbildung für die bisherigen Berufsbereiche für Hochschulabsolventen überwiegend zu erhalten, aber einige Ergänzungen und Vertiefungsmöglichkeiten für weitere Berufsbereiche anzubieten. Damit soll die bisherige Ausbildungsfunktion weitgehend beibehalten werden, jedoch bereits für diejenigen Studierenden vorgesorgt werden, die voraussichtlich in anderen Bereichen tätig werden. Hier muß die Frage im Mittelpunkt stehen, welche Kompromisse im Rahmen von Studiengängen möglich sind, alte Berufsbereiche nicht aus den Augen zu verlieren und weitere Berufsbereiche zu avisieren. In diesem Falle wird die imperfekte Abstimmung von Ausbildung und Beruf nicht zum Anlaß genommen, die bisherigen Ausbildungsakzente aufzugeben, aber der Eventualfall eines anderen Berufseinsatzes wird in das Studienangebot einbezogen. Sie beläßt dem Studierenden die Chance des Zugangs zu "akademischen" Berufen, macht ihn jedoch auch für den Fall handlungsfähig, daß er in anderen Bereichen tätig wird.

Keine dieser drei Strategien erscheint geeignet, alle Fälle der Erweiterung des Berufsspektrums ideal abzudecken. Wahrscheinlich ist ein Nebeneinander aller drei Strategien notwendig; dabei sind die jeweiligen Voraussetzungen von Beruf, Arbeitsmarkt, Qualifikation und Ausbildung zu prüfen.

7. Probleme einer Erweiterung des Berufsspektrums nach "unten"

Die Erweiterung des Berufsspektrums für die Hochschulabsolventen, die in diesem Kontext diskutiert wird, richtet sich nach "unten", was die Qualifikationsansprüche und den Status angeht. Eine solche Diskussion, den Blick der Hochschulen und der Studierenden bewußt nach "unten" zu öffnen, stößt verständlicherweise auf Schwierigkeiten.

Die Diskussion über solche Fragen wird bereits dadurch erschwert, daß oft schon demjenigen hierarchische Dünkel angelastet werden, der in dieser Diskussion auf die Hierarchie der Aspirationen und der Bewertung von Ausbildung und Berufen verweist. Gerade von Kritikern der Bildungsexpansion wird häufig behauptet, diese Hierarchie sei nur eine Erfindung derjenigen, die die Jugendlichen zur weiterführenden Bildung verführen wollten. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß derzeit die Hochschulausbildung eine größere Chance des Zugangs zu den beruflichen Belohnungen eröffnet, die im Bevölkerungsdurchschnitt hochgeschätzt werden. Es hat auch als Reaktion auf das oft beschworene Überangebot an Hochschulabsolventen keine Veränderung der Belohnungsstruktur gegeben, die diese Hierarchie auf den Kopf stellt; allenfalls sind gewisse Abflachungen der Chancenunterschiede zu beobachten.

Insbesondere vier Probleme erschweren den Blick auf eine Erweiterung des Berufsspektrums nach "unten":

a) Die Studierenden haben ihr Studium mit gewissen Erwartungen über den Charakter der zukünftigen Arbeit und den sozioökonomischen Status aufgenommen. Zweifellos erwecken die Ergebnisse von Studentenstudien nicht den Eindruck, daß die Studenten extrem statusorientiert seien. In dem häufig diskutierten Konzept des "adäquaten Einsatzes" von Hochschulabsolventen wird aber auch deutlich, daß sich gewöhnlich auch keine scharfe Alternative zwischen positiv bewertetem Charakter der Arbeit und hohem Status stellt. In jedem Falle scheinen sich zwar viele Studenten mit dem Gedanken abzufinden, daß ihre zukünftige Tätigkeit auch unterhalb des bisherigen "akademischen" Berufsspektrums liegen mag, aber eine direkte Vorbereitung im Studium auf solche Berufe dürfte auf Abwehr stoßen. Denkbar ist, daß die Studenten eher ein langsames "cooling out" ihrer Erwartungen über sich ergehen lassen, als sich aktiv darauf einzustellen, weniger prestigereiche Berufe zu übernehmen, und damit ihre Befähigung zur Veränderung dieser Berufe erhöhen.

b) Auch für die Hochschulen ist es schwierig, sich offen für eine Ausweitung des Berufsspektrums nach "unten" einzusetzen. Versuche wie die des Wissenschaftsrates, die Ausbildung von Geisteswissenschaftlern auch auf Tätigkeiten von Reiseleitern u. ä. hinzulenken, mögen verständlicherweise sehr kritisiert worden sein, weil sie als gesondertes "Schmalspur"-Studium erscheinen; aber es ist wohl bezeichnend, daß man sich generell scheut, Konzepte curricularer Strategien für eine Er-

weiterung des Berufsspektrums zu entwickeln. Herabwürdigende Bemerkungen treffen solche Ansätze von allen Seiten. Wahrscheinlich fehlt bisher den meisten Befürwortern und Gegnern der Hochschulexpansion der letzten Jahre eine positive Vorstellung, in welcher Weise die Hochschulen tatsächlich Berufe, die bisher außerhalb der typischen Verbleibsbereiche von Hochschulabsolventen lagen, durch eine gezielte Vorbereitung bereichern können.

c) Ferner wird als ein großes Problem empfunden, welche Spannweite von beruflichen Anforderungen eine einzelne Hochschule bzw. ein Studienfach an einer Hochschule abdecken kann. Gerade die Bemühungen im deutschen Hochschulwesen, die Hierarchie der Institutionen in Grenzen zu halten und eine Wissenschaftlichkeit aller Studiengänge des Hochschulwesens zu sichern, vergrößern die Scheu, sich auf ein noch größeres Berufsspektrum einzulassen. Im Vergleich dazu ist es in Ländern mit einer traditionellen Prestige-Hierarchie der Hochschulen leichter, auf die Bezeichnung "nach-sekundäres" Bildungswesen überzugehen und auch Ausbildungen für Berufsbereiche einzubeziehen, für die sich die Hochschulen nicht zuständig fühlten.

Eine nominelle Bewältigung des erweiterten Berufsspektrums, bei dem Institutionen feinere Firmenschilder bekommen, ohne den Charakter der Ausbildung zu ändern, würde aber auch das hier zur Diskussion stehende Problem nicht lösen. Dies mag die Hochschulen zwar von der Aufgabe entlasten, die Angemessenheit der Expansion zu begründen; aber die Zielsetzung, in erweiterte Berufsbereiche eine neue Qualität von Qualifikationen einzubringen, würde damit aufgegeben.

In jedem Falle erscheint es notwendig, daß sich die Hochschulen nicht völlig auf bestimmte "Ränge" von Berufen spezialisieren; die Institutionen sind nur für die Lernenden akzeptabel und werden auch wohl mit größerer Wahrscheinlichkeit Potentiale entwickeln, das erweiterte Berufsspektrum zu bereichern, wenn sie die Lernenden in der Ausbildung für Berufe, die bisher als "inadäquat" für Hochschulabsolventen galten, mit Studieninhalten konfrontieren, die nicht allein auf diese Berufe zielen.

d) Einzelne Hochschulen haben kaum eine Chance, aus diesen Vermeidungsängsten vor einem erweiterten Berufsspektrum auszubrechen. Zum einen hat sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland so sehr der Druck auf unkonventionelle Ansätze von Studienprogrammen vergrößert, die Äquivalenz zu anderen Programmen nachzuweisen - und das kann man beim Fehlen überzeugender übergreifender Maßstäbe bekanntlich nur, wenn man sich möglichst um die Identität der Programme bemüht. Zum anderen muß jede Institution, die bewußt auf eine Erweiterung des Berufsspektrums nach "unten" zugeht, damit rechnen, daß ihr dies einen unerträglichen Prestige-Verlust einbringt; es fehlt eine ausbalancierende Kraft wie etwa in den USA, wo ein Programm mit bescheidenen Statusversprechungen für die Absolventen immer noch überleben kann, wenn

es eine Studentenschaft anzieht, die für sich einen Gewinn in einem solchen Studium sieht.

Es mag sein, daß sich die Situation in der Bundesrepublik Deutschland ändert, wenn die Studentenzahlen in den neunziger Jahren zurückgehen sollten. Vielleicht traut dann aber niemand den Hochschulen mehr zu, wichtige Ausbildungsfunktionen für erweiterte Berufsbereiche zu übernehmen, wenn in den achtziger Jahren der Übergang von Absolventen in solche Berufsbereiche in sehr großer Zahl stattfindet, ohne daß sich die Hochschulen dafür zuständig fühlen.

Man kann sich allenfalls drei Wege vorstellen, wie einzelne Hochschulen sich stärker auf eine solche Erweiterung des Berufsspektrums nach "unten" einlassen können:

- (1) Durch hochschulübergreifende Maßnahmen, etwa durch gezielte Programme, die von den Ministerien gefördert werden; hier könnten auch Studienreformkommissionen Veränderungen auslösen.
- (2) Durch Studienreformansätze, die zugleich die Akzentsetzung des Studiums generell ändern, möglicherweise auch das Berufsspektrum horizontal ausweiten. Wenn etwa eine "Flexibilisierung" des Studiums generell gefördert wird bzw. mehr Wert auf ein "praxisorientiertes" Studium gelegt wird, könnten praktisch Ansätze eingeschmuggelt werden, auch den Blick nach "unten" zu öffnen.
- (3) Durch ein gestuftes differenziertes Angebot innerhalb eines Studienfaches. Hier könnte in einem allmählichen Prozeß des Ausprobierens und der Veränderungen von Erwartungen eine Entscheidung des Studenten möglich sein, sich aktiv auf eine Tätigkeit "unterhalb" des bisherigen Berufsspektrums für Hochschulabsolventen vorzubereiten.

Für jede einzelne Hochschule bestehen dabei unterschiedliche Möglichkeiten und Schwierigkeiten. Die Gesamthochschule Kassel kann sich auf eine solche Aufgabe vielleicht leichter einstellen, weil sie praxisorientierte Studienprogramme betont, unterschiedliche Abschlüsse in den gleichen Studienfächern vorsieht, einen relativ starken regionalen Bezug hat und noch nicht in einem innovationshemmenden Maße Traditionen entwickelt hat. Gerade der hohe Äquivalenzdruck, der heute auf den Gesamthochschulen lastet, mag jedoch solche Überlegungen ausschließen.

8. Erweiterung des Berufsspektrums als aktive Qualifizierungsstrategie

Versuche, die Hochschulabsolventen auf ein erweitertes Berufsspektrum nach "unten" vorzubereiten, werden sicherlich leicht als gehaltlose Verstärkungsstrategien für die Studenten bzw. Absolventen oder als Okkupationsstrategien der Hochschulen (miß)verstanden werden. Denn sehr ver-

breitet ist bereits die Tendenz, die Studenten vor allem zur Bescheidenheit zur ermuntern; auch nimmt der Argwohn von Kritikern der Hochschulexpansion zu, daß die Hochschulen zu ihrer eigenen Absicherung bei rückläufigen Studentenzahlen in Zukunft gern viele Ausbildungswege beherbergen werden, dann aber entweder Fehlqualifizierungen auslösen oder die alten Ausbildungen in neuem Gewande unverändert übernehmen. Je mehr die Hochschulen in Zukunft bereit sein werden, sich selbst auf eine Erweiterung der Berufsspektiven einzulassen, desto mehr werden sie dem Verdacht ausgesetzt sein, hier substanzlose Selbstbehauptungsstrategien zu betreiben. Dieses Dilemma für die Hochschulen ist tröstlich: Es erhöht auf seiten der Hochschulen vielleicht die Chance zu der Einsicht, daß man die Ausweitung der Hochschulen in der Vergangenheit nur rechtfertigen kann, wenn man selbst von dem Ziel überzeugt ist, auch einem größeren Bereich von Berufen eine Bereicherung zu bieten. Es lohnt sich, die hier zur Diskussion gestellten Überlegungen zu vertiefen, wenn man überzeugt ist, daß viele "mittlere" oder Sachbearbeiterfunktionen sinnvoller gestaltet werden können, falls sich die Hochschulen der Ausbildung für diese Bereiche annehmen.

Literaturhinweise:

BOWEN, Howard R.: Investment in Learning. The Individual and Social Value of American Higher Education. San Francisco, 1977

BRINCKMANN, Hans, HACKFORTH, Susanne und TEICHLER, Ulrich: Die neuen Beamtenhochschulen. Bildungs-, verwaltungs- und arbeitsmarktpolitische Probleme einer verspäteten Reform. Frankfurt/M. und New York, 1980

CLARK, Burton R.: Die "Abkühlungs"-Funktion in den Institutionen höherer Bildung. In: HURRELMANN, K. (Hg.): Soziologie der Erziehung. Weinheim und Basel, 1974, S. 379-391

CLARK, Burton R.: The Benefits of Disorder. In: Change, Jg. 8, 1976, H. 10, S. 31-37

CROSS, K. Patricia: Beyond the Open Door. San Francisco, 1971

Deutscher Industrie- und Handelstag: Studium oder Berufsausbildung. Probleme der Hochschulexpansion. Bonn, 1980

FRISTER, Erich u. a.: Bildungssystem und Berufsaussichten von Hochschulabsolventen. Stuttgart, 1978

HARTUNG, Dirk u. a.: Aspekte der Studienreform I: Qualifikation, Beruf, Arbeitsmarkt. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1979 (Blickpunkt Hochschuldidaktik, H. 56)

Institut der deutschen Wirtschaft: Streitsache/ Akademikerbedarf. Köln, 1979

JOCKUSCH, Peter: Hochschulplanung 1990 - Problem oder Chance? In: Deutsche Universitätszeitung, 1979, Nr. 21, S. 674-679

KELLERMANN, Paul: Vorüberlegungen zur Frage: Neue Funktionen von Bildung? In: Prisma - Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, 1979, Nr. 21, S. 129-130

KOLLATZ, Udo: Qualität trotz Gleichheit? Aktuelle Probleme der deutschen Hochschulreform im Lichte Amerikas. Frankfurt/M., 1973

MERTENS, Dieter: Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 7, 1974, H. 1, S. 36-43

MERTENS, Dieter: Qualifikation und Arbeitsmarkt. Akademikerperspektiven - schon wieder eine Tendenzwende? In: Prisma - Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, 1979, Nr. 21, S.120-125

OECD: Selection and Certification in Higher Education and Employment. Paris, 1977

PIKE, Robert S.: Innovation in Access to Higher Education. New York: International Council for Educational Development, 1978

RIESE, Hajo: Bildungsexpansion und Hochschulstruktur. In: LOHMAR, U. und ORTNER, G.E. (Hg.): Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit. Hannover, 1975, S. 284-305

SQUIRES, Geoffrey: New Groups in Post-Secondary Education. Paris: OECD, 1978 (vervielf. Ms.)

TEICHLER, Ulrich: Das Dilemma der modernen Bildungsgesellschaft. Japans Hochschulen unter den Zwängen der Statuszuteilung. Stuttgart, 1976

TEICHLER, Ulrich: Wandel der Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem und die Entwicklung der beruflich-sozialen Lebensperspektiven Jugendlicher. Kassel: Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel, 1978 (Arbeitspapiere, H. 2)

TEICHLER, Ulrich: Probleme der Hochschulzulassung in den Vereinigten Staaten. Zulassungstests und offener Hochschulzugang in einem differenzierten Bildungssystem. München, 1978

TEICHLER, Ulrich (Hg.): Hochschule und Beruf. Problemlage und Aufgaben der Forschung. Frankfurt/M. und New York, 1979

TEICHLER, Ulrich, HARTUNG, Dirk und NUTHMANN, Reinhard: Hochschulexpansion und Bedarf der Gesellschaft. Stuttgart, 1976

TESSARING, Manfred: Zum Verbleib der Hochschulabsolventen seit 1971. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 11, 1978, H. 2

Universitätsausbildung und Arbeitsmarkt (Themenschwerpunkt). In: Zeitschrift für Hochschuldidaktik, Jg. 3, 1979, H. 3-4

WEISSHUHN, Gernot: Beschäftigungschancen und Qualifikation. Frankfurt/M. und New York, 1978

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots. Bonn, 1978

Zukunftsperspektiven der Hochschulen - Diskussionsbeiträge. In: Prisma - Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, 1979, Nr. 20, S. 21-29

3. HOCHSCHULPLANUNG 1990 - PROBLEM ODER CHANCE? ¹

Peter Jockusch

Sind die rückläufigen Studentenzahlen nach 1990 ein Problem oder eine Chance für die Hochschulplanung? Derzeit sind wir mit den höchsten Zulassungszahlen konfrontiert, die unser Universitätssystem jemals gesehen hat, und die Studentenzahlen sollen noch weiter steigen. Deshalb kann sich heute niemand so richtig vorstellen, was einmal passieren wird, wenn die Zahlen der Erstimmatrikulierten unter 50% der heutigen Zahlen absinken werden.

Die Frage scheint in erster Linie quantitativ zu sein, aber sie ist in der Tat strukturell. Sinkende Geburtenzahlen beeinflussen nicht nur das System der Hochschulen, sondern nahezu jeden Bereich des sozialen und ökonomischen Lebens. Die Fragestellung ist nicht neu: Demographisch ist der Rückgang der Studentenzahlen als Folge des Geburtenrückgangs seit 1965 vorzusehen. Auch die Internationalität des Themas wird allgemein bestätigt. In nahezu allen Industrienationen sind ähnliche demographische Entwicklungen festzustellen.

In einigen Ländern und in einigen Fachrichtungen machen sich Folgen des Geburtenrückgangs bereits jetzt stark bemerkbar. Hier ist die Situation in den Vereinigten Staaten beispielhaft, wo es auch bereits eine umfangreiche Literatur über Möglichkeiten der Problemlösung gibt. Uns ist außerdem in den meisten westlichen Ländern bereits heute im Primarschulbereich geläufig, wie drastisch sich der Geburtenrückgang auswirken kann und zu welchen Planungs- und Betriebskonsequenzen diese Entwicklung führt.

1. Hauptgründe für das Nachlassen der Studentenzahlen in den nächsten 20 Jahren

Die erste These lautet, daß die Studentenzahlen infolge der demographischen Entwicklung insgesamt sinken werden. Eine gleichartige Tendenz des Geburtenrückgangs kann in allen europäischen Ländern festgestellt werden, wenn auch die Gründe dafür in einzelnen Ländern unterschiedlich sind. Seit 1965 ist die Geburtenrate um 50% zurückgegangen und stag-

niert nun bei etwas weniger als 1% der Gesamtbevölkerung jährlich in den meisten westlichen Ländern. In den letzten sechs Jahren ist der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung um das gleiche Maß gesunken wie in den 45 Jahren vor 1970. Wir haben z. B. in der Bundesrepublik Deutschland eine gleich große Zahl von Personen, die älter als 65 sind wie Kinder, die jünger als 15 Jahre alt sind.

Während in der Republik Irland noch jeder dritte Bewohner 15 Jahre oder jünger ist, ist es in den Vereinigten Staaten von Amerika jeder vierte und in Westdeutschland nur noch jeder fünfte (noch 1970 war es jeder vierte). Weil die Geburtenrate so gering und der Anteil der alten Menschen so hoch ist, kann sich unsere Bevölkerung nicht selbst reproduzieren und wird bis zum Jahr 2000 weiter um mehr als 10% absinken. Für diese Entwicklung gibt es trotz Einwanderungspolitik keine bevölkerungspolitische Kompensation.

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sich sinkende Geburtenraten direkt auf einen Rückgang der Studienanfängerzahlen der späten 80er Jahre auswirken werden. Es kann nicht erwartet werden, daß sich zur Kompensation dieser Entwicklung an den Faktoren, die die Studienanfängerzahlen bestimmen, Wesentliches ändert:

- denn es müßte ein relativ stärkerer Anteil der Jugendlichen sich zum Besuch der Sekundarstufe II entschließen;
- und es müßte die Übergangsquote von der gymnasialen Oberstufe zur Universität erhöht werden, wenn die durch Geburtenrückgang beeinflussten Rückgänge bei den Zahlen der erstimmatrikulierten Studenten kompensiert werden sollen;
- auch die Zugänge zur Hochschule über den zweiten Bildungsweg bzw. über Zugangsberechtigungen für Absolventen der Berufsschulen müßten erleichtert und gefördert werden;
- und schließlich müßten auch bisher bildungsferne soziale Schichten bzw. ethnische Gruppen einen stärkeren Anreiz zum Hochschulbereich bekommen und es müßte vielleicht auch der Anteil der weiblichen Studenten erhöht werden.

All diese Möglichkeiten werden aber von den Experten als nicht ausreichend erachtet, um den geburtenbedingten Rückgang zu kompensieren. Der Anteil der Jugendlichen im entsprechenden Alter, die in das Hochschulsystem übergehen, wird wahrscheinlich unter 20% sinken. Das wird im Mittel 12.000 statt 20.000 Studenten auf 1 Million Einwohner bedeuten.

Die zweite These besagt, daß der Zeitpunkt des "Kippens" sich vor die demographisch errechnete Erwartung verschiebt. Schon heute ist die Zahl der Studienanfänger als Folgereaktion auf Hochschulüberfüllung und Probleme am Arbeitsmarkt in einigen Fachgebieten, Berufssparten und Regionen hinter den Hochrechnungen der entsprechenden Geburtenjahrgänge zurückgeblieben. Die zuvor geschilderten Faktoren, die die Studienanfängerzahl bestimmen, weisen hier keine Stetigkeit auf. Dies betrifft besonders die Übergangsquote von der gymnasialen Oberstufe zur

Universität: Mehr Studienberechtigte als bisher ergreifen einen nicht-akademischen Beruf.

2. Strategien zur Reaktion auf sinkende Nachfrage

Es gibt zwei übliche Strategien, mit denen ein Betrieb der sozialen Versorgung auf sinkende Nachfrage reagieren kann:

- Die Funktionsausweitung (Erschließung neuer Nachfragearten, Formulierung neuer Angebote),
- innere Effektivierungsstrategie (organisatorische Veränderungen, Straffung bei den personellen und physischen Ressourcen, Erschließung von Rationalisierungsreserven).

Zur Funktionserweiterung in Richtung auf neue Nachfragearten sind drei Argumente in der Auseinandersetzung von Politikern und Wissenschaftlern üblicherweise zu hören: Erstens könnten junge Menschen, die in der Zeit der Überlast ihren Studienwunsch nicht erfüllen konnten und zu nächst einen nicht-akademischen Beruf ergriffen haben, um 1990 ihren Studienwunsch nachträglich realisieren. Zweitens könnten einige Studenten, die nur einen ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluß in Regelstudienzeit erreicht haben, später zur Hochschule zurückkehren, um einen zweiten postgradualen Studienabschluß zu erreichen. Drittens kann die akademische Berufsbildung, die allgemein an Bedeutung gewinnt, zu einer wachsenden Aufgabe für Universitäten werden und nicht allein den Kammern und Berufsverbänden vorbehalten bleiben. Auch die Weiterbildung in nicht-akademischen Berufen und die Erwachsenenbildung im Sinne der Volkshochschulen könnte z. T. Aufgabe der Hochschulen werden.

Sinkende Zahlen von Erstimmatrikulierten können gewiß mit den drei genannten Einflüssen kompensiert werden, aber es sind Zweifel anzubringen, ob diese Einflüsse auch wirksam sind. Folgende Thesen sprechen aus verschiedenen sozialen und ökonomischen Gründen dagegen: Rückkehrer und ältere Erstimmatrikulierte werden auch dann nicht zur Hochschule zurückkehren, wenn dort ausreichende Studienplätze für sie vorhanden sind.

Wer schon einmal in einem nicht-akademischen Beruf erfolgreich ist und eine Familie gegründet hat, wird sich schwer in die ökonomische Situation des Studenten begeben können. Seit wir den akademischen Stellenmarkt und die Zahl der Studienplätze voneinander abgekoppelt haben, schwindet die Hoffnung auf Aufstieg in eine höher dotierte oder gesellschaftlich besser angesehene Position nach erfolgreichem Abschluß eines akademischen Studiums. Immerhin sind die hohen Arbeitslosenzahlen der letzten Jahre die Ursache dafür gewesen, daß unter den Erstimmatrikulierten viele arbeitslose Berufswechsler zu finden waren. Ich glaube aber, daß der Bedarf der Gesellschaft an Hochschulabsolventen in Zukunft die

Zahl der Bewerber und Examenskandidaten wieder stärker bestimmen wird als es z. Zt. der Fall ist, und daß die Bedeutung akademischer Qualifikation in der Berufswelt abnimmt.

Deshalb glaube ich auch, daß der Anreiz zur Aufnahme eines akademischen Studiums nach einer erfolgreichen Praxis in einem nicht-akademischen Beruf gering sein wird.

Die Verstärkung der Promotionen und des postgradualen Studiums ist nur sehr begrenzt möglich, dafür besteht keine gesteigerte Nachfrage.

Innerhalb der akademischen Berufe ist eine wissenschaftliche Höherqualifikation mit postgradualen Magistergrad oder Promotion nur in Ausnahmefällen noch eine Voraussetzung für sozialen Aufstieg oder für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die im Wissenschaftsbetrieb und in der Forschung tätigen Akademiker können zumeist eine akademische Höherqualifikation schon von ihrem derzeitigen Arbeitsplatz aus erreichen und müssen deshalb nicht als neue Studentenart die Hochschule bevölkern. Ohnehin gibt es jetzt bereits - bei 8.000 Promotionen pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland, mit steigender Tendenz - zuviel postgraduale Forschung, wobei auch der akademische Statuswerb wichtiger als der wissenschaftliche Beitrag zu sein scheint.

Die These zur Vermehrung der Nachfrager lautet, daß mit akademischer Berufsbildung, Weiterbildung und Erwachsenenbildung zwar neue Nachfrager mit neuer Aufgabenstellung für die Hochschule erwachsen können, daß aber auch darin kein ausreichender Ausgleich für den Studentenschwund gegeben sein kann.

Die Universität als Träger akademischer Berufsbildung ist in der Konkurrenz mit den bereits organisierten Aktivitäten, wie sie die Kammern und Berufsverbände und wissenschaftliche Vereinigungen veranstalten, in aller Regel unterlegen. Hierzu mag auch die bereits jetzt vielfach zu hörende Kritik mangelnden Praxisbezuges und unzulänglicher Berufsrelevanz der weiterführenden Hochschulausbildung als Begründung gelten. Die Weiterbildung für nicht-akademische Berufe ist derzeit fest in der Hand der dafür außerhalb der Hochschulen bereits bestehenden Einrichtungen, und von der weiter wachsenden Bedeutung der Volkshochschulen kann die Hochschule allenfalls dadurch profitieren, daß sie ihre personellen Ressourcen zur Verfügung stellt - von der Benachteiligung der Hochschule als Anbieter von Veranstaltungen der Erwachsenenbildung infolge der Standortgunst wird noch zu reden sein.

Bereits bei der Erwägung der Frage, wie weit leerstehende oder schwach genutzte Schulräume für Zwecke der Erwachsenenbildung mitbenutzt werden können, wurde deutlich, wie sehr es den Trägern von Erwachsenenbildung um ein eigenständiges institutionelles Image und eine auch baulich sichtbare Eigenrepräsentation geht. Hier kann die Hochschule nur als Konkurrent, nicht aber als Helfer auftreten.

Selbst wenn nach dem amerikanischen Vorbild die Berufsbildung, Weiterbildung und Erwachsenenbildung eine neue Primäraufgabe der Hoch-

schule werden sollte, so müßten nach den amerikanischen Erfahrungen vier bis acht solcher Teilzeitstudenten sich einschreiben, um das Äquivalent eines Vollzeitstudienplatzes damit auszulasten. Des weiteren zeigt die amerikanische Erfahrung, daß von allen Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungsteilnehmern nur ein Drittel die Angebote der Universitäten in Anspruch nimmt.

Meine letzte These zum Problem der Funktionserweiterung betrifft das Marketing für erweiterte Dienstleistungen der Hochschule und lautet, daß die Hochschule einige ihrer Grundleistungen für die Öffentlichkeit bisher nicht genügend bekanntgemacht hat und daß sie in einigen anderen Bereichen aufgrund ihrer personellen und apparativen Qualifikation eine Ausweitung ihres Leistungsangebotes auf spezifische Aufgabenarten und Nachfragergruppen noch leisten kann.

Die Hochschule wird kritisiert dafür, daß sie zu sehr in sich selbst lebe und ihre Leistungen in der Öffentlichkeit nicht genügend bekanntmache. Anders als in Großbritannien gibt es z. B. in der Bundesrepublik Deutschland kaum Werbung für spezifische Kursangebote an einzelnen Hochschulen, und noch immer beklagen sich Studienanfänger, daß sie keinen ausreichenden Überblick über die für einen bestimmten Studienwunsch zur Verfügung stehenden Studienmöglichkeiten haben. Außerdem ist die bisherige quantitative Produktion auf einen für die berufliche Praxis verwertbaren Durchschnitt an Qualifikationen gerichtet. Die Hochschule leistet aber nicht nur die Ausbildung zur Berufsfähigkeit, sondern sie ist zugleich Lebensvorbereitung. Gerade dieser Aspekt ist bisher nicht genügend "verkauft" worden. Dies mag auch damit zusammenhängen, daß die Hochschule als sozialer Ort eher unattraktiv ist und daß sie die soziale Verpflichtung gegenüber ihren Angehörigen eher leugnet und an dritte Organisationen abschiebt. Die Funktionserweiterung ist insgesamt eingeschränkt wegen der geringen Flexibilität der Hochschule, wobei nicht nur technische und personelle Probleme, sondern auch Statusprobleme als Ursache genannt werden müssen, und wobei auch die vergleichsweise immense Systemträchtigkeit erwähnt werden soll.

Es werden differenzierte Überlebensstrategien erforderlich sein, denn das Hochschulsystem ist nicht homogen, weder fachlich noch regional. Deshalb sollte jede Hochschule zum Thema der Funktionserweiterung eigene Szenarien unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen entwickeln.

3. Probleme der Curriculum- und Betriebsorganisation

Neben den bereits diskutierten Möglichkeiten der Funktionserweiterung bestehen solche der inneren Effektivierungsstrategien. Unter organisatorischen Aspekten sehe ich zu letzterem die Hochschullandschaft der 90er Jahre durch den wachsenden Konzentrationsdruck unter Rationalisierungs-

zwängen geprägt, und ich sehe den Konflikt, in dem dieses zu den wachsenden Forderungen nach Differenzierung des Leistungsangebotes steht, die infolge der Funktionserweiterung erforderlich werden.

Meine erste These in diesem Zusammenhang lautet, daß neue Kursstrukturen erforderlich sein werden.

Zunächst wird ein Nachlassen der Studentenzahlen allgemein eine Chance bieten, kleinere Unterrichtsgruppen und intensivere Betreuung mit verbesserten Kursstrukturen zu verbinden und die Relation Studentenzahl pro Betreuer zu verbessern. Die Curricula werden sich verändern und möglicherweise stärker praxisorientiert auf einzelne akademische Lehrberufe ausgerichtet werden. Hierfür spricht

- einmal der sinkende Wert von Wissenschaftlichkeit bei der Lösung der Probleme unserer Alltagswelt,
- andererseits läßt sich auch ein wachsender Einfluß der berufsständischen Interessenvertreter auf das Hochschulstudium feststellen,
- außerdem werden neue Studentenarten mit einem heterogenen Altersaufbau, mit unterschiedlichen Lernzielen und angestrebten Abschlüssen zu bedienen sein,
- und schließlich werden neben den üblichen Zeitstrukturen des Semesterturnus mit wöchentlich gleicher Tagesnutzung verschiedene andere Zeitstrukturen wie etwa Abendkurse, Wochenendseminare, Blockkurse u. a. m. anzubieten sein.

Der Konflikt zwischen diesem Zwang zur Differenzierung und dem Zwang zur Rationalisierung angesichts wachsender Kosten wird zu organisatorischen Änderungen im Kursangebot führen müssen. Es kann deshalb sein, daß Gruppierungen von aufeinander bezogenen Aktivitäten notwendig werden. Vielleicht ist es auch unmöglich, die gesamte Breite der Studienrichtungen, Studiengänge und Vertiefungsrichtungen in allen Fachbereichen und Hochschulen aufrechtzuerhalten. Deshalb könnte es eine Strategie sein, nicht mehr an jeder Hochschule jedes Curriculum anzubieten, sondern über eine Kooperation zwischen mehreren Hochschulen Angebotsschwerpunkte zu vereinbaren. Dies kann bedeuten, daß Studenten zwischen einzelnen Standorten hin und herfahren müssen, um spezialisierte Angebote wahrnehmen zu können.

Es kann aber auch sein, daß Hochschullehrer zwischen den verschiedenen Hochschulstandorten pendeln, und schließlich kann aus der hier aufgezeigten Entwicklung der Einsatz audiovisueller Medien und der Medienverbund zwischen den Hochschulen verstärkt ausgebaut werden müssen.

Die zweite These zu den Organisationsproblemen lautet: der Wettbewerb zwischen den Hochschulen wird steigen.

Es wird eine neue Definition von Ausbildungsqualität erforderlich sein, denn es ist bereits jetzt festzustellen, daß nur die beliebtesten und angesehensten Kursangebote für die Studienbewerber attraktiv sind. Attraktivität hat hierbei verschiedene Aspekte: Die Attraktivität des Studienortes als Wohnort, als Arbeitsmarkt für Praktikantenplätze mag dabei ebenso

bedeutsam sein wie die öffentliche Meinung über das Renommee der Hochschule, die Qualität des Lehrkonzeptes, das Ansehen der Hochschullehrer, die institutionelle Leistung und die Qualität der Ausstattung.

Die dritte These behauptet, daß Großhochschulen, alte Hochschulen, Innenstadthochschulen weiterhin überlaufen sein werden.

Viele meiner Gesprächspartner, die mir bei der Vorbereitung dieser Arbeit geholfen haben, befürchten, daß bei sinkender Studentenzahl die o. g. Hochschulen nach wie vor überlaufen sein werden und daß sie bei den Studenten attraktiv sein und bleiben werden, selbst wenn sie z. T. inadäquate Strukturen und Ausstattungsniveaus aufweisen. In der Diskussion hierzu ist ein Standort-Numerus- clausus zum Schutz der kleinen Hochschulen; ich zweifle aber daran, daß die Prestigevorteile der großen Stadthochschulen damit kompensiert werden können.

Andererseits meine ich, daß kleinere Hochschulen ihre Attraktivität besonders bedenken und sicher auch noch besser vermarkten sollten. Interessant ist vielleicht noch hierzu, daß Sozialgeographen die Attraktivitätsmerkmale von Hochschulstädten bei Studenten unterschiedlicher Fachrichtungen untersucht haben und daß dabei für humanwissenschaftliche Studenten die Stadt, bei ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studenten die Hochschule stärker im Mittelpunkt steht.

In These 3 habe ich den Konzentrationsdruck mit Argumenten des Nachfragerverhaltens beschrieben; meine vierte These sagt, daß aus Effektivitätsgründen der Konzentrationsdruck steigen wird.

Betriebswirtschaftler wollen uns glauben machen, daß kleinere Betriebe angeblich höhere Betriebskosten als größere Betriebe mit gleichem Leistungsstandard hätten. Deshalb besteht die Tendenz, daß eine kostenminimierende Strategie die Konzentration noch stärker beschleunigt, als dies ohnehin schon der Fall ist. In den letzten Jahren haben wir gesehen, daß Bibliotheken, Werkstätten, Lehrveranstaltungsräume und soziale Einrichtungen aus den einzelnen Organisationseinheiten abgezogen und auf zentraler Ebene zusammengefaßt wurden. Vor einigen Jahren beobachteten wir auch die Entwicklung der Ingenieurschulen, die zu Fachhochschulen zusammengeschlossen wurden bzw. der pädagogischen Hochschulen, die nunmehr bei sinkenden Studentenzahlen in die Lehrerausbildung der Universitäten integriert werden.

Derartige Konzentrationsprozesse haben bei den jeweils Betroffenen meist tiefe Frustration hervorgerufen. Unkündbare Funktionsträger der alten Einrichtungen werden bis zur Erreichung der Altersgrenze mit im Grunde sinnlosen Aufgaben beschäftigt; Initiativen zur Selbstgestaltung von Aufgaben der kleineren Einheiten werden von der Zentrale nicht gefördert und verkümmern; früher investierte teure Apparaturen stehen wegen Zusammenlegung des Studiengangs ungenutzt herum usw.

Meine fünfte These besagt, daß die Schließung ganzer Organisationseinheiten besser ist als ein langsames Sterben.

Einige Studienrichtungen, bei denen heute bereits eine sinkende Nachfrage festzustellen ist - wie etwa in der Lehrerausbildung, der Theologie,

der Physik und dem Bauingenieurwesen - verweisen bereits heute auf den wachsenden Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Man kann feststellen, daß nur die besten Ausbildungsstätten genügend Studenten bekommen. Wo zwischen staatlicher Planung und studentischer Nachfrage schon jetzt eine Lücke klafft, läßt sich bereits heute ein Eindruck von künftigen Problemen gewinnen, so etwa in Großbritannien, wo seit einigen Jahren ein Überangebot an Ausbildungsplätzen der technischen Disziplinen besteht.

Die Schließung ganzer Fachbereiche oder der Abbau einzelner Studiengänge ist bei den Betroffenen nicht populär, aber es scheint eine schlechte Strategie zu sein, einen Studiengang nur deshalb zu erhalten, weil die Einrichtungen und das Personal vorhanden sind. Mit der Aufrechterhaltung muß die permanente Modernisierung der Geräteausstattung und die Neuberufung von Hochschullehrern auf freiwerdende Stellen ebenso verbunden sein wie die Reinvestition in baulich-räumliche Kapazität. Abgewirtschaftete Fachbereiche mit altmodischem Gerätebestand und überaltertem Personal sind im Wettbewerb um Studenten gewiß ohne Chance. Deshalb plädiere ich hier eher für rasche Schließung.

Kleinere Organisationseinheiten und dezentrale Konzepte für die wissenschaftliche, technische und soziale Dienstleistung müßten für die Zukunft entwickelt werden, wobei die dienenden und administrativen Funktionen zentral organisiert werden könnten und die vom Benutzer selbst wahrgenommenen Funktionen dezentralisiert an den räumlich verteilten Arbeitsplätzen angeordnet bleiben sollten. Eine neue Art von kleinerer Betriebseinheit wird im Interesse eines dezentralen Aufrechterhaltens von Lehr- und Forschungsangeboten auch bei sinkenden Nachfragezahlen nötig. Die Ziele dieser Bemühung sollten eher pädagogisch-sozialer als wirtschaftlich-organisatorischer Art sein.

4. Personalprobleme

Das Personal macht über 70% der Betriebskosten unserer Hochschulen aus, bzw. immerhin noch 55% der annuierten Gesamtkosten unter Ein-schluß des Investitionskostenanteils. Eine innere Effektivierungsstrategie des Hochschulsystems ist daher zuallererst mit Straffung im Personalsektor zu erreichen, wenn und soweit das sachlich und menschlich zumutbar ist. Ich formuliere vier Thesen zu den Auswirkungen nachlassender Studentenzahlen auf Art und Umfang des Personals:

Erstens: sinkende Studentenzahlen werden keinen proportional starken Rückgang der Hochschullehrer zur Folge haben.

Sinkende Studentenzahlen führen nicht notwendigerweise zu einer proportionalen Abnahme der Lehrleistungsmenge, denn wir haben zur Zeit der Überlast eine ganze Reihe von Faktoren, die die Hochschulausbildungskapazität definieren, überlastet. So wurde z. B.

- die Zahl der Studierenden pro Hochschullehrer in den meisten Fachge-

bieten wesentlich höher, als sie von den Akademikern und Politikern empfohlen wurde, festgelegt.

- Die Lehrdeputate der Hochschullehrer wurden heraufgesetzt.
- Die Studiendauer wurde festgeschrieben oder auch z. T. gesenkt und
- die Kursgruppengrößen wurden angehoben.

Man muß sich vergegenwärtigen, wie weit wir uns z. Zt. an die Überlast gewöhnt haben und wie weit wir uns von dem entfernt haben, was als normal im Bereich der Kapazitätsausstattung zu gelten hat. Deshalb müssen wir für die Zeit nach 1990 neue Standards und Faktoren für die Berechnung der Personalbedürfnisse festlegen. Deshalb nehme ich insgesamt zwar an, daß die Zahl der Hochschullehrer längerfristig verringert werden muß, aber angesichts der Normalisierung der lehrbezogenen Arbeitslasten wird die Verringerung nicht proportional mit dem Rückgang der Studentenzahlen einhergehen.

Zweite These: Der derzeitige Personalaufbau ist auf die Überlastsituation zugeschnitten und z. T. für die Aufgaben nach 1990 ungeeignet. Deswegen behaupte ich, daß dann womöglich andere Hochschullehrer gebraucht werden.

Wir haben ein Ungleichgewicht in der Altersverteilung unter den Hochschullehrern infolge des sprunghaften Wachstums in den Jahren 1968-1974. Heute stellen wir eine drastische Überbesetzung der Hochschullehrerschaft mit mittleren Jahrgängen in vorwiegend lehrbezogener Tätigkeit und mit hohem Spezialisierungsgrad fest.

Nach 1990 werden Hochschullehrer gebraucht, die weniger spezialisiert sind, die mobiler sein müssen, die befähigt sind, mit allen Arten von Medien zu arbeiten, die eine aktivere Beziehung zur Praxis haben und die außerdem in der Lage sein sollen, sich auf spezifische Lernziele sehr heterogener Studentenarten einzustellen. Deshalb wird vermutlich der Hochschullehrerberuf ohne eine hochschuldidaktische Ausbildung dann nicht mehr wahrzunehmen sein. Hierbei stelle ich auch die Frage nach der Lernfähigkeit und nach der Bereitschaft zum Umlernen an die Hochschullehrer, die in den letzten Jahren berufen worden sind und bis zur Jahrhundertwende noch im aktiven Dienst sein werden. Hier sind Zweifel anzumelden, obwohl ich glaube, daß viele Kollegen Interesse und Fähigkeit zur eigenen Weiterentwicklung zeigen werden, wenn wir uns rechtzeitig auf diese Situation einstellen.

Meine dritte These lautet, daß Forschung keine Kompensation für geringer werdende Lehraufgaben darstellt. Die Überlastung des Hochschulsystems durch Lehraufgaben hat in den letzten Jahren bereits zu einem zu hohen Anteil von Lehraufgaben im Zeitbudget der forschungsberechtigten Wissenschaftler geführt. Diese Tendenz wird bis zum Ende der 80er Jahre noch verstärkt werden müssen. Nach 1990 wird bei sinkendem Anteil der Lehraufgaben wieder mehr Zeit für Forschungs- und Entwicklungsarbeit sein, aber hier möchte ich Zweifel anmelden:

- Auch im Bereich der Forschung gibt es Konkurrenz, und ein älterer

Berufskollege, der jahrelang an der Forschung nicht teilhaben konnte, wird Schwierigkeiten haben, sich in einer verschärften Konkurrenzsituation erfolgreich durchzusetzen.

- In einer Zeit der überfüllten Hochschulen wurden jüngere Hochschullehrer auf Lebenszeit mit spezialistischen Fähigkeiten vorwiegend in der Lehre eingesetzt. Nun kann es sein, daß sie 10-15 Jahre vor ihrer Emeritierung nicht mehr in der Lage sind, sich auch in der Forschung zu bewähren.

Meine vierte These faßt das Vorgenannte zusammen und besagt, daß Stellenreduzierung insgesamt nötig sein wird, daß es dafür aber unterschiedlich humane Wege gibt. In Großbritannien hat dem Vernehmen nach das University Super-Annuation System (USS) diese Probleme bereits erkannt und übernimmt die Kosten für die älteren Akademiker der Hochschulen, wenn sie bereit sind, die Hochschulen vor Erreichung der Altersgrenze zu verlassen, damit an den Hochschulen vorzeitig Stellen für jüngere Wissenschaftler freiwerden, die für neue Aufgaben der Hochschule dann besser geeignet sein werden.

Auch der Deutsche Wissenschaftsrat schlägt eine Reduzierung des Emeritierungsalters auf bis zu 55 Jahre vor. Einige Hochschullehrer sind möglicherweise auch damit einverstanden, nur Teilzeitstellen einzunehmen und neben der Hochschultätigkeit andere berufliche Tätigkeiten auszuüben.

Für einige ältere Hochschullehrer kann es auch möglich sein, auf eine andere Art flexibel zu werden. Sie können ihr Spezialgebiet weiterhin in Teilzeit lehren, aber vielleicht neben der Hochschule auch die Berufsausbildung oder die Volkshochschule als Lehrort wählen oder auch mit anderen sozialen und pädagogischen Bereichen kooperieren.

Eine Reduzierung des wissenschaftlichen Hochschulpersonals durch eine Neubesetzungssperre freiwerdender Hochschullehrerstellen kann für das Hochschulsystem gefährlich werden. Trotz der quantitativen Verringerung der Nachfrage wird eine permanente inhaltliche Weiterentwicklung stattfinden, und deshalb werden jüngere und anders spezialisierte Wissenschaftler dafür nötig.

5. Probleme der regionalen Disparitäten

Im Zusammenhang mit den Organisationsproblemen habe ich bereits auf die fatalen Folgen der Konzentrationsbestrebungen für kleinere und regional bereits verteilte Einheiten hingewiesen. Diesen Punkt möchte ich in drei weiteren Thesen darlegen.

Die erste These lautet, daß kleine Hochschulen als Folge der nachlassenden Nachfrage schließungsbedroht sind und daß dies einen Verlust für die strukturschwachen Regionen bedeutet.

Die Wahl neuer Hochschulstandorte war ein Mittel zur Überwindung regionaler Disparitäten durch Dezentralisation von Studienmöglichkeiten im Hochschulsystem und durch Schaffung vielfältiger Investitionsanreize.

Diese Politik wurde bei nahezu allen neugegründeten Hochschuleinrichtungen verfolgt.

Die meisten Hochschulneugründungen sind inzwischen in ihrer baulichen und personellen Entwicklung so weit vorangekommen, daß ihre Größe überlebensfähig erscheint und daß sie ihre Region mit spezifischen Angeboten in der Lehre, in der wissenschaftlichen Dienstleistung, im Technologietransfer versorgen können. Aber andere neugegründete Universitäten sind noch zu klein, zu jung, zu unetabliert, um überleben zu können, selbst wenn sie für eine strukturschwache Region von großer Bedeutung sein mögen.

Im Wettbewerb mit konkurrierenden Angeboten sind die wohletablierten alten, großen und gut ausgestatteten Universitäten in einer wesentlich besseren Position und haben eine höhere Überlebenschance. Die kleinen, jüngeren, regional weit verstreuten Universitäten sollten in diesem Wettbewerb stärker unterstützt werden, um die Politik einer Reduzierung der regionalen Disparitäten auch in Zeiten des Bevölkerungs- und Studentenschwundes fortsetzen zu können. Deshalb wird es auch in dieser Hinsicht ein besonderes Problem sein, den Prozeß der informellen Zentralisation aufzuhalten. Es wäre anzustreben, alle Einrichtungen zu belassen, wie sie sind, lediglich ihr Personal und den Umfang ihrer Aktivitäten zu reduzieren bzw. auf die spezifischen Bedürfnisse ihres Versorgungsbereichs zu spezialisieren. Auf diese Weise könnte jede Region ihre Hochschulinstitution behalten, was auch im Interesse der Identifikation für die Region gut wäre. So könnte auch der Grundsatz bestehen bleiben, daß die Studenten in der Nähe ihres Wohnortes studieren können. Soziale und ökonomische Probleme gerade der älteren Studenten, die noch oder wieder studieren, während sie bei ihren Familien wohnen bleiben, würden damit vermieden.

Da der Autor selbst einer dieser schließungsgefährdeten neugegründeten Hochschulen angehört, seien hier ein paar Gedanken zur Überlebensstrategie solcher Hochschulen angeführt: Deshalb formuliere ich die zweite These:

Kleine Hochschulen werden eine Überlebenschance haben, wenn sie in ihrer Region rechtzeitig und geschickt Marketing betreiben.

Eine erste Überlebensstrategie hierzu wäre es, daß die Hochschule die Forderungen und Probleme ihrer Region erkennt. Dies kann die Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur, der Beschäftigungsstruktur, der Verwaltungsorganisation ebenso betreffen wie ökologische Probleme der Landschaft, Energieprobleme, typische Konfliktlagen etwa zwischen Landschaftsschutz und Energiegewinnung, oder auch politische Regionalprobleme wie Zonenrandlage, Tourismus, Verkehrsanbindung u. a. m.

Wenn wir allgemein einen Trend weg vom tertiären Bildungssystem zu anderen Aufgaben der sozialen Dienstleistungen erkennen können, so wäre zu fragen, wie weit die Hochschule hier Aufgaben sozialer Dienstleistungen in der Region übernehmen könnte. Dies kann Lehrangebote und Leistungsangebote für spezifische Defizite im Ausbildungsbereich, in der sozialen Betreuung, in der Versorgung spezifischer Zielgruppen (Alte, Ob-

dachlose, ethnische Gruppen) betreffen und das Weiterbildungs-/Erwachsenenbildungsangebot durchaus einschließen.

Ferner sollte die kleine Hochschule ihr eigenes akquisitorisches Potential mobilisieren, etwa auch in Richtung auf den Technologietransfer via Forschung und Entwicklung für die regionale Wirtschaft. In der fachlichen Ausrichtung des Angebots an Lehr-, Forschungs- und Dienstleistungen sollte die kleine Hochschule nicht die großen Hochschulen nachahmen und etwa auch die volle Breite wissenschaftlicher Disziplinen anbieten wollen, sondern es sollten "Nischen" gesucht und ausgefüllt und regionalspezifische Spezialisierung angestrebt werden. Damit würde die kleine Hochschule sich für ihre Region unentbehrlich machen, sie würde darüber hinaus das Bild der gesamten Hochschullandschaft mit ihrer Spezialität bereichern.

Schließlich muß sich jede Hochschule, besonders aber die kleine, im Aufbau befindliche Regionalhochschule, selbst zum Gegenstand ihrer eigenen Forschung machen, etwa derart, wie es die Universität Konstanz mit ihrer eigenen wissenschaftlichen Erfolgskontrolle bereits tut.

Meine dritte These zum Problem der regionalen Disparitäten bezieht sich auf mikroräumliche Standortfragen: Innenstadthochschulen haben es besser als Campusanlagen.

Auch die mikroräumliche Anordnung neuer Universitäten hat in den letzten zehn Jahren eine Entwicklung zum Stadtrand oder zur totalen Campusanlage genommen, die diese Hochschulen in Zeiten verschärften Wettbewerbs um Studenten in eine schlechtere Ausgangsposition bringt.

Einerseits haben nämlich die Versprechungen der Hochschulstädte, im Anschluß an den Hochschulcampus eine Stadtentwicklung als Arrondierungsmaßnahme voranzutreiben, sich nicht erfüllen lassen. Hierfür sprechen verschiedene Gründe, z. B. weil der Wohnungsbau und die Stadtentwicklung ebenfalls von sinkenden Geburtenraten beeinflusst werden und sich dieser Trend, zusammen mit Investitionsstop und Konjunkturkrise, bereits früher ausgewirkt hat. Wenn eine Hochschule die Chance haben soll, eine neue Art von Studenten anzuwerben, die während des Studiums bei ihren Familien wohnenbleiben und ihre Berufstätigkeit nicht unterbrechen, und wenn diese Hochschulen für akademische Berufsbildung attraktiv sein sollen, so ist ihre Erreichbarkeit hierfür eine wichtige Voraussetzung.

Neu gegründete Hochschulen in isolierten Campusanlagen sind in dieser Beziehung abermals benachteiligt. Wegen ihrer sozialen und räumlichen Isolierung haben sie geringere Chancen, ihre Probleme zu kompensieren durch den Transfer ihrer Ressourcen für andere akademische oder auch nicht-akademische kommunale soziale Aktivitäten.

6. Probleme mit baulichen Ressourcen

Hier formuliere ich fünf Thesen, die insgesamt darauf hinauslaufen, daß selbst bei rückläufiger Studentenzahl noch erhebliche Aufgaben für die Planung und Realisierung von Hochschulbauten bestehen werden.

Meine erste These besagt, daß sinkende Studentenzahlen auf den Flächenbedarf einen relativ geringen Einfluß haben.

Zunächst hat ein Rückgang der Studentenzahlen nur auf einen kleinen Teil der baulichen Kapazitäten der Hochschule Einfluß, wenn man sich vergegenwärtigt, daß weniger als die Hälfte der Nutzflächen in den Bucherwissenschaften für die Lehre im weiteren Sinne zur Verfügung stehen, während zwischen einem Drittel und einem Viertel der Nutzflächen in den Naturwissenschaften und technologischen Fächern von Studenten genutzt werden.

Wie bereits dargestellt, bedeutet die Verringerung der Studentenzahlen nicht auch eine proportionale Verringerung des wissenschaftlichen Personals. Deshalb hat der Rückgang der Studentenzahlen auf die personalorientierten Flächen nur geringe Auswirkungen. Die von der instrumentellen und apparativen Ausstattung her bestimmten Teilflächen der Hochschule werden im wesentlichen von der Art der Ausstattung, nicht vom Umfang der (studentischen) Nutzung in ihrem Ausmaß und ihrem Ausstattungsniveau bestimmt. Deshalb ist für diese Teilkapazität ein Rückgang der Studentenzahlen in aller Regel ohne jeden Einfluß.

Mit der zweiten These behaupte ich, daß das derzeitige Flächenangebot unausgeglichen ist und daß deshalb eine Umverteilung der verfügbaren physischen Kapazitäten erforderlich sein wird.

In einer Zeit der intensiven Nutzung und Überlastung der lehrbezogenen Kapazitäten unserer Hochschulen ist die Investitionsstrategie bei Neubauten und Erweiterungen meist auf eine Maximierung der Zahl der Studienplätze konzentriert - also auf eine für die Ausbildungskapazität wirksame Maßnahmenart. Andererseits hat der räumliche Ausbau der Hochschulen in den letzten Jahren mit der Ausweitung der Lehrkapazitäten implizit immer auch eine beachtliche Erweiterung der Forschungskapazitäten im Räumlichen und Apparativen gebracht, selbst wenn die forschungsberechtigten Hochschullehrer davon derzeit nur begrenzten Gebrauch machen können.

Andere Arten von baulicher Kapazität, besonders im Bereich sozialer Bedürfnisse, aber auch im Bereich der technischen Infrastruktur, wurden aus vielen Bauprojekten vorläufig herausgenommen und auf spätere Ausbaueiten verschoben. Deshalb könnte es ein erstes Ziel der Ausbaupolitik von Hochschulen nach dem Nachlassen der studentischen Platznachfrage sein, die verfügbaren physischen Kapazitäten auf die in den letzten Jahren zu kurz gekommenen Nutzungsarten neu umzuverteilen. Deshalb wird gerade auch in der Zeit um 1990 noch eine große Nachfrage nach In-

vestitionsmitteln für Anpassungsmaßnahmen bestehen, denn eine Neuverteilung und Umwidmung von Hochschuleilkapazitäten für neue und geänderte Nutzungen und für Neuausstattungen bedingt erhebliche Kapitalmittel.

Auch die Umwidmung brachliegender Hochschulbauten für dritte Nutzer kann bei stadträumlich günstigen Gebäudestandorten in Frage kommen. Meist sind jedoch die Hochschulstandorte zu stark separiert, und die Bauten sind funktional für Folgenutzer wenig geeignet.

Bei der Flächenumwidmung sollte insbesondere an eine Verbesserung der sozialen Qualität von Hochschulen gedacht werden. Dies kann die Einbeziehung von Wohnfunktionen auch für Nicht-Hochschulangehörige ebenso betreffen wie die Differenzierung der Nutzungsmöglichkeiten im außerfachlichen Bereich.

Die dritte These behauptet, daß zwischen 10% und 15% der derzeitigen Hochschulkapazitäten abhängig sind, und daß darüber hinaus viele Bauten in Zeiten der Überlast stark abgenutzt wurden und reparaturbedürftig sind.

Ein beachtlicher Teil der heutigen Hochschuleinrichtungen befindet sich in sehr schlechtem Zustand. Sie können aber wegen der gegenwärtigen Raumnot noch nicht aufgegeben werden. Hier sind auch Bauten mit im Grunde zu hohen Betriebskosten und solche, für die erheblicher Unterhaltung- und Instandsetzungsaufwand erforderlich ist, zu nennen und ebenso solche, die nach Zuschnitt, Größe und stadträumlicher Lage als schlecht zu bewerten sind. Wegen der derzeitigen Raumnot sind aber die in Altbauten untergebrachten Kapazitäten nicht auf das Maß ihrer Nutzungstauglichkeit reduziert worden, was z. T. zu funktional und physiologisch mangelhaften Benutzungsverhältnissen führt. Auch gibt es typische Streulagen von Hochschuleilbereichen in alten Städten, die unzumutbaren Transportaufwand und Zeitverlust bei der täglichen Nutzung verursachen. Ferner gibt es Strukturen, die von überholten städtebaulichen Konzeptionen herrühren und die wegen des Ausbaustops nun als Torsi herumstehen.

Bei all diesen Problemen gilt es, in Zukunft die Substanz zu bereinigen, durch Umzug, Zusammenlegung und Teilaufgabe von Bauten die Benutzungskosten zu senken und die Funktionsfähigkeit zu verbessern. 10-15% der gegenwärtigen Nutzflächen der vor dem 2. Weltkrieg gegründeten Hochschulen ist bei solchen Bereinigungsmaßnahmen als abhängig zu bezeichnen bzw. muß wegen zu hoher Benutzungskosten aufgegeben werden.

These 4 verlangt Maßnahmen der permanenten Bausubstanzerhaltung und fordert mehr Anstrengungen für die permanente Neuausstattung von Altbauten.

Sicher wird in den kommenden Jahren kaum noch an größere Investitionssummen für Neubauprojekte gedacht werden können, aber es wird notwendig sein, den bereinigten und langfristig weiterzunutzenden Bau- bestand zu unterhalten, um seine physische und funktionale Alterung zu verhindern. Wichtig ist, daß die apparative Ausstattung dringend der Nachinvestition bedarf, wenn das derzeitige Ausstattungsniveau erhalten blei-

ben soll. Das derzeitige Investitionsniveau für den Ersatz von Apparaten ist zu gering, um die Substanz in Qualität und Umfang zu erhalten.

Die fünfte und letzte These zu den baulichen Ressourcen betrifft die Gesamtplanungen und fordert die sofortige und von nun an permanente Revision aller längerfristigen Gesamtplanungen in Hinsicht auf die hier umrissenen Probleme.

Die bauliche Hochschulentwicklungsplanung wird bereits jetzt auf die Zeit nach 1990 ausgerichtet werden müssen. Es steht jetzt bereits zu befürchten, daß einige große Gesamtplanungen mit langfristigen Verwirklichungszeiten mit ihrem Endausbau in Schwierigkeiten kommen werden, so daß sie als Torsi stehenbleiben könnten. Das besondere Dilemma der Planung und Realisierung von Hochschulbauten besteht darin, daß in aller Regel mit kurzatmiger Prognostik für längerfristig kapazitätswirksame Entscheidungen gearbeitet wird und daß zwischen unwiderruflichen Planungsentscheidungen und der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten meist viele Jahre für die Ausführungsplanung und Realisierung ins Land gehen. Deshalb ist es erstaunlich, mit welcher Sicherheit noch heute in den Hochschulbauämtern Langfristplanungen für Neubauten entschieden werden, deren Realisierung gerade zum Zeitpunkt des wahrscheinlichen Umbruchs abgeschlossen sein wird.

Flexibilität und Variabilität von Hochschulbauten kann hier nicht als "Zauberwort" gelten, und es wird notwendig sein, die Ziele von baulichen Entwicklungsplänen permanent neu zu überdenken. Selbst wenn die nach 1990 erforderliche Flächenmenge nicht abnehmen sollte, werden doch Inhalte der Studiengänge, Lehrvermittlungsformen, Anteile der Forschung, Zusammensetzung der Studentenschaft, Anteil der sozialen Einrichtungen und Hereinnahme neuer Aufgaben der sozialen Versorgung die Art des dann entstehenden Flächenbedarfs so drastisch verändern, daß der Flexibilitätsbereich bestehender Hochschulbauten z. T. weit überfordert sein wird. Da all diese Strukturveränderungen in ihren Auswirkungen auf den Bedarf an baulichen Ressourcen heute nur unscharf vorhergesehen werden können, empfiehlt sich eine Szenariotechnik, in der alternative Zukunftszustände so konkret wie möglich vorgestellt werden. Mangelhafte Vorhersehbarkeit ist in aller Regel kein Grund für Unplanbarkeit. Wir werden die Reaktionszeiten zwischen planungspolitischen Entscheidungen und Kapazitätswirksamkeit der damit eingeleiteten Maßnahmen reduzieren müssen. Pessimistische Strategien für die Entwicklungsplanung, die etwa unter dem Namen "Piecemeal-Planning" oder "Disjointed Incrementalism" bekannt sind, scheinen von nun an dem Problem angemessener zu sein als große Würfe langfristiger integrierter Ausbau- und Entwicklungsplanungen.

Insgesamt wird der Planungsaufwand pro Investitionseinheit drastisch steigen, da die Zeit der Standardgebäude und Planungsrationalisierung nunmehr dem Ende zugeht und die Maßnahmenarten sich in Richtung auf Umnutzung, Anpassung, Arrondierung, Neuausstattung und kleine Erwei-

terung verändern. Auch die Reduzierung des Energieverbrauchs kann in die baulichen Strukturen tief eingreifen und erhebliche Umplanungsmaßnahmen erforderlich machen. Schließlich sind die standardisierten Gebäude, die in den letzten zehn Jahren errichtet wurden, sämtlich von einem Niveau des Energieverbrauchs und des technischen Aufwandes geprägt gewesen, das in Zukunft für öffentliche Bauten unbezahlbar sein dürfte.

7. Auswirkungen einer solchen Entwicklung auf Finanzierungsstrategien

Bei der folgenden Betrachtung der Auswirkungen unterscheiden wir die drei Kostenarten Investitionskosten, laufende Kosten und soziale Kosten.

Zu den Investitionskosten formuliere ich zwei Thesen, deren erste lautet:

Obwohl Investitionsmittel nicht mehr erforderlich sein werden, um neue Grundstücke zu kaufen und neue Bauten zu finanzieren, werden dennoch erhebliche Mittel auch bei rückläufigen Studentenzahlen für die Bauinvestition benötigt.

Neben der Substanzerhaltung des Baubestandes wird für Verbesserungen und für die Anpassung bestehender Bauten an neue Bedürfnisse und für die Änderung der Nutzungsarten Geld benötigt. Auch die ständige Erneuerung der vorhandenen Ausstattung und des wissenschaftlichen Geräts ist eine Aufgabe, für die mehr Investitionsmittel als z. Zt. erforderlich sein werden, wenn der heutige Standard der Ausstattungsqualität erhalten bleiben soll.

Im Hochschulbau der Bundesrepublik Deutschland wird das Budget für die Bauinvestitionen von Bund und Ländern gemeinsam getragen, aber bis jetzt wurden nur Neuinvestitionen finanziert, während die Bauunterhaltung und Anpassungs- und Neuausstattungsinvestitionen normalerweise nur von den Ländern allein getragen werden. Hier sollte auch das Budget des Bundes zur Mitfinanzierung eingesetzt werden können, zumal der alte Standpunkt hier nicht gilt, daß Instandsetzungskosten unterlassene Bauunterhaltungskosten sind. Allgemeiner könnte man sagen, daß Anpassungs- und Instandsetzungskosten als Investitionskosten anerkannt werden müssen.

Meine zweite These lautet, daß Richtwerte als Grundlage der Bedarfsbemessung unbrauchbar werden.

Der Maßstab für die Angemessenheit von Anpassungsinvestitionen kann über die rein quantitativ ausgerichteten Flächen- und Kostenrichtwerte nicht gefunden werden. Mit den Investitionen der Zukunft werden keine zusätzlichen Studienplätze geschaffen, es kommt immer stärker auf den einzelnen Fall und seine spezifischen Rahmenbedingungen an, wenn die Angemessenheit einer beantragten Maßnahme überprüft werden soll. Verfahren zur Überprüfung des Modernisierungsaufwandes, mit deren Hilfe die Angemessenheit einer Maßnahme beurteilt werden kann, liegen besonders

im Schulbau vor. Mit diesen Verfahren müssen auch Entscheidungen über die Aufgabe nicht mehr modernisierungswürdiger Altbauten gefällt werden können. Das Instrumentarium der Prüfung und Genehmigung von Bauinvestitionen im Hochschulbau muß sicher differenzierter werden.

Meine dritte These betrifft laufende Kosten: Als typischen Effekt bei Schrumpfung des Umsatzes und gleichbleibender Angebotsbreite sehe ich steigende laufende Kosten.

Die laufenden Kosten der Universitäten werden sich infolge der hier skizzierten Entwicklung möglicherweise steigern,

- einmal, weil der durchschnittliche Standard der Versorgung mit Personal, Raum und Gerät steigen wird,
- zum anderen aber auch, weil die Ausnutzung der Ressourcen sinken wird (zum Nutzen der Betroffenen),
- und weil die schwächere Ausnutzung von nicht stilllegbaren Kapazitäten nicht zu einer proportionalen Verringerung der Benutzungskosten führt (dies trifft dann zu, wenn die Vorhaltung für sich genommen kostenträchtig ist, unabhängig vom Ausnutzungsgrad),
- schließlich werden auch die baubezogenen laufenden Kosten allgemein relativ steigen, was auch unter dem Aspekt der steigenden Energie- und Reinigungskosten verständlich wird.

Auch bei den laufenden Kosten mahne ich zur Vorsicht vor Richtwerten, denn wo laufende Kosten über ein Kennwertsystem an die Studentenzahlen geknüpft sind, kann eine ganze Hochschule bankrott gehen, wenn sie ihr Niveau halten will oder unattraktiv werden, wenn sie mit heutigen Sätzen zurechtkommen soll.

Natürlich drängt sich die Frage auf, wie die laufenden Kosten erwirtschaftet werden, zumal eine kostendeckende Preis- und Gebührenpolitik für das Hochschulsystem schon unter dem Aspekt der bedrohten Hochschulattraktivität außer Frage steht. Mir scheint, daß hier eine wachsende Diskrepanz zwischen der durchaus durch Nachfrage gedeckten Breite der Versorgung der Gesellschaft durch die Hochschule einerseits und der Möglichkeit, die steigenden Kosten hierfür zu erwirtschaften, besteht.

Meine vierte These fordert bessere Leistungen im Stipendienwesen.

Wenn Hochschulen untereinander im Wettbewerb um Studenten stehen und sie andere Studentenarten zu gewinnen versuchen, wird auch das Stipendienwesen differenzierter werden müssen. Möglicherweise wird den Hochschulen bei einzelnen Kursangeboten auch nichts anderes übrig bleiben, als den potentiellen Studienbewerbern die Finanzierung der Studienkosten auf die eine oder andere Art anzubieten. Außerdem wird auch für einzelne neue Studentenarten notwendigerweise von der Hochschule Wohnmöglichkeit und teilweise auch Übernahme der Unterhaltskosten angeboten werden müssen. Fatal wäre es, wenn die ohnehin nur teilweise realisierte Chancengleichheit unter einem solchen Kostendruck noch mehr in Frage gestellt werden würde.

In diesem Zusammenhang muß ich noch auf eine dritte Art der steigenden Kosten hinweisen und meine fünfte These aufstellen: Die sozialen Kosten werden steigen.

Bei wachsender Konzentration und intensiverer Kommunikation zwischen den Hochschulen und bei Veränderungen in der sozialen Situation der Studenten werden viele Kostenarten, für deren Finanzierung die Studenten selbst aufkommen müssen, steigen. Dies betrifft etwa die Lebenshaltungskosten von älteren Studenten, die bereits verheiratet sind und Kinder haben.

Ich nenne hier auch das Problem der getrennten Haushaltsführung und den erhöhten Transportaufwand zwischen Hochschul-Teilstandorten und Wohnorten. Wenn ein sozialer Numerus clausus hier vermieden werden soll, so werden Subventionen der Lebenshaltungskosten, Wohnraumförderungen, Fahrgeldzuschüsse, Trennungsschädigungen zusätzlich erforderlich sein. Hochschuleigene Transportmittel, hochschuleigener Wohnraum und subventionierte Läden für Studenten werden hier zu überdenken sein. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Hochschule aus sozialen und finanziellen Gründen der Studenten noch weiter entvölkert würde oder wenn die Hochschule von nicht-öffentlichen Stipendiengebern abhängiger würde.

Insgesamt wird in jedem Falle die "Ware Bildung" teurer, weshalb das Hochschulsystem sich insgesamt stärker auf das Beschäftigungssystem ausrichten muß und weshalb wir uns zu fragen haben, wie viel uns Hochschulausbildung wert ist und wie viel Hochschule wir uns werden leisten können. Der Titel meines Beitrags enthält eine Frage. Ich antworte: Es sind mehr Probleme, aber es sind auch viele Chancen. Jedenfalls ist die hier skizzierte Entwicklung nicht automatisch und selbstgesteuert. Vielmehr glaube ich, man kann planerisch und politisch Einfluß nehmen. Jedenfalls habe ich Sorge, daß der planerisch-politische Einfluß ein weiterer Grund für mehr Staat, mehr Planung von oben im Hochschulsystem sein könnte. Jedenfalls ist dies in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, weniger in Großbritannien, bisher der Fall. Ich glaube, daß die hier skizzierte Entwicklung eine Herausforderung für die Hochschulen selbst sein sollte, ihre eigenen Chancen, ihr eigenes Überleben zu sichern und zu gestalten.

Anmerkungen:

1. Der Beitrag stellt die überarbeitete Fassung eines Vortrags dar, den Prof. Jokusch vor einem Seminar "On current developments in the planning and control of contemporary higher education institutions" gehalten hat, das von der OECD an der Universität Zürich vom 10. - 12. 9. 1979 veranstaltet wurde. Der Vortrag wurde erstveröffentlicht in der Deutschen Universitätszeitung, 1979, 1. Novemberausgabe, S. 674-679

4. TENDENZEN UND ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN IM AMERIKANISCHEN HOCHSCHULWESEN 1980

H. Winkler

1. Internationaler Vergleich - warum das Beispiel USA?

Zum Funktionswandel des Hochschulwesens wird man sich nur dann fundiert äußern können, wenn man auch die Entwicklung des amerikanischen Hochschulwesens aufgearbeitet hat. In den kommenden Jahren wird der "Blick über den Zaun" häufiger werden und die Aufarbeitung der amerikanischen Erfahrungen z. B. über Zulassungsverfahren und Weiterbildung nun auch für die Steuerungsprobleme eines Hochschulwesens ohne weitere Expansion verstärkt einsetzen. Für diese Annahme sprechen folgende Gründe:

- Die vor allem durch die demographische Entwicklung verursachten Probleme eines Wachstumsstillstands sind in den USA früher als in der Bundesrepublik Deutschland aufgetreten.
- Das System der Hochschulfinanzierung an amerikanischen Hochschulen ist so gestaltet, daß Rückmeldungen über Einkünfte und Ausgaben sehr rasch an die Verursacher weitergeleitet werden. So ist es nicht nur an privaten, sondern auch an staatlichen Hochschulen üblich, daß Hochschullehrer regelmäßig Mitteilungen darüber erhalten, ob ihre bzw. die Leistungen der Abteilung, der sie angehören, durch die Einkünfte, die zum großen Teil aus den Beiträgen der Studenten, der institutionellen Förderung oder aus Forschungsförderungsmitteln bestehen, gedeckt sind. Es handelt sich um ein stark "studentenzahlabhängiges" Budgetierungssystem, das auf Veränderungen der Studentenzahl heftig reagieren muß.
- Die Organisation und die Struktur der Entscheidungsfindung macht es sehr wahrscheinlich, daß Rückgänge in der Studentenzahl oder in der Höhe der eingeworbenen Forschungsmittel sehr rasch in kostensenkende Maßnahmen, vor allem Stellenkürzungen oder dergleichen, transformiert werden.
- In kaum einem anderen Land gibt es dermaßen vielfältige und einfallreiche Maßnahmen und Versuche in der Anwerbung neuer, "nicht-traditioneller" Zielgruppen für die Hochschulbildung als Strategie einer

Funktionsausweitung des Hochschulbereichs.

- Die Vielfalt und die Differenziertheit des amerikanischen Hochschulwesens geben dem Betrachter jedenfalls eine sehr große Variationsbreite von auch übertragbaren Reaktionsmöglichkeiten auf veränderte Umweltbedingungen, in diesem Falle ein Arsenal von Überlebensstrategien für Hochschulen ohne zukünftiges Wachstum.
- Die Verschiedenheit des amerikanischen Hochschulwesens von dem unsrigen ist zwar unverkennbar, jedoch sind die Grundstrukturen in Lehre, Forschung, Verwaltung und Selbstverwaltung nicht so verschieden, so daß nicht eine vergleichende Betrachtung Lerngewinne erwarten ließe.

2. Vorbemerkung

Es wäre überlegenswert, mittelfristig im Rahmen des Forschungsprogramms des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung eine systematisch angelegte Untersuchung über die Überlebensstrategien der amerikanischen Hochschulen anzustellen. Hier soll es jedoch nur um die Darstellung der Problematik gehen, wie sie sich dem Leser aus der Lektüre einschlägiger Veröffentlichungen erschließt sowie um die Darstellung einiger typischer Beobachtungen, wie man sie auf einer längeren Studienreise gewinnen kann.

Es handelt sich bei diesem Beitrag vor allem um eine Literaturlauswertung zweier wichtiger Veröffentlichungen des Carnegie Council on Policy Studies in Higher Education, die 5 Jahre auseinanderliegen und sich zu dem hier interessierenden Thema äußern¹. Daran schließen sich einige Schilderungen solcher Erfahrungen an, wie sie sich einem deutschen Besucher aufdrängen. Sicher genügen diese Beispiele nicht, um die gesamte Situation zutreffend und allgemeingültig zu beschreiben; sie mögen aber verdeutlichen, daß die Verarbeitung dieser Erfahrungen für die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sinnvoll sein kann.

3. "Mehr als Überleben" - Bericht der Carnegie Foundation (1975)

Die "Carnegie Foundation for the Advancement of Teaching" ist die einflußreichste Stiftung in den USA, die sich vorwiegend mit Fragen der Hochschulpolitik befaßt. Das von ihr gebildete "Carnegie Council on Policy Studies in Higher Education" stellte in den siebziger Jahren das wichtigste hochschulpolitische Beratungsgremium in den USA dar, für das es staatlicherseits kein offizielles Pendant gab; es bestand überwiegend aus Präsidenten verschiedener staatlicher und privater Universitäten.

In einem 1975 veröffentlichten Bericht "More than Survival. Prospects for Higher Education in a Period of Uncertainty" (San Francisco,

1975) setzte sich die Carnegie Foundation mit den Überlebenschancen der Hochschulen bei stagnierenden oder rückläufigen Studentenzahlen auseinander. Als wichtigste Indikatoren des Wachstumsrückganges wurden genannt:

- Die Studentenzahlen verdoppelten sich in den sechziger Jahren, wuchsen nur noch gering in den siebziger Jahren und gehen zum Nullwachstum in den achtziger Jahren über.
- Der Bedarf der Hochschulen an wissenschaftlichem Personal, der um 1970 durchschnittlich 27.500 pro Jahr betrug, wird in den achtziger Jahren (einschließlich Ersatzbedarf) auf Null fallen.
- Die Aufstiegsmöglichkeiten für das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen verschlechtern sich, da der Anteil der Wissenschaftler mit Dauerpositionen von unter 50% auf etwa 70% stieg.
- Die Gehaltsentwicklung für das Hochschulpersonal bleibt hinter den Inflationsraten zurück.
- Der Anteil der Hochschulausgaben am Bruttosozialprodukt stieg von 1,1% (1960) auf 2,2%, fiel aber im Jahr 1975 erstmals wieder.
- Die Forschungsmittel des Bundes hatten in den sechziger Jahren eine durchschnittliche reale Steigerungsrate von 8%, sie gleichen aber in den siebziger Jahren nur noch etwa die Inflationsraten aus.
- In den sechziger Jahren entstand im Durchschnitt pro Woche eine neue Hochschule; heute ist kaum noch eine Steigerung der Anzahl zu beobachten.
- Die Bundeszuschüsse für den Hochschulbau wurden um 90% gekürzt; auch Mittel der einzelnen Staaten und der privaten Förderer für den Hochschulbau gingen erheblich zurück.

4. "Dreitausend Zukünfte" - Der Schlußbericht des Carnegie Council im Jahr 1980

Zu grundsätzlich nicht wesentlich veränderten, wenn auch durch inzwischen eingetretene Entwicklungen noch bestätigten oder leicht modifizierten Ergebnissen kommt das Carnegie Council in seinem Buch "Three Thousand Futures: The Next Twenty Years for Higher Education. Final Report of the Carnegie Council on Policy Studies in Higher Education" (San Francisco und London, 1980). Als wichtigste und gravierendste Veränderungen in den folgenden zwanzig Jahren werden hier genannt:

- Die Studentenzahlen werden insgesamt um ca. 5 - 15 % abnehmen. An dieser Verminderung haben vor allem die "Undergraduates" großen Anteil, während für den Bereich der "Graduates" eher noch eine Steigerung der Studentenzahlen durch die quantitativ bedeutende Zunahme "nicht-traditioneller" Studenten (Erwachsener, Berufstätiger, Teilzeitstudenten, ausländischer Studenten) prognostiziert wird.
- Der Ersatzbedarf an wissenschaftlichem Personal ist bereits im Jahr

1980 auf Null gefallen, er wird auch bis 1997 dort verharren, es ist sogar mit einem Überangebot von bereits im Hochschuldienst erfahrenen Wissenschaftlern zu rechnen.

- Die Aufstiegsmöglichkeiten für wissenschaftliches Personal an Hochschulen sind weiterhin schlecht. Der Anteil der dauerbeschäftigten Wissenschaftler beträgt 1980/81 bereits 75%, das Durchschnittsalter liegt bei dauerbeschäftigten Hochschullehrern heute zwischen 36 und 45 Jahren, so daß es bei Stagnation also kaum Chancen für den Hochschullehrernachwuchs geben wird.
- Die Gehaltsentwicklung für Hochschullehrer ist nicht nur hinter den stark gestiegenen Inflationsraten, die im Frühjahr 1980 auf 20% pro Jahr hochgerechnet werden konnten, sondern auch hinter der Gehaltsentwicklung auf dem sonstigen Arbeitsmarkt zurückgeblieben: so erhalten die Absolventen zum Teil höhere Gehälter als die sie ausbildenden Professoren (- 8% seit 1975).
- Der Anteil der Hochschulausgaben am amerikanischen Bruttosozialprodukt ist auf 2,1% gefallen gegenüber seinem höchsten Stand von 2,7% zu Beginn der siebziger Jahre, und es wird bezweifelt, ob dieser jetzt erreichte Stand gehalten werden kann (Annahme: 1,6%).
- Die Unterstützung der Hochschulen durch Bundesmittel hat um 21% abgenommen und wird durch die Erhöhung der Förderung seitens der einzelnen Bundesstaaten um etwa 14% nicht ausgeglichen, so daß sich zusammen mit den Inflationsraten eine starke Einbuße an Finanzmitteln für die Hochschule ergibt.
- Im letzten Jahrzehnt standen 111 neugegründete Hochschulen 186 Hochschuleinrichtungen gegenüber, die durch Schließung, Zusammenschluß oder Wechsel in der Trägerschaft auf den Wachstumsstopp reagierten. Insgesamt mußten 107 Institutionen ihre Pforten schließen.
- Es wird eine weitere Abnahme der staatlichen Mittel für den Hochschulbau erwartet (auf etwa zwei Drittel der jetzigen Höhe); diese Mittel sind nicht zur Errichtung von Neubauten ausreichend, sie können allenfalls zur Erhaltung der bereits bestehenden Bausubstanz eingesetzt werden.

Neben diesen eher quantitativen Entwicklungstendenzen, die vor allem von einer nicht mehr wachsenden oder sinkenden Studentenzahl ausgehen, sieht das Carnegie Council auch eine Veränderung in qualitativer Hinsicht. Neben der Haupttendenz sinkender Studentenzahlen sieht man drei weitere Trends in der zukünftigen Entwicklung des amerikanischen Hochschulwesens:

- Öffnung des Hochschulwesens für "nicht-traditionelle" Studentengruppen als bildungspolitische Konsequenz der Chancengleichheitsidee, der "equal opportunity" und der "nondiscrimination". Es ist anzunehmen, daß zukünftig mehr Frauen, Angehörige von rassischen oder ethnische Minderheiten und mehr Erwachsene studieren werden.
- Hochschul- und Studienreform: Durch Eröffnung neuer Stu-

dienprogramme, andersartiger Lehrangebote, alternativer Konzepte zu bisherigen Lehrangeboten und durch den Einsatz neuer Unterrichtsmedien und Technologien wird sich eine Zunahme an Teilzeit-, Abend- und Fernstudenten ergeben.

- Zunahme des Staatseinflusses: Durch das wachsende Bedürfnis auch der bisher privaten Hochschulen, sich in der Finanzierung mehr und mehr auf staatliche Finanzierung (und sei es auch auf dem Umweg über die individuell gezahlte Studienhilfe, die in Form der Studiengebühren dann wieder der Institution zufließt) zu stützen, geraten die Hochschulen immer mehr in den Einflußbereich der staatlichen Bildungsverwaltung.

5. Rückblick auf langfristige Entwicklungslinien und Ausgangslage

- (1) Zunahme des öffentlichen Hochschulbereichs. War 1930 noch rund die Hälfte aller Hochschulen privat, so betrug ihr Anteil Ende der siebziger Jahr nur noch rund 20%. Dieser Trend wird weitergehen.
- (2) Mehr öffentliche Finanzierung. Brachten 1930 die Hochschulen noch fast 3/4 ihres Budgets selbst auf, so stellt heute der Staat fast 3/4 aller Mittel zur Verfügung. Mit dieser stärkeren Förderung durch den Staat nahm natürlich auch die Kontrolle des Staates über die Hochschulen zu.
- (3) Zunehmende staatliche Studienförderung. Waren 1930 noch 65% der Studenten in der Lage, ihr Studium selbst oder durch die Familie zu finanzieren, so gelang das 1979 nur noch 38%.
- (4) Hochschule als Großbetrieb. Mit dem raschen Wachstum der Universitäten zu großen, komplexen Organisationen wuchs der Bedarf nach organisatorischen Regeln. Die Tendenz zur Bürokratisierung, das Überhandnehmen von Kontroll- und Berichtsfunktionen und der Zwang zur Kostenrechnung und Effektivierung der Funktionen machen aus dem Hort von "Einsamkeit und Freiheit" eine Großorganisation mit Kalkülen, Regularien und sehr viel Verwaltung.
- (5) Zunehmende Bedeutung der großen (berühmten) Hochschulen. Die alten Hochschulen, die bereits einen Grundbestand an Lehr- und Forschungskapazität besitzen, der ihnen einen unaufholbaren Vorsprung vor den neueren und kleineren Hochschulen sichert, werden von dem Schrumpfungsprozess nicht so stark berührt. Ihnen kommt auch die Lage in Metropolen zugute, weil die Bildungseffektivität der Studenten Hochschulen in Ballungsregionen bevorzugt.
- (6) Überreaktionen. Die Reaktionen der Hochschulen auf Änderungen der Studentenzahlen fallen häufig dramatischer aus, als es nötig wäre. So paßt sich z. B. die Zunahme oder Abnahme des Lehrkörpers häufig nicht

einfach der Änderung der Studentenzahl, sondern deren Änderungsgeschwindigkeit an.

(7) Veränderung der Lehrkörperstruktur. Es ist damit zu rechnen, daß das Durchschnittsalter der Hochschullehrer zunehmen wird. Der typische Professor der achtziger Jahre ist ca. 50 Jahre alt und hat "tenure" (Dauerstellung).

(8) Veränderung des Werteklimas an den Hochschulen. Nach Abschluß der Reformjahre stehen nunmehr Überlegungen zum schlichten "Überleben" im Vordergrund. Diskutiert werden:

- Verminderung der Eingangsqualifikationen, Erleichterung des Hochschulzugangs,
- Suche nach neuen Adressatengruppen,
- Festhalten der Studenten in weiterführenden Studien, auch unter Vernachlässigung nicht ganz so guter Leistungen,
- Angebot einer Vielfalt unterschiedlicher akademischer Abschlüsse,
- stärkere Betonung von Berufsbezug und Praxisbezogenheit des Studiums, um mehr Studenten anzuziehen (Coop-Programme),
- Einführung neuer und interessanter Lehr- und Forschungsbereiche, z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes, neuer Technologien usw.,
- Bildung von Kollektiv-Organisationen der Hochschullehrer (Unionizing) zur Erhaltung der berufsspezifischen Freiräume,
- Suche nach fähigen Hochschuladministratoren, die sich in drei Bereichen zu bewähren haben: Kostenrechnung, Attrahieren neuer Studenten, Werbung privater Spenden.

(9) Veränderung des "institutional behaviors".

- Marktorientierte Programme (Studenten"markt", Arbeitsmarkt, Konkurrenz siegen über Reformprogramme);
- Steigende Bedeutung von Personen in Sonderfunktionen, die nur indirekt mit Lehre und Forschung zu tun haben, wie: Studienberater, Zulassungsexperten, Verwalter von Stipendien u. ä. ;
- wachsende Bedeutung informeller Abstimmungsprozesse auf dem Campus (wichtige Beschlüsse werden informell unter den Entscheidenden und Meinungsträgern getroffen, unwichtige in den Selbstverwaltungsgremien). Vor formellen Entscheidungen wird Konsens erzeugt durch Gespräche, "Seelenmassage" oder finanziellen Druck;
- das Konkurrenzverhalten zwischen Einzelpersonen, zwischen Fachbereichen und zwischen Schools oder Colleges nimmt zu.

(10) Der "neue" Studententyp.

- Die Grundfähigkeiten der Studienanfänger haben sich in den letzten 10 Jahren verschlechtert: die verbalen Fähigkeiten haben um 11%, im Durchschnitt um 7% abgenommen (Scholastic Aptitude-Test-Ergebnisse, SAT);

- die neuen Studenten haben ein stärkeres Interesse an beruflich verwertbaren und berufspraktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten;
- die neuen Studenten haben ein deutlich geringeres Interesse an Politik. Seit dem Jahre 1970 verringerte sich der Anteil der "äußeren Linken" (in amerikanischen Begriffen) im politischen Spektrum von 4,5% auf nun 1,8% und wuchs der Anteil der "Mitte" von 42% auf nunmehr 48%;
- wenn politische Aktivitäten zu beobachten sind, so sind sie punktuell; als Weg zur Umsetzung politischer Überzeugungen wird die formale Struktur der vorhandenen Organisationen benutzt, man diskutiert und versucht, den anderen zu überzeugen;
- Aktionen auf dem Campus betreffen meist keine Fragen, die mit Lehre, Studium oder Forschung zusammenhängen. Im Vordergrund stehen eher Fragen, die als "gewerkschaftlich" bezeichnet werden könnten, wie: Studiengebühren, Nutzungsgebühren, Mieten für Wohnheime, Parkplätze, Kosten für das Mensaessen, Beratungsdienste und sonstige Dienstleistungen;
- Studenten ziehen Hochschulen in großen Städten denen auf dem Lande vor;
- gesellschaftliche Normen werden nicht mehr so hoch geachtet: Man schummelt bei Prüfungen, auf dem Campus lassen sich Anzeichen von Vandalismus beobachten, man erschleicht sich Studienförderung durch falsche Angaben über den sozialen Status der Familie usw.;
- gegenüber der Zukunft entwickelt der Student ein pessimistisches Bild, und es herrscht eine eher fatalistische Verhaltensweise vor;
- wenn ein Student sein Selbstbewußtsein entwickelt, dann aus Erfahrungen über die eigenen Möglichkeiten und Leistungen, nicht aus der Beurteilung durch die Hochschullehrer.

(11) Das Marktmodell schlägt durch. Weil es sich beim amerikanischen Hochschulsystem um ein "studentenzahlgetriebenes System" handelt, gilt die Devise, daß die Studentenströme als Marktmechanismus zu berücksichtigen sind: Der Kunde (der Student) ist König! Nach dem Zustrom der Studenten regelt sich die Hochschulentwicklung. Ein Beispiel hierfür sind die Community Colleges, die sich ganz nach den regionalen Bedürfnissen und dem Studentenaufkommen entwickelt haben. Eine Hochschule, deren erste Forderung die nach Exzellenz und bester Forschungsqualität ist, hat da Probleme.

(12) Das Bild der Hochschule in der Öffentlichkeit. Verglichen mit dem gesunkenen Ansehen staatlicher Institutionen haben sich die Hochschulen in der öffentlichen Meinung ganz gut gehalten. Eine von einer Fernsehanstalt durchgeführte Meinungsbefragung ergab, daß die Hochschulen als öffentliche Einrichtungen großes Vertrauen genießen. In einer Rangfolge der prozentual häufigsten Nennungen für hohes Vertrauen stehen die Hochschulen nach den Nachrichtensendungen des Fernsehens auf Platz 2, wogegen der Kongreß, Regierung und Weißes Haus sich mit den

Plätzen 9, 10 und 12 begnügen müssen.

5.1. Zusammenfassung der Trends und Ausgangslage 1980

Die Hochschulen durchliefen in ihrer Entwicklung unterschiedliche Wachstumsphasen und treten nun in die Phase des Null-Wachstums ein:

1636 - 1870	Langsames Wachstum
1870 - 1880	Stark beschleunigtes Wachstum
1880 - 1960	Schnelles Wachstum
1960 - 1970	Stark beschleunigtes Wachstum
1970 - 1980	Stark verlangsamtes Wachstum
1980 - 2000	Langsames Wachstum oder kein Wachstum mehr?

Aus den Trends läßt sich vorsichtig abschätzen, wie die zukünftige Entwicklung sein wird:

- Die meisten Studenten werden sich an den großen öffentlichen Hochschulen in meist großstädtischen Bereichen einschreiben;
- der Staatseinfluß wird sich weiter verstärken;
- die Hochschulen werden finanziell immer abhängiger von der Förderung durch den Staat;
- das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Sinn und den Auftrag der Hochschulen stabilisiert sich;
- es bleibt unsicher, ob ein verlangsamtes Wachstum der Studentenzahlen zu erreichen ist;
- das Durchschnittsalter der Hochschullehrerschaft steigt weiter;
- das Hochschulklima wird durch eine Verhaltensweise der "Verteidigung" gegen die Bestandsgefährdung geprägt;
- die neue Studentenschaft ist anders als die siebziger Generation;
- die Studenten als Ganzes haben eine gewisse "Macht": sie bilden den Studentenmarkt, auf dem die Hochschulen miteinander konkurrieren müssen. Die besten Überlebenschancen haben die großen staatlichen Universitäten, die alten, berühmten "Privat"-Hochschulen, die inzwischen in der Mehrzahl auch zu 40%, meist über Forschungsmittel, staatlich finanziert werden. Die schlechtesten Chancen haben die kleineren, meist privaten Liberal Arts Colleges, aber auch die Mischeinrichtungen des Typs Gesamthochschule. Den Community Colleges droht dann die Gefahr, wenn in der betreffenden Region (bei einseitiger Wirtschaftsstruktur) örtliche Rezessionen eintreten. Hochschulen im Süden haben bessere Chancen als Hochschulen in den nordöstlichen und nördlichen Gebieten der USA (Wanderungs- und Zuzugsbewegung).

Das Öffnungsprogramm für die Hochschulen wird weiterhin die Bandbreite in der Zusammensetzung der Studentenschaft vergrößern. Inhaltlich erweist sich der eingeschlagene Weg der Orientierung des Studiums an breiten Grundlagen als richtig, die Überspezialisierung wird abnehmen. Die Lehrerbildungsstätten werden sich weiter in Richtung forschungs-

orientierter Universitäten entwickeln müssen, um Überlebenschancen zu haben. Die familien- und institutionsunabhängige Studienförderung wird weiterhin dazu führen, daß der Student in der Wahl seines Studienorts und seiner Fachrichtung unabhängiger wird und die Hochschule um ihn werben muß. Die Politik der "equal opportunity" und der "nondiscrimination" wird dafür sorgen, daß sich der Anteil von Frauen und Minderheitsstudenten an den Universitäten erhöht. Studentische Protestaktionen werden zahlenmäßig geringer, und wenn, dann in formalisierten und kanalisierten Bahnen auftreten. Durch Verabredung zwischen den Hochschulen wird es zu einer besseren Abstimmung der Lehrprogramme und zu einer Verminderung der Konkurrenz kommen sowie zu einer effektivitätssteigernden Vermeidung von Doppelarbeit. Die großen Privat-Hochschulen und die neugegründeten schwarzen Colleges werden auf jeden Fall erhalten bleiben. Es wird eine Vereinheitlichung aller Prozeduren im Hochschulbereich durch Zunahme regulierenden Staatseingriffs eintreten, und die Vielfalt des Hochschulwesens in den USA wird insgesamt etwas abgebaut werden.

6. Prognose der Studentenzahrentwicklung in den USA (Carnegie Council 1980)

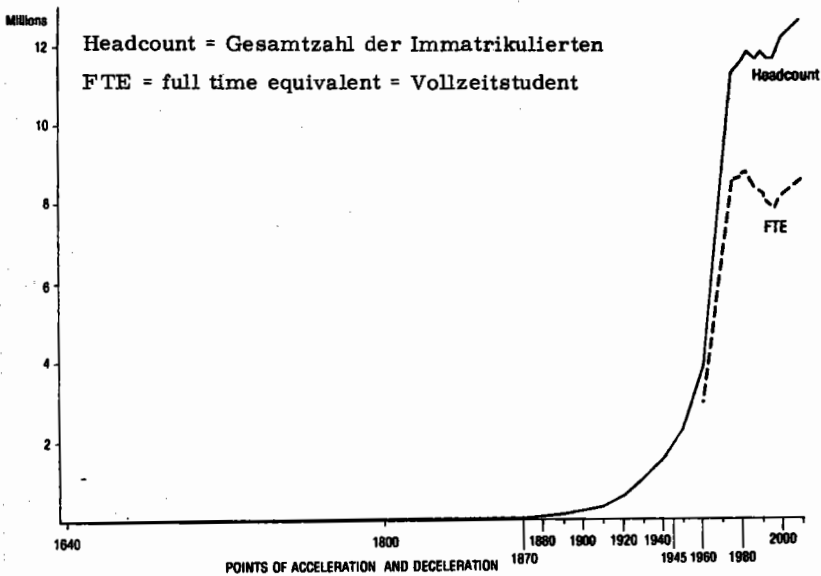
Im Abschlußbericht des Carnegie Council 1980 werden grundsätzlich vier verschiedene Prognosen für möglich gehalten:

- (1) + 25 %
- (2) -5% bis -15%
- (3) -25%
- (4) -10% bis -50% bis 1990

Träfe (1) zu, dann sind für die Hochschulen keine Probleme zu befürchten. Die Strategie hieße dann: Weiter so! Träfe (2) zu, so würden bestimmte Typen von Hochschulen wie die kleineren privaten Liberal Arts Colleges u. a. in Schwierigkeiten geraten; falls die beiden pessimistischen Varianten (3) und (4) ("Dark Age") zuträfen, gerieten die meisten bzw. fast alle Hochschulen in große Not.

Die Hochrechnungen des Carnegie Council gehen dabei von einem Sinken der Studentenzahlen bis 1990 sowie einem darauffolgenden Anstieg aus:

Figure 6. Generalized View of Enrollments in Higher Education, 1640 to 2010

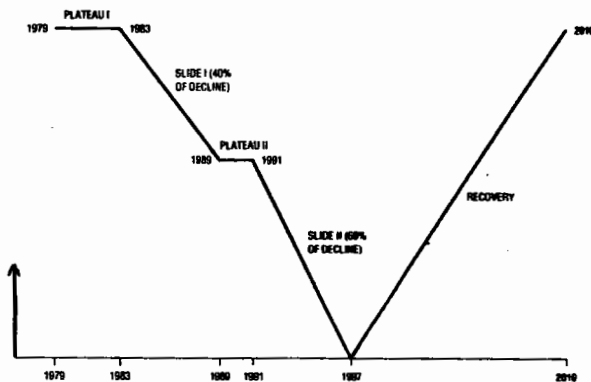


Sources: Carnegie Council estimates based on U.S. Bureau of the Census (1975) and U.S. National Center for Education Statistics, *Fall Enrollment*, appropriate years.

6.1. Genauere Hochrechnungen einzelner Gruppen

6.1.1. Undergraduates (Studenten in den Normalstudiengängen bis zum Bachelor, 4-jähriges Studium)

Figure 11. Generalized view of enrollments, 1979-2010



Source: Carnegie Council estimates.
 Ordinate: Je nach Vorausschätzung 5; 10 oder 15% der Gesamtstudentenzahl in FTE

Diese Hochrechnung geht vor allem von der demographischen Entwicklung aus und berücksichtigt schon die folgenden Veränderungen, die einer noch dramatischeren Entwicklung Einhalt gebieten: es wird angenommen, daß mehr Frauen, mehr Schwarze und Hispanos (meist Einwanderer aus spanisch sprechenden Ländern, häufig aus Puerto Rico) studieren werden. Außerdem wird angenommen, daß sich durch die stärkeren Bemühungen um die Qualität des Lehrangebots die Verbleibsquoten erhöhen werden (es herrscht z. Zt. in vielen Studiengängen eine drop-out-Rate von bis zu 40% und 50%!), daß immer mehr Studenten als Teilzeitstudenten studieren werden (das erhöht den sogenannten "headcount", der in den USA als Index für die regionale Versorgung durch die Hochschule begriffen wird; bei der Umrechnung in FTE = full time equivalent müssen diese Studentenzahlen jedoch ihrem stundenmäßigen Anteil nach berücksichtigt werden, siehe hierzu auch Bild 6), daß viele High School Studenten bereits während ihrer Schulzeit Kurse in den Hochschulen besuchen werden und daß sich der Anteil an ausländischen Studenten weiter erhöhen wird.

Trotz all dieser, einer stark sinkenden Studentenzahl entgegenwirkender Tendenzen ergibt sich für die 14 Jahre nach 1983 eine für die Hochschulen schwierige Situation:

Insgesamt wird sich die Studentenzahl in zwei Abschnitten mit einem Rastpunkt um 1990 um etwa 10% vermindern.

6.1.2. Postgraduale Studenten

Hier rechnet man mit etwa gleichbleibender oder sogar leicht zunehmender Zahl an Studenten, wobei folgende Entwicklungen vorausgesetzt werden:

- steigender Anteil von Spezialisierungs- und Aufbaustudien am gesamten Studienangebot;
- Vergrößerung der Bandbreite im Altersaufbau der Studenten;
- die Förderung von Weiterbildung durch die Beschäftigten (Anreizstruktur für Beschäftigte) wird zunehmen, vor allem im Bereich von Technik und Wirtschaft;
- es gibt einige Berufe in der hochindustrialisierten Gesellschaft der USA, die permanent weiterwachsen werden und einen großen Bedarf des Beschäftigungssystems ergeben, so z. B. Rechtsanwälte, Theologen, Mediziner, Berufe in der Sozialfürsorge, Zahnärzte u. ä. ;
- es wird mit dem Entstehen weiterer, "neuer" Berufe gerechnet;
- zur beruflichen Weiterentwicklung wird immer mehr das Verlangen der Arbeitgeber nach formalisierter, zertifizierter Weiterbildung durch die Hochschulen zu berücksichtigen sein, es wird mit einer starken Zunahme von "Continuing Education" in allen Bereichen gerechnet. Weiterbildung ist der am schnellsten wachsende Bereich, bedingt vor

allem durch den Verbleib der Frauen und der Schwarzen auch in den Studienteilen, in denen sie bisher kaum zahlreich vertreten waren.

6.1.3. Prognose über die Veränderungen der Studentenschaft

Für die Undergraduates wird insgesamt mit einer Zunahme des Anteils von bisher eher unterrepräsentierten Gruppen, sogenannter "untypischer" Studenten, gerechnet.

Im einzelnen geht man von folgender Entwicklung aus:

Gruppe	1960	2000
Frauen	37 %	52 %
Minderheiten	4 %	25 %
Teilzeitstudenten	30 %	45 %
Zwei-Jahres-Studenten	16 %	41 %
Studenten am Wohnort	60 %	85 %
Studenten über 22 Jahre alt	30 %	50 %

Was für die Hochschulen in den kommenden 20 Jahren wie eine dramatische Entwicklung aussieht, kann sich jedoch für die Studenten sehr positiv auswirken ².

6.1.4. Zukünftige qualitative Veränderungen

Diesen quantitativen Vorausschätzungen folgen weitere Voraussagen über veränderte Strukturen in der Studentenschaft:

- sich häufendes Verhalten des stückweise Studierens (stop in-stop-out);
- stärkere finanzielle Unabhängigkeit der Studenten bei der Wahl des Studienfaches;
- zunehmender Anteil an älteren Studierenden;
- höherer Anteil an Teilzeitstudenten;
- zunehmender Wechsel des Studienorts oder der Fachrichtung in Zwei-jahres-Rhythmen;
- Wechselbeziehung zwischen Arbeitsmarktsituation und Neigung in post-gradualen Studien zu studieren (zur Zeit ist eine gute Arbeitsmarktlage zu verzeichnen, die bewirkt, daß die Studenten die Hochschule frühzeitig verlassen; überraschend hoch ist der Prozentsatz der Studenten aus dem Ausland in Aufbaustudien);
- die Anreize, sich für bestimmte Colleges aufgrund ihrer Besonderheiten zu entscheiden, werden in dem Maße bedeutungslos, in dem sich die Berufsorientierung der Studenten verstärkt: die Arbeitsmarktnachfrage würde die Angebote beeinflussen;

- da sich die "rates of return" negativ entwickeln, ist mit sinkender Bereitschaft zur Aufnahme eines Hochschulstudiums zu rechnen;
- eine Wiedereinführung der Wehrpflicht würde ebenfalls die Studentenzahl vermindern;
- die durch die ökonomische Entwicklung eingetretene Verschiebung der Sozialstruktur in Richtung eines sich verbreiternden Anteils der unteren Mittelschicht wird ebenfalls eine verringerte Nachfrage nach Hochschulausbildung zur Konsequenz haben. Die Ausbreitung des Vocational Programms auf der anderen Seite kompensiert diesen Effekt für die Individuen, nicht jedoch für die Hochschulen als Institutionen;
- wenn die Hochschulen ihre Dienstleistungsfunktionen für die Region verstärken, geraten sie in ökonomische Abhängigkeit von der dortigen Wirtschaftsstruktur, was zu regionalspezifischen Disparitäten zwischen den Hochschulen führen kann.

7. Diskussion der möglichen Folgen in den USA

7.1. Pessimistische Sichtweise

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird ein rasches Absinken der Studentenzahlen erwartet, man schätzt den Rückgang auf 40% oder sogar 50% ein. Auch der Rückgang des Lohn- bzw. Einkommensniveaus für Akademiker (Überproduktion in den letzten Jahren) scheint sich negativ auf die Motivation zur Aufnahme eines Studiums auszuwirken. Sinkende "rates of return" machen den amerikanischen "Traum", gute Ausbildung gleichsetzen zu können mit gut bezahltem Beruf, zunichte.

Die Steuereinnahmen des Staates steigen nicht mehr, die rasche Geldentwertung (Hochrechnungen in den ersten drei Monaten des Jahres 1980 ergaben eine jährliche Inflationsrate von ca. 20% für 1980) schmälert die Bewegungsfähigkeit der Hochschulhaushalte. Die privaten Spenden sowie die Einkünfte aus eigenem Vermögen nehmen ab, so daß die Hochschulen in bis dahin nahezu unbekannte finanzielle Probleme hineingeraten werden.

Der dadurch verursachte Wettbewerb der Hochschulen untereinander hauptsächlich konkurrieren die kleineren privaten Colleges um die Studenten, die mit ihren Studiengebühren weitgehend das Budget finanzieren - führt zu unangenehmen Begleiterscheinungen: falsche Versprechungen an die Studienbewerber, verschenkte Credits, Angebote leichter Kurse und eine Inflation bei der Vergabe akademischer Titel. Ein Absinken des Qualitätsniveaus wird befürchtet. Wenn dann der Glaube der Öffentlichkeit in die Integrität und die Dignität der akademischen Ausbildungsinstitutionen sinkt, kann einer weiteren Zunahme der staatlichen Kontrolle kaum mehr wirksam begegnet werden.

Die Hochschullehrer, die zuallerletzt von den Auswirkungen betroffen sind - vornehmlich die älteren und die mit "tenure" - nehmen diese Veränderungen zunächst nicht so ernst, zumal ja auch einige Vorteile mit sinkenden Studentenzahlen verbunden sind (weniger Lehrverpflichtungen, mehr Raum für Forschung). Wenn allerdings auch ihre Positionen gefährdet sind (das ist möglich bei Schließung oder Zusammenlegung von Fachbereichen oder ganzen Institutionen), befürchtet man einen harten Kampf um einmal erlangte Positionen und Privilegien sowie um Stellen und Mittel, der sich sogar gegen Präsidenten und Förderer richten kann. Sehr problematisch ist, daß die jüngeren Professoren, die noch keine Dauerstellung haben und die zum ersten Male in der amerikanischen Hochschulgeschichte auch aus Minderheitengruppen stammen (Schwarze, Frauen), diejenigen sind, deren Stellen am ehesten betroffen sind. Hier sind politische Spannungen wegen der offiziellen "equal opportunity policy" zu befürchten.

Die Zahl und die Qualität der in der Hochschulverwaltung tätigen Personen könnte sehr stark sinken, weil der Arbeitsmarkt außerhalb des Hochschulbereichs bessere Chancen bietet.

Es wird befürchtet, daß die Studenten als Einzelpersonen und als anonyme Menge von Studienbewerbern (- unbewußte politische Macht -) Einfluß auf die akademischen Studienprogramme dergestalt nehmen, daß sie unter den Angeboten der Hochschulen diejenigen auswählen, die mit dem geringsten Aufwand den größtmöglichen Erfolg (Einstieg in eine gutbezahlte Berufskarriere) versprechen.

Wenn die Hochschulverwaltung das oberste Ziel hat, die Studentenzahlen auf jede Weise zu erhöhen, so wird auch dies zu einem Qualitätsverlust beitragen.

Weiterhin wird befürchtet, daß die Qualität der Forschung an den Hochschulen abnehmen wird, weil junge, hochqualifizierte Forscher nicht mehr eingestellt werden können und die alternde Hochschullehrerschaft unproduktiv werden kann.

Eine weitere negative Folge wäre eine Klimaverschlechterung im Umgang der Hochschulmitglieder untereinander: Statt Toleranz und Kooperation könnte Wettbewerb und Mißgunst das Klima bestimmen. Auch eine Zunahme technischer Medien als effizienzsteigernder Maßnahme in der akademischen Lehre kann den persönlichen Kontakt im Seminar verkümmern lassen.

7.2. Ein Beispiel für pessimistische Szenarios - Stephen P. Dresch ³

In einer Übersicht von Prognosen zur Entwicklung der Studentenzahlen bis zum Jahre 2000, die die Carnegie Foundation 1975 publizierte, variieren die Aussagen zwischen einem Wachstum um 200% und einem Rückgang um 30% gegenüber dem Stand von 1974 (7,6 Mio. full-time equiva-

lents). Die pessimistischste Prognose sei hier im Hinblick auf Arbeitsmarkt- und soziale Konsequenzen erläutert.

Der Ökonom Dresch, der diesen starken Rückgang der Studentenzahlen voraussagt, wirft anderen Berechnungen vor allem vor, daß sie den Verstopfungseffekt auf dem Arbeitsmarkt durch die relativ jungen Akademiker in fast allen Berufsbereichen unterschätzten. Bei einem Rückgang des Wirtschaftswachstums unter solchen Bedingungen verschlechterten sich die Arbeitsmarktperspektiven von Hochschulabsolventen dramatisch, weil der Prozentsatz des Ersatzbedarfs unter diesen Bedingungen ungewöhnlich gering sei.

Dresch befaßt sich vorwiegend mit den Folgen eines solch schnellen Kontrastes von Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt für zwei Generationen: Die ersten hatten außergewöhnlich gute Möglichkeiten zu schnellem Erfahrungsgewinn und Aufstieg, die nächste außergewöhnlich geringe Chancen. Folgen:

- a) Altern in allen hochqualifizierten Berufsbereichen. Dies wird sicher zu einem dramatischen Rückgang der wissenschaftlichen Produktivität führen, da es unwahrscheinlich ist, daß man die wissenschaftlich Produktivsten mit großer Treffsicherheit auslesen kann. Denkbar ist jedoch, daß dies die gesellschaftliche Produktivität als Ganzes nicht bedeutend einschränkt, weil mehr talentierte Personen in anderen Bereichen berufstätig werden.
- b) Eine völlige Verschiebung der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, weil den Mittelschichten der wichtigste Mechanismus zur Weitergabe erworbenen Reichtums - nämlich über Bildung - entrissen wird.
- c) Zusammenbruch eines der wichtigsten Mechanismen zur Begründung der Sozialstruktur, nämlich der Aufstiegschance durch Bildung.
- d) Die Entwicklung einer traumatischen Beziehung zwischen Eltern und Kindern, wenn die Kinder nicht annähernd die Chance haben, den Status ihrer Eltern zu erreichen - und das gegenüber einer Generation, die es leicht hatte, den Status ihrer Eltern zu überflügeln.
- e) Die "Verdrängungseffekte" treffen am härtesten die Hochschulabsolventen, denn für sie ist ihr "nächstbester" Job, wenn sie den traditionell adäquaten nicht erreichen, ein weitaus herberer Verlust als für die Absolventen anderer Bildungsgänge.

7.3. Auch ein weniger sorgenvoller Blick in die Zukunft ist möglich

Manche Beobachter der Hochschulentwicklung halten es für möglich, daß die Studentenzahl in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird, vielleicht sogar um 25% - 40%. Man rechnet vor allem mit einer Zunahme von Studenten in Graduierten-Programmen, dort vor allem von ausländischen

Studenten und älteren, bereits im Beruf stehenden Teilzeitstudenten.

Die den Hochschulen zur Verfügung stehenden Mittel müssen nicht mit der Studentenzahl gekoppelt sein, es wird erwartet, daß der Staat seine Forschungsförderungspolitik und eine expansive Bildungspolitik fortsetzt.

Es kann davon ausgegangen werden, daß der Hochschulbereich weiterhin genügend gesellschaftlichen Einfluß hat, um seinen Anteil am Brutto- sozialprodukt von 2,1% zu halten. Man nimmt an, daß die neuen Bundesgesetze zur Studentenförderung und die jetzt angelaufenen Programme zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit dafür sorgen, daß genügend Studenten auf die Hochschulen zuströmen werden. Es ist dazu allerdings nötig, einen besseren Beratungsdienst für Studienbewerber zu entwickeln.

Zwischen den einzelnen Hochschulen kann eine Arbeitsteilung entwickelt werden, die den Konkurrenzdruck abbaut. Die Zusammenarbeit in ACE (American Council of Education) und in anderen freiwilligen Zusammenschlüssen kann hierzu und zur Vereinbarung von Qualitätsstandards der Hochschulausbildung eine Menge beitragen.

Das Ende der Bildungsexpansion und die Abnahme der quantitativen Belastungen (hohe Studentenzahlen) kann zu einer Qualitätssteigerung der Lehre führen: Man kann auch einmal länger über Lern-Lehr-Verfahren nachdenken oder über die Rolle von Forschung als Dienstleistung für die Gesellschaft und die die Hochschule umgebende Region.

Man kann auch von den Professoren erwarten, daß sie einsichtig sind und das Gesamtinteresse des Überlebens der eigenen Institution vor private oder Gruppeninteressen stellen können, so z. B. könnte ein schmaler Pfad für das Hineinfädeln junger hochqualifizierter Wissenschaftler durch eine einfallsreiche Personalpolitik ermöglicht werden.

Die Förderer der Universitäten werden in diesen schweren Zeiten besondere Anstrengungen unternehmen, sie werden ihr Verwaltungs- und Führungspersonal besonders sorgfältig auswählen, ihm durch Arbeitsinhalte und Berufschancen die Arbeit an der Hochschule attraktiv zu erhalten suchen und es durch private Spenden zu fördern erachten.

Man kann davon ausgehen, daß Studenten eine gute Ausbildung haben wollen und sich daher sorgfältig umschaun, an welchen Hochschulen ihnen eine solche garantiert scheint, man rechnet mit einer aufmerksamen Studentengeneration, die auch auf die Berufsverwendbarkeit des Gelernten achtet.

Die Staatsverwaltung wird sich bei der Kontrolle der Hochschulangelegenheiten eine vernünftige Selbstbeschränkung auferlegen, so daß die Hochschulautonomie im Kern nicht gefährdet ist.

Wenn auch die privaten Hochschulen jetzt stärker auf Förderung (und damit Kontrolle) durch den Staat angewiesen sind, bleiben sie doch wichtige Anreger für Neues und Anderes. Sollten doch einige von ihnen den Wettbewerb nicht überstehen, so ist ihr Sterben auch eine Stärkung des ganzen Systems⁴.

Staat und Privatwirtschaft werden auch aus Eigeninteresse die Förderung besonders der jungen Wissenschaftler forcieren, so daß neue Arbeitsplätze entstehen werden.

Der Einfluß der Medien wird positiv eingeschätzt, da Medien die Lehre ergänzen und bereichern.

Insgesamt nimmt man in dieser Betrachtungsweise (im Sinne typischen amerikanischen "positive thinking") an, daß sich das amerikanische Hochschulwesen in der Herausforderung der nächsten Jahre innerlich stabilisieren wird. Man hofft auch weiterhin auf die Unterstützung der Öffentlichkeit, denn die ganze Nation befindet sich in einer Aufbruchphase gegenüber neuen, unerhörten Anforderungen, glaubt jedoch ungebrochen daran, daß "Higher Education" wichtige Voraussetzung für das Überleben sei.

7.4. Abschätzung möglicher Folgen durch das Carnegie Council

Relativ sichere Prognosen:

- Man weiß, welche demographische Entwicklung eintreten wird: Sinkende Zahl von Studenten.
- Man weiß, welche Hochschullehrer im Hochschulsystem tätig sein werden.
- Man weiß, in welchen Gebäuden man arbeiten wird, diese sind vorhanden, mit einem weiteren Ausbau ist nicht mehr zu rechnen.
- Man weiß, wieviele und welche Institutionen miteinander in Konkurrenz stehen; mit einer Neuerrichtung von Hochschulen ist nicht mehr zu rechnen.
- Man kennt inzwischen die Maßnahmen und Methoden der staatlichen Bildungsverwaltung, so daß man abschätzen kann, wie sie sich in kommenden Verteilungskämpfen verhalten wird.
- Man kann auf die Traditionen des Hochschulwesens bauen, große Veränderungen werden sich nicht so schnell ergeben.

Ungewisheiten in den Hochrechnungen: Unsicherheit besteht in der Frage, ob die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wird, und auch über die Frage der Modalitäten (Einberufung auch für Frauen). Es ist weiterhin noch nicht abgeklärt, in welche Richtung sich die Jugendpolitik in den USA entwickeln wird; es könnte sein, daß sich die Förderung eher auf die Bereiche der beruflichen Ausbildung richten wird, hier versuchen die Hochschulen mit vereinten Kräften, ihren Einfluß auch auf die politischen Entscheidungen geltend zu machen.

Die augenblickliche Arbeitsmarktlage führt zu einem sogenannten "Staubsaugereffekt": Alle Absolventen haben gute Chancen, nach dem Undergraduate-Programm eingestellt zu werden, die Graduiertenprogramme sind nicht so attraktiv; hinzutritt der Effekt einer "Überqualifizierung", d. h. hohe Anzahlen von hochzertifizierten Studenten sehen sich einer nur geringen Anzahl von Berufen gegenüber, die deutlich nach

höherer Qualifikation verlangen, aber nicht gut bezahlt werden, so insbesondere der Hochschullehrer-Beruf. Die fortschreitende Inflation schränkt die finanzielle Bewegungsmöglichkeit der Hochschulen sehr stark ein.

Es ist zweifelhaft, ob sich die im Vergleich mit anderen Ländern doch recht hohe Bildungsbeteiligung, vor allem im Hochschulbereich, auf Dauer halten kann.

Alternative Lehrangebote, so z. B. von privaten Gesellschaften im Fernstudium unter Verwendung von Rundfunk und Fernsehen angeboten, sind jetzt zwar noch selten, könnten jedoch in Zukunft Bedeutung erlangen und die Studentenzahl herabsetzen.

Man weiß auch noch nicht, ob und wie sich die "student-aid-policy" der Bundesregierung auswirken wird.

Alle diese Vermutungen sind, wie die Carnegie-Leute sagen, "... a judgement based on considerations..."⁵.

Mittelbare Folgen aufgrund sinkender Studentenzahlen:

a) Unterschiedliche Chancen für die verschiedenen Hochschultypen - wer wird die 14 harten Jahre überleben? Aus der Übersicht unterschiedlichster Untersuchungen werden den Hochschulen bessere Überlebenschancen eingeräumt, die

- sich nicht auf die 18-21jährigen konzentrieren,
- auch Teilzeitstudiermöglichkeiten bieten,
- nicht von Lehrerbildung abhängig sind,
- staatliche Unterstützung haben,
- eine gewisse Größe nicht unterschreiten,
- in Städten liegen,
- nicht zu hohe Gebühren nehmen und nicht zu viele andere Hochschulen in der näheren Umgebung haben,
- ein Ansehen auf nationaler Ebene und eine bekannte Spezialisierung aufweisen,
- eine relativ ältere Institution sind,
- nicht zu starke Expansionsziele in den sechziger Jahren gesetzt haben,
- sich stärker auf undergraduate-als graduate-Programme stützen,
- Ausbildung für Gesundheitsberufe einbeziehen,
- finanziell stabil sind,
- realitätsbezogen sind,
- im Süden des Landes bzw. in Kalifornien oder New York liegen.

Offensichtlich sind viele dieser Faktoren jedoch nicht für die einzelne Institution manipulierbar⁶.

b) Verschlechterung der Lage der Hochschullehrer.

Man rechnet allgemein mit geringem Einkommen (außer im Süden und im Westen und bei den überlebenden 2-Jahres-Colleges), mit abnehmenden Möglichkeiten für Nebenverdienste, einer Zunahme des Anteils an emeritierungsberechtigten Hochschullehrern (tenure) und einem wachsenden

Anteil an gewerkschaftlicher Organisierung (bis zu 25%).

c) Weitere Folgen:

Hier wären zu nennen: Umwidmung von Räumen, Aufgabe der Spezialgebiete seitens des Lehrpersonals, Abweisung des wissenschaftlichen Nachwuchses einschließlich Minderheiten und Frauen, Entstehung einer Atmosphäre des Konkurrenzdenkens und des Konflikts, so daß "die humanen Qualitäten der akademischen Gemeinschaften einer ernsthaften Prüfung ausgesetzt sind". Konsequenzen in den Maßnahmen:

- Intensivierter Machtkampf (dabei stärkere Konzentration der Macht auf höheren Entscheidungsebenen);
- Vergrößerung der Studenten-Hochschullehrer-Relation; die Hochschulen sparen unter diesen Bedingungen an Hochschullehrern, wodurch sich der Arbeitsmarkt für Hochschullehrer überproportional verschlechtert; dies muß aber nicht generell einen Qualitätsverlust bedeuten, weil sich die besseren Institutionen eher behaupten.

d) Einige "wilde" Spekulationen und offene Fragen:

- Kommt es angesichts der eintretenden Entwicklungen zu einer neuen Studentenbewegung, bei der nicht der "silent student" in der Masse zu umwerben ist, sondern die kollektive Organisation der Studenten?
- Welche Bedeutung hat die sogenannte "vierte industrielle Revolution", bei der die informationsverarbeitenden Apparate die Prozesse des Lehrens, Lernens und Forschens an den Hochschulen drastisch verändern können?
- Wird der Staat eigene, verwaltungsinterne Hochschulen einrichten?
- Werden sich die Studienwünsche der Jugendlichen drastisch verschieben?

Von Einfluß könnte auch die seit einiger Zeit zu beobachtende "Lebensqualität-Bewegung" sein, derzufolge sich das Studium nicht nur auf die berufsfunktionalen, sondern auch auf kontemplative Bereiche des Lebens richtet.

Es ist auch mit einer weiteren Zunahme von sogenannten alternativen Hochschulen zu rechnen, die in flexibler Weise auf die Wünsche und Forderungen ihrer Klientel eingehen können.

Nur noch etwa 40% der Studenten werden aus Elternhäusern kommen, die Erfahrung in akademischer Ausbildung haben, diese Studenten zählen als "harter Kern", sie sind in ihren Studienwünschen, Neigungen und Verhaltensweisen eher prognostizierbar als die anderen 60%.

8. Ziele des Carnegie Councils für den Erhalt des Hochschulsystems trotz sinkender Wachstumsraten

- Die Studentenzahlen des Jahres 2000 sollten dieselben sein wie im Jahre 1978, also eine Konsolidierung auf dem heutigen Level.

- Die traditionell vorhandene Vielfalt des Hochschulwesens - das Bildungsfreiwahlssystem als Eigenart des amerikanischen Bildungssystems - sollte erhalten bleiben.
- Weiterhin sollte eine Bildungspolitik betrieben werden, bei der die besten Begabungen und Fähigkeiten gefördert werden, um so den Erhalt des ganzen gesellschaftlichen Systems durch Qualität zu sichern.
- Beibehalten der Förderungspolitik für die angewandte und Grundlagenforschung: "Knowledge must now be ranked along with land, labor and capital, as a basic factor of production" ⁷.
- Die Erziehung zum mündigen Staatsbürger in einem freiheitlichen demokratischen Staat sollte auch zu den Erziehungszielen der Hochschulausbildung gehören.
- Weiterführung der begonnenen Politik der Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Angehörige von Minderheitengruppen.
- Aktives Eintreten für die Funktion der Hochschule als einer Instanz zur kritischen Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung, zu der es der Beibehaltung einer gewissen Autonomie des Hochschulwesens bedarf ⁸.
- Die Hochschulen sollten sich auch als regionale und kommunale Dienstleistungseinrichtungen verstehen.
- Das Hochschulwesen erfüllt wichtige Aufgaben in der Gewinnung und Verbreitung notwendiger Erkenntnisse. Als Kommunikationssystem ist es unverzichtbar und muß erhalten bleiben, wenn nicht sogar noch stärker ausgebaut werden.

Diese Forderungen entsprechen einem optimistischen Konzept von einem Amerika des Jahres 2000, das ausgeht von einem ungebrochenen Fortschrittsglauben bei Berücksichtigung der "Grenzen des Wachstums" und einer Erfüllung der Erwartungen von bisher Unterprivilegierten.

8.1. Strategische Erwägungen zur Umsetzung dieser Ziele

a) Welche Kräfte kann das Hochschulsystem einsetzen?

Es bleiben zwei Bereiche des aktiven Eingreifens in die Entwicklung für die Hochschule übrig:

- Das Feld der Bildungspolitik; hier haben die Hochschulen traditionsgemäß überdurchschnittlich hohen Einfluß ("good old Boys", Alumni, professionelle Organisationen, Einsatz der Medien: Presse, Rundfunk und Fernsehen usw.).
- Nutzung des vorhandenen Führungswissens zur Straffung und Effektivierung des Hochschulsystems. In der Reaktion auf den Außendruck müssen in der Hochschule Veränderungen, zuallererst der administrativen Strukturen, eintreten.

b) Welche Reaktionen können Institutionen gegenüber dem Wandel äußerer Bedingungen zeigen?

Auszuschließen ist (wenn man nicht den bereits in Kapitel 6 genannten Vertretern einer optimistischen Prognose folgen will) für den Großteil der Hochschulen die Strategie des "Weiter so". Bei realistischer Sicht werden sich Hochschulen durch Anpassung an Angebot und Nachfrage oder durch flexibles Reagieren auf Trends und Perspektiven weiterer Entwicklungen behaupten können.⁹

8.2. Anstehende Entscheidungen zur Erreichung dieser Ziele

- Die Eingangsqualifikationen der Studenten in das Hochschulsystem müssen entscheidend verbessert werden (so hat z. B. der Staat New York nach den ersten Erfahrungen mit der open-admission-policy ein weiteres Gesetz erlassen müssen, nach dem der Abschluß der High School nur nach Erfüllung gewisser Mindestanforderungen in den sogenannten "basic skills", wie Lesen, Schreiben und Rechnen möglich ist). Die Liberalisierung des amerikanischen High School Systems hat nämlich dazu geführt, daß diese Minimalqualifikationen häufig auch nach 12 Jahren Vollzeitschule nicht erreicht wurden. Manche Colleges waren gezwungen, Lift-, Stütz- oder Prep-Kurse einzurichten, um den Erstsemestern überhaupt die Mindesteingangsvoraussetzungen für die Aufnahme eines Studiums zu vermitteln.
- Die Einheit von Forschung und Lehre ist unverzichtbar und sollte, wo sie institutionell noch beschränkt ist, schleunigst hergestellt werden.
- Kunst- und Geisteswissenschaften scheinen am meisten bedroht zu sein. Sie sollten jedoch in einer Gesellschaft, die kulturell nicht verarmen will, beibehalten und gefördert werden.
- Die Integrität der Hochschuleinrichtungen und ihr Ruf in der öffentlichen Meinung sollte gestärkt werden. Nicht "fraud, error and abuse" (so die öffentliche Meinung nach der Watergate-Affäre über die staatliche Administration) sollte das Hochschulwesen auszeichnen, sondern Qualität, Sorgfalt und Moral.
- Die Hochschulen sollten sich stärker um eine Koppelung ihrer Aufgaben an die gesellschaftlichen Bedürfnisse bemühen: den Zugang öffnen, faire Auswahl- und Zulassungskriterien im Sinne von Chancengleichheit entwickeln, den Studenten das Verbleiben im Studium erleichtern, sie fördern, die Programme der Ausbildung mit den Bedürfnissen der Arbeitswelt abstimmen und die Studienorganisation verbessern.
- Zur Erhaltung oder Herstellung einer notwendigen institutionellen Flexibilität, Dynamik und Mobilität der Hochschulen sollten neue Planungs- und Verwaltungsstrategien entwickelt werden. Mögliche Wege dazu sind die Vorlage von Reduzierungsplänen (im Jahre 1980 wird durchschnittlich mit Budgetkürzungen von ca. 5% gerechnet, hinzutreten die Effekte einer Inflationsrate von bis 20% pro Jahr, wie die Hochrechnungen der

- ersten 3 Monate im Jahre 1980 zeigen), die Anlage von Experimentierfonds und -regeln, die Verfügbarmachung von privaten Mitteln als Reptilien- oder Feuerwehr-Fonds, die Einführung zeitlicher Begrenzungen für Lehr- und Forschungsprogramme (Zeitdruck einführen) und im Bereich der Personalstruktur die Begrenzung der Stellen mit Emeritierungsrecht auf 2/3 der Stellen, um auch jungen Wissenschaftlern den Verbleib in der Hochschule zu ermöglichen.
- Eine Effektivitätssteigerung vor allem der Lehre muß geleistet werden. Die Bemühungen der Hochschullehrer um eine Verbesserung ihrer Lehre sind zu verstärken, denn: die Qualität der Lehre hängt weniger von der Anzahl der Studenten als von der Qualität der Lehrenden ab.
 - Der private Förderungswille ist durch politische Maßnahmen (beispielsweise größere Steuererleichterungen bei Spenden und Stiftungen) zu erhöhen.
 - Die Hochschulleitungen, insbesondere die Präsidenten, sind sorgfältig auszuwählen. Es wird ein "Presidential Search Consultation Center" als eine von den Hochschulen gemeinsam getragene Einrichtung vorgeschlagen, um über das Angebot an guten Hochschuladministratoren Bescheid zu wissen. Es werden eher gute Führungsqualitäten erforderlich als die Fähigkeit, sich Meriten zu erwerben. Ein Präsidentenamt ist keine verliehene Ehre, sondern ein hauptamtlicher top-job im Management eines Großbetriebes. Jeder Präsident sollte alle 2 Jahre Rechenschaft über seine Amtsführung ablegen müssen. Das "Board of Regents" muß voll auf der Seite des Präsidenten stehen, deshalb ist es bei der Stellenbesetzung aktiv einzuschalten.
 - Die privaten Hochschulen müssen erhalten bleiben. Sie sind der Ausdruck des Freiheitswillens des amerikanischen Volkes: Jeder (persönlich) soll die Art, den Ort und den Inhalt seiner Ausbildung frei wählen können.
 - Die Hochschulen könnten in der Zukunft ein inneres Schlachtfeld von Rivalität, Konkurrenzangst, Neid, Mißgunst und Kampf werden. Daher ist Rückbesinnung auf gemeinsame Wertvorstellungen nötig. Hier kann man nur an das übergeordnete Gesamtinteresse appellieren. Der Kampf um die Erhaltung der Hochschulautonomie bietet sich hier als eine gemeinsame Zielvorstellung über alle Fronten hin an.

9. Empfehlungen des Carnegie Councils an die Beteiligten ¹⁰

9.1. Einige Imperative für die Hochschulen:

- (1) Untersuchung aller Faktoren, die wahrscheinlich Einfluß auf die zukünftige Studentenzahl haben: Demographie, Wandel der Bevölkerungszusammensetzung, Wandel des Arbeitsmarktes, Hochschultyp, Trends in

der Bevölkerungszahl, im Steueraufkommen des jeweiligen Bundesstaats.

(2) Bestehen auf einer Hochschulgesamtplanung: Antizipation zukünftiger Probleme; Verzicht darauf, von Krise zu Krise zu planen; Überdenken von Plänen zum Zusammenschluß verschiedener Hochschulstandorte.

(3) Ermutigung starker Leitungsbefugnisse für den Hochschulleiter: Er sollte weitreichende Befugnisse haben und auf einige Jahre gesicherter Amtszeit rechnen können.

(4) Verstärkung der Bemühungen um die Gewinnung hochqualifizierten Hochschulpersonals, Vermeidung von Abnutzungs-/Ermüdungserscheinungen: Vertrauen auf bewährte Mechanismen des akademischen Lebens; Vermeidung täuschender Stellenausschreibungen.

(5) Hohe Priorität für den Erhalt eines hohen Qualitätsstandards: Bewahrung eines hohen Qualitätsstandards für Mitglieder des Lehrkörpers; Bestehen auf guten Lehrqualifikationen; Erhalt von besonderen Eigenarten der Institution; Schutz des inneren Lebens der Institution; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Betonung hoher Leistungsstandards bei Stipendien und in der Forschungsförderung; Verstärken des institutionellen Zusammenhalts.

(6) Ermutigung von Innovation und Flexibilität: Entwicklung von Curricula, die den sich wandelnden Anforderungen und der Forderung nach allgemeiner Grundlagenausbildung gerecht werden; Einrichtung von Innovationsfonds; Vermeidung allzu vieler Hochschullehrer-Positionen mit Dauerbeschäftigungsverhältnissen; Ermutigung für neue Studienprogramme und neue Lehr-Lernmethoden.

(7) Streben nach einer bestmöglichen Nutzung aller Ressourcen: Vermeidung einer allzu hohen Anzahl verschiedener Kurse und Abschlußmöglichkeiten; Überprüfung des Verhältnisses von Studentenzahl und Lehrpersonal pro Fachbereich; Erhalt einer angemessenen Stellenausstattung; Vermeidung plötzlicher Rückschnitte in Bauten und Bibliotheksversorgung.

(8) Suche nach Unterstützung durch private Spenden und Stiftungen: Finden von einfallreichen Wegen, um an Alumni und andere mögliche Förderer heranzutreten.

(9) Konzentration auf Vorschläge an Staats- und Bundesregierungen, die zu besseren Programmen ohne erhöhte Staatsausgaben führen; dies bereits unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit von Kürzungen im Haushalt, jedoch nicht proportional zu dem Sinken der Studentenzahl.

9.2. Einige Imperative für die einzelnen Bundesstaaten

- (1) Beibehalten von zumindest dem gleichen Anteil am Bruttosozialprodukt für Hochschulausgaben in konstanten Dollars: Dieses Prinzip soll dafür sorgen, daß Mittel aus privaten Spenden freigesetzt werden können für die weitere Entwicklung des Hochschulwesens; Bundesstaaten mit unterdurchschnittlichem Anteil sollen diesen erhöhen.
- (2) Angebot eines Hörgelderlasses für alle bedürftigen Studenten: Anforderung, daß der Student einen Eigenanteil aufbringt; Entwicklung von Kriterien zur Feststellung der Bedürftigkeit zusammen mit der Bundesregierung, um Ungleichbehandlung zu vermeiden; Angebot von Stipendien ohne Ortsabhängigkeit.
- (3) Unterstützung der privaten Hochschulen durch Beibehalten ihrer Autonomie: Betonung der Studienhilfe als anerkannter Selbstfinanzierung über studentische Beiträge; Schließen von entsprechenden Verträgen mit privaten Hochschulen; Beibehaltung einer Steuerpolitik, die den Einzelnen nicht entmutigt, private Spenden zugunsten einer privaten oder öffentlichen Hochschule zu geben.
- (4) Unterstützung von Planungen zur Entwicklung eines Hochschulsystems, das sich auf die zukünftigen Probleme vorbereitet: Unterstützung von Plänen zur Aufgabe schwacher Programme oder überspezialisierter Lehrangebote; Entwicklung von Plänen für Institutionen, die ihren Charakter/Träger wechseln wollen, weil sie sinkenden Studentenzahlen entgegensehen; Stornierung von Bürgschaften, wenn Hochschulen in Schwierigkeiten sind; Ermutigung für Programme, die der Anpassung an neue Anforderungen dienen.
- (5) Vermeidung exzessiver Regelungen in den Hochschulen: Vor neuen Erlassen und Verordnungen sollten die Hochschulleitungen konsultiert werden; Vermeidung unnötiger Kontrollen und Rechnungsprüfungen; Erleichterungen des internen Transfers (Übertragbarkeit) von Hochschulmitteln.
- (6) Gebrauch flexibler Finanzierungskriterien: Ermutigung der Unterschiedlichkeit zwischen und innerhalb verschiedener Institutionen; Einrichtung eines Fonds zur Förderung von Innovationen, wie seitens des Bundes bereits existent; Entwicklung von Fonds für besonders wichtige und manchmal auch teure Kurse und Sonderprogramme.
- (7) Unterstützung institutioneller Zusammenarbeit und staatenweiter Kooperation von Hochschuleinrichtungen: Unterstützung von Zusammenschlüssen zur Entwicklung besserer Abstimmung und ökonomischer Nutzung von Hochschuleinrichtungen; Suche nach Möglichkeiten für staatenweite Kooperation bei der Entwicklung und Durchführung besonders spezialisierter und teurer Programme bei sorgfältiger Planung von Studentenzahlen und Ausgabenstruktur.

(8) Anstreben gleicher Versorgung mit Hochschulbildung in allen Landesteilen durch das Angebot eines freien Zugangs und durch regionale Hochschuleinrichtungen.

(9) Ausgabe von öffentlichen Mitteln in einem Verfahren, das soweit wie möglich der Vergabe privater Mittel angenähert ist: Herstellung einer grundlegenden Autonomie der Hochschule im Verbrauch von Mitteln, die dem Wettbewerb der verschiedenen Hochschulen im Hinblick auf Erfolgskriterien unterliegen; zusätzlich sollten auch noch Mittel an bestimmte Personen vergeben werden in Anlehnung an die Verfahren bei dem Hörgeld-erlaß für Studenten (Graduierten- und Forschungsförderung).

9.4. Einige Imperative für die Bundesregierung

(1) Verstärkung der individuellen Studentenhilfe, ohne die Gesamtkosten auszuweiten: Ziel muß es sein, die Studienhilfe auf die besonders bedürftigen Studenten zuzuschneiden, dazu müssen neue Kriterien zur Prüfung der Bedürftigkeit entwickelt werden und die bisherige Relation zwischen institutioneller und individueller Förderung überprüft werden; Einrichtung einer nationalen Bank für Studienhilfe statt des bisherigen schwerfälligen bürokratischen Systems; Anhebung der Mittel für Hochbegabtenstipendien, auch um zu voll entwickelten Förderprogrammen in den einzelnen Bundesstaaten zu kommen; Vermeidung spezieller Steuern zur Studienförderung, die regressiv und schädlich wären.

(2) Wiederherstellung der früheren Verhältnisse bei der Forschungsförderung: Anhebung des Levels der Forschungsförderung auf einen Anteil am Bruttosozialprodukt wie im Jahre 1960 und Beibehalten dieses Levels in den folgenden Jahren; Entwicklung spezieller Programme, um den Nachwuchs in dem Maße zu fördern, wie es die Planung im Regierungsprogramm vorsieht; Vermeidung von Brüchen in der Forschungsprojektförderung; Erhöhung von Forschungsförderungsmitteln in den Bereichen Kunst und Humanwissenschaften; Erhöhung der Förderung für Forschungsbibliotheken; Finanzierung zur Verstärkung bereits bestehender Forschungseinrichtungen und des vorhandenen Gerätes.

(3) Ermutigung privater Spenderwillens für alle Bereiche des Hochschulwesens: Beibehaltung der Steueranreize für private Spenden.

(4) Vermeidung exzessiver Regelungen im Bereich der Hochschulen: Konsultieren der Hochschulleitungen und Einholung von Äußerungen über die möglichen Nebenwirkungen und Folgen von neuen Rechtsnormen; Überprüfung der bisherigen Richtlinien, um eventuell nicht mehr notwendige Berichtspflichten und andere hinderliche Regulierungsmechanismen abzuschaffen; Zusammenfassung der Rechtsaufsicht in einer einzigen Abteilung, an der alle verschiedenen Bereiche beteiligt sind; Vermeidung von

Nachteilen bei der Zulassung zum Hochschulstudium, wie bei den medizinischen Hochschulen; Widerstand gegen die Aushöhlung der Hochschulautonomie.

(5) Fortsetzung der Politik der Versorgung mit medizinischen Heil- und Hilfsberufen, um die regionalen Disparitäten und die Überspezialisierung zu verhindern: Unterstützung einer stabilen Förderung der medizinischen Ausbildung im ärztlichen und zahnärztlichen Bereich, aber keine weitere Förderung neuer Hochschuleinrichtungen in diesem Bereich; Fortführung der Förderung des National Health Service Corps.

(6) Leichte Steigerung des Förderungsprogramms für Innovationen und Reformen im Hochschulbereich.

(7) Ausgabe öffentlicher Förderungsmittel nach einem Verfahren, das soweit wie möglich dem Verfahren für die Vergabe privater Mittel angenähert ist: Dies beinhaltet uneingeschränkte Autonomie für die öffentlichen Stiftungen sowie auch die Vergabe und Verausgabung von öffentlichen Mitteln durch Privatpersonen (vergleichbar der individuellen Hilfe für Studenten).

10. Einige Anmerkungen zur Lage der amerikanischen Hochschulen 1980 aus deutscher Sicht

Auffallend ist aus deutscher Sichtweise zunächst die Vielfalt und die Geschwindigkeit der Reaktionen auf Außeneinflüsse seitens der Hochschulen. Einige der zuerst ins Auge springenden Aktivitäten seien kurz genannt:

a) Zulassung:

- Werbung von Studenten,
- "Hochziehen" der Studenten ohne zureichende Qualifizierung zum Studium durch Sonderprogramme u. ä.
- Erleichterung des Absprungs zum Studium für Berufstätige durch Anerkennung der beruflichen Erfahrung als partiell äquivalent zum Studium,
- koordinierte Beratung für psychische und soziale Probleme bei der Bewerbung, geeignete Studienprogramme, Finanzierung des Studiums einschließlich Teilzeitjobs.

b) Öffnung der Studienprogramme:

- Betonung der Hochschulumwelt (Pferde auf dem Campus, umgängliche Hochschullehrer u. a. m.),
- "Experimental learning": Einbeziehung aller potentiell edukativer Lebenserfahrungen in das Studium,
- Erleichterung von Zwischenformen zwischen Studieren und Arbeiten,
- stärkere Berücksichtigung nicht-beruflicher, gegenwärtiger und zukünftiger Selbstverwirklichungsvorstellungen der Studenten.

c) Reaktionen auf Verberuflichungstrends:

Zum Teil Aufsaugen von Berufsausbildungsinstitutionen, Ausbau von Berufsbildungsprogrammen, Anbieten von Allgemeinbildungsprogrammen als Pendant zur Berufsbildung an anderen Institutionen, Verständnis des Studienangebotes als Ergänzung bzw. Vertiefung der beruflichen Bildung.

d) Hochschullehrer:

- Beteiligung an der Werbung potentieller Studenten,
- persönliche Betreuung der Studenten in Ergänzung zum Lehrdeputat,
- Gewinn-/Verlustabrechnung pro Semester für die Tätigkeit der einzelnen Hochschullehrer,
- Lehrveranstaltungsbeurteilung durch Studenten,
- Hochschuldidaktische Fortbildung als Pflicht,
- Verpflichtung berühmter Wissenschaftler zu Studienanfängerkursen.

e) Hochschulorganisation:

- Betonung des besonderen Auftrages der einzelnen Hochschulen als unabdingbare Größe des Handelns aller Beteiligten,
- starke Stellung der Administration als Kontrolleur, als Agentur zur Veränderung der Allokation von Personal und Sachmitteln, der Etablierung und Abschaffung von Programmen;
- Betonung von Verbundsystemen verschiedener Hochschulen, um sich gegenseitig zu stärken.

Dem deutschen Besucher an amerikanischen Universitäten kommt eine Ressourcenknappheit oder die pessimistische Einschätzung einer auf die Hochschulen zukommenden "harten Zeit" eher überdramatisiert vor, da die bisher vorhandenen Ressourcen den Schluß nahelegen, daß noch einige Effektivitätsreserven vorhanden sind.

Gleichwohl geben die absehbaren Entwicklungen Anlaß zur Sorge, wie auch im übrigen gesellschaftlichen Bereich die heutige außenpolitische Lage und die Inflation sowie die immer stärker empfundene Energieproblematik den meisten Amerikanern eine unbestimmte Furcht vor der Zukunft einflößt. Man orientiert sich dabei neuerdings auch an den Konzepten der europäischen Industrienationen und an der Entwicklung in Japan.

Auch ist eine leichte Tendenz in der Bildungs- und Jugendpolitik des Staates zu beobachten, sich stärker dem berufsbildenden Schulwesen und dem damit zusammenhängenden Bereichen zu widmen. Insgesamt stellt sich auch für die Wirtschaft die Frage, mit welchen Maßnahmen sich die in den letzten Jahren kaum mehr wachsende Produktivität steigern läßt. Noch wird die Frage so entschieden, daß man auf hochqualifizierte Arbeitskräfte setzt, beispielsweise wird in den hochtechnologisierten Bereichen im Augenblick auf eine große Anzahl von Ökonomen und Ingenieuren vertraut. Mit abnehmender Bedeutung der USA als Einwanderungsland jedoch wird man den Wert desso genannten "skilled workers" immer stärker zu schätzen wissen. Parallel dazu läßt sich auch eine Tendenz der Hoch-

schulausbildung zu einer stärkeren Berufsorientierung feststellen; Vorreiter waren hier vor allem die Community Colleges, die auf der Ebene der "semi-professionals" bereits stark als Berufsbildungseinrichtungen fungieren und nicht mehr nur als Zubringereinrichtungen für die 4-Jahres-Hochschulen - wie früher die Junior Colleges - gelten.

Es fällt auf, daß die individuelle Entfaltung des Studenten als dessen ureigenste Sache gesehen wird, daß es kaum Programme gibt (außer in den sehr seltenen Alternativ-Hochschulen), in denen individuelle Bedürfnisse (Identitätsbildung, Sozialverhalten, Bewußtseinsbildung und der gleichen mehr) durch offizielle Lehrprogramme thematisiert werden. Die Rolle der "humanities" scheint sich, wenn sie nicht als Hauptfach studiert wird, auf die Vermittlung einer Allgemeinbildung zu beschränken, die offensichtlich vom High-School-System nicht geleistet worden ist.

Von der Studentenbewegung der ausgehenden sechziger Jahre ist kaum mehr etwas zu spüren, auch die "Black Schools" haben ihr Lehrangebot mangels Nachfrage auf nahezu die Hälfte ihres Höchststandes reduziert. Politische Aktionen der Studenten sind selten, wenn sie sich ereignen, stützen sie eher die vorherrschenden Trends.

Die eindrucklichsten Klagen werden von den Hochschullehrern bezüglich ihrer als sehr schlecht empfundenen Bezahlung vorgebracht. Im Vergleich zur Industrie und Wirtschaft sind sie tatsächlich schlechter bezahlt, vor allem, wenn sie in Fächern tätig sind, in denen ein Nebenverdienst durch Berater-Verträge nicht so gut möglich ist. Man befürchtet wohl zu recht, daß diese Unattraktivität des Hochschullehrerberufes zu einem Qualitätsverlust führen wird. Bereits in den Aufbau- und Vertiefungsstudien ist ein Mangel an hochqualifizierten Studenten zu bemerken, die durch verlockende Angebote (Staubsauger-Effekt) des Arbeitsmarktes von einer akademischen Karriere abgehalten werden. Die Lücke wird zur Zeit mit meist ausländischen Studenten ohne Rückkehrwillen in ihre Heimatländer gefüllt.

Trotz des großen Erfolgs der Community Colleges, was die Versorgung mit Studienplätzen in der Region betrifft, kann über bestimmte Mängel nicht hinweggesehen werden: Anpassung an das Qualitätsniveau der regionalen Nachfrage kann zu minderer Qualität der Ausbildung führen, und auch das Fehlen eigener Forschungsmöglichkeiten macht sich negativ bemerkbar: Hochschullehrer betrachten ihre Tätigkeit dort als Durchgangsstation, wer bleibt, ist entweder außerordentlich an Lehre interessiert, und das ist sehr selten, oder es findet eine Art negativer Auslese statt, die nur gemindert werden kann, wenn die Hochschullehrerstellen in den Universitäten weiterhin unattraktiver werden.

Studienreformbemühungen sind zur Zeit kaum im Gange, eher ist eine Rückbesinnung auf die traditionellen Curricula (Grundlagenfetischismus) zu beobachten. Harvard hatte in einem zehnjährigen großangelegten Diskussionsprozeß (Bildung zahlreicher Kommissionen und Komitees) versucht, sein Hauptstudienprogramm zu verändern. Die Änderungen liegen

unter zehn Prozent, man hat die zehn Jahre der Reformdiskussion offensichtlich mit diesem Verfahren "unbeschädigt" überstanden.

Die in Washington eingetretene Entwicklung, dem Hochschulwesen eine besondere Bedeutung durch Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Erziehung (früher: HEW - Health, Education and Welfare) zu verleihen, kann zwiespältig betrachtet werden. Die Auswahl eines Ministers, über dessen bildungspolitische Qualifikation wenig bekannt ist, in einem Wahljahr und die Aussicht, daß diese Person im nächsten Jahr Mitglied des Supreme Courts werden soll, eröffnet keine besonders positiven Aussichten, wenn auch ein eigenes Ministerium für den Bildungsbereich seine Vorzüge haben könnte (z. B. durch Straffung, Bündelung).

Der gerade begonnenen Entwicklung einer stärkeren gewerkschaftlichen Orientierung der Hochschullehrer wurde - zumindest für den Bereich der privaten Hochschulen - durch ein erst kürzlich ergangenes Urteil des Supreme Court ein Dämpfer aufgesetzt: Hochschullehrer sind demnach leitende Angestellte und können sich nicht gewerkschaftlich organisieren. In staatlichen Hochschulen dagegen gilt dieses Urteil nicht. Im übrigen engagieren sich die Gewerkschaften nicht in inhaltlichen Fragen von Lehre, Forschung und Studium, sie beschränken ihre Aktivitäten auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ihrer Klientel.

Einige der genannten Aspekte reflektieren zweifellos Besonderheiten des US-amerikanischen Hochschulsystems; in der Mehrzahl der Fälle gibt es jedoch keinen Grund zu der Annahme, daß diese für die Hochschulen in der Bundesrepublik völlig abwegig wären.

Anmerkungen:

1. Viele der hier dargestellten Überlegungen und vor allem die Auswertung des Carnegie-Reports aus dem Jahre 1975 sind einem Beitrag von TEICHLER, U. mit dem Titel: "Hochschulwesen ohne Wachstum - das Beispiel USA" aus der gleichen Seminarreihe entnommen.
2. Zit.: "The demographic depression may cause difficulties for institutions, and for actual, and particularly for prospective faculty members, but it may seem more like high prosperity for the students. They will seldom, if ever, have had it so good on campus. The difficulties of others can only redound to their advantage. This may well become their Golden Age".
"We expect that students will be more nearly the center of attention

during the next 20 years than in the past 10. They will be recruited more actively, admitted more readily, retained more assiduously, counseled more attentively, graded more considerately, financed more adequately, taught more consciously, placed in jobs more insistently, and the curriculum will be more tailored to their tastes". Carnegie Council estimates, p. 54

3. Zusammenfassung von DRESCH, S. P.: Secular and Intergenerational Consequences of the Dynamics of the Highly Educated Labor Market. New Haven: Institute for Demographic and Economic Studies, Inc. 1979, verv. Ms. Einige ähnliche Argumente finden sich auch bei FREEMAN, R.: The Overeducated American, New York, 1976
4. "Becoming somewhat smaller is, we believe, compatible with becoming somewhat better", Three Thousand Futures, a. a. O., S. 8
5. ebenda, S. 52
6. "Institutions of Higher Education have been riding off in all directions and will probably continue to do so: 3000 different institutions face 3000 futures", ebenda, S. 70
7. ebenda, S. 90
8. "Taken together, the Universities are probably the strongest of all institutional influences on the american future". Washington Post, 21. Dez. 1977
9. Man sollte nicht vergessen, daß auch die Wachstumszeit ihre Probleme hatte: Organisatorische Umstellung, Qualität des Lehrpersonals, Abhängigkeit von militär-orientierter Forschung usw.
10. Als Übersetzung aus dem Original gebracht. Vgl. Three Thousand Futures, a. a. O., S. 130 ff.

5. KÖNNEN DIE HOCHSCHULEN IN ZUKUNFT NEUE DIENSTLEISTUNGS-
AUFGABEN FÜR DIE GESELLSCHAFT ÜBERNEHMEN? BEISPIEL:
DIE GESAMTHOCHSCHULE KASSEL
Aylâ Neusel

1. Einführung

Die bildungspolitische Diskussion um das Hochschulwesen in der Bundesrepublik hat sich in ihrer Zielsetzung seit den sechziger Jahren deutlich verändert. Die Hochschulneugründungen der sechziger Jahre hatten vor allem zum Ziel, ohne größere strukturelle Veränderungen der wachsenden Zahl der Studenten ein angemessenes Bildungsangebot zu machen. Zu Beginn der siebziger Jahre wurden die Ergebnisse der politischen wie wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Hochschulen bei den Neugründungen zumindestens in der Phase der Zielsetzung berücksichtigt.

Die Gesamthochschuldiskussion entstammt aus der Reformtradition der ausgehenden sechziger Jahre; die bildungspolitischen Ziele (Bildungswachstum, regionale Ausgewogenheit des Bildungsangebotes) und die bildungspolitische Kritik an der Tradition der deutschen Hochschule (Trennung von schulischer und beruflicher Bildung, Praxisferne der Hochschulausbildung, Ordinarienuiversität) haben in dem Rahmenplan für die GhK gleichermaßen Eingang gefunden. Der HKM beschreibt hier die Ziele für die Neugründung in Kassel, die einige Reformen andeuten, aber prinzipiell an der Tradition der deutschen Hochschule festhalten:

- Ausbau der Studentenzahlen durch die Gründung der GhK (quantitatives Wachstum),
- Abbau der ungleichmäßigen Verteilung im Angebot der Hochschuleinrichtungen im Lande (regionaler Ausgleich),
- Angebot von umfassenden und in sich ausgewogenen vollakademischen Studiengängen mit abgestuften, aufeinander bezogenen Abschlüssen (Chancengleichheit),
- Erhöhung der Kombinationsmöglichkeiten von Studienelementen und von Übergangsmöglichkeiten zwischen Studienwegen (Durchlässigkeit),
- Konzentration von Lehre und Forschung,
- Erweiterung des Forschungsspektrums.

In den siebziger Jahren haben einerseits die Erfahrungen mit den Hochschulreformen Ernüchterung in den Erwartungen über die möglichen Auswirkungen von Bildungsreform auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erbracht (soziale Gerechtigkeit durch erhöhte Bildungschancen, Demokratisierung durch Mitbestimmung u. a.). Andererseits haben die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Hochschulreformen Katastrophenstimmung in der bildungspolitischen Diskussion verursacht (akademisches Proletariat, Hochschulruinen in den 80er Jahren u. a.).

2. Die Aufgaben der Gesamthochschule Kassel in den 80er Jahren

Die Zukunftsperspektiven der Hochschulen und besonders der Gesamthochschule Kassel sollten im Wintersemester auf der Basis der veränderten Situation für die Bildungsplanung und -forschung in der GhK zur Diskussion gestellt werden.

Ausgangspunkt war die These, daß die bereits feststellbaren bzw. prognostizierten Entwicklungen im Hochschulbereich und die veränderten Rahmenbedingungen für die Hochschulentwicklung die Perspektive der Gesamthochschule Kassel empfindlicher treffen werden als die alt-etablierten Universitäten des Landes.

In einer WZ-internen Diskussion wurden für diese Ausnahme vielfältige Gründe genannt:

- Die Gesamthochschule Kassel hat als Reformmodell einerseits Erwartungen, andererseits Konflikte hervorgerufen, die noch nicht zu Ende diskutiert sind. Sie hat damit in der Hochschule und in der Öffentlichkeit noch kein einheitliches (Selbst-)Bild geprägt, sie reagiert auch empfindlicher bei öffentlicher Kritik.
- Die Gesamthochschule Kassel hat als Neugründung gegenüber den anderen Universitäten des Landes deutliche Ausbau-Mängel, sie hat noch nicht genügend Ressourcen anhäufen können, um eine Durststrecke in ihrer Entwicklung durchzustehen.
- Bei erwartetem Rückgang der Studentenzahlen würde der regionale Vorteil der GhK für Nordhessen in Konkurrenz treten mit dem breiter ausgebauten und besser ausgestatteten Studienplatzangebot in Südhessen.
- Die GhK hat mit dem Ziel angefangen, berufsorientierte Hochschulausbildung anzubieten. Diese ursprüngliche Zielsetzung würde bei veränderter Studienmotivation bzw. reduzierten Berufschancen ihrer Absolventen stärker in Zweifel gezogen.
- Die GhK hat als integrierte Gesamthochschule mit vielen neuberufenen Hochschullehrern eine differenziertere Personalstruktur als die herkömmlichen Universitäten. Die Unterschiede zwischen den jetzigen durchschnittlich jungen Hochschullehrern mit höheren Lehrdeputaten bzw. mit größeren Studienreformaktivitäten und dem forschungsorien-

tierten und formal höher oder inhaltlich aktueller qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs wird in den achtziger Jahre größer werden als in kontinuierlich gewachsenen Hochschulen.

3. Entwicklung der Dienstleistungsaufgaben in Hochschulen

Als eine mögliche Innovation für die Entwicklungsperspektiven der Hochschulen in den achtziger Jahren werden hier die Dienstleistungsfunktionen der Hochschulen für die Gesellschaft zur Diskussion gestellt. Ob dies für die GhK eine Chance zur Existenzsicherung in der nächsten Zukunft ist, sollte geprüft werden.

Dienstleistungsfunktionen, neben den klassischen Aufgaben der Hochschule schon immer wahrgenommen, gewannen in der Hochschulentwicklung Ende der siebziger Jahre eine neue Qualität. Einige Beispiele sollen diese These belegen:

(1) In Studiengängen mit verstärktem Praxisbezug, z. B. in Form von Projektstudium, entstehen zunehmend Studien- und Diplomarbeiten, die den Charakter eines wissenschaftlichen Gutachtens für ein konkretes Problem aus der Praxis annehmen. Es gibt bereits Absolventen, die mit solchen Abschlußarbeiten ihren Berufseintritt - sei es als ABM-Stelle - vorbereiten und damit auch in der ersten Arbeitsstelle ihre Studien fortsetzen und die Beratungskontakte mit der HS nachsuchen.

(2) In der GhK übernehmen Studenten in den Berufspraktischen Studien Aufgaben, die teilweise ohne ihre Mitarbeit nicht wahrgenommen werden könnten, deren Übernahme aber auch die Hochschule vor neuen Aufgaben der Betreuung und Auswertung dieser Praxistätigkeiten stellt.

Mit der Übernahme der Verantwortung für diese Praxisphase wird die Hochschule - zumindest andeutungsweise - auch für die Qualität der Arbeit in der Praxis verantwortlich.

(3) Manche Hochschulen haben Kooperationsverträge mit Gewerkschaften abgeschlossen, die sie zur verstärkten und geplanten Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern verpflichten. Diese Kooperationsverträge beinhalten sowohl Weiterbildungsangebote für die Arbeitnehmer, gemeinsame Lehrveranstaltungen für Studenten und Arbeitnehmer als auch Übernahme von Forschungsaufgaben im Auftrag der Arbeitnehmer oder wissenschaftliche Beratung von Praxisproblemen im Interesse der Arbeitnehmer.

(4) Die Bemühungen in den Hochschulen um die Beratung und Betreuung der Studenten werden planvoll vermehrt. Die Studien- und Berufsberatungsstellen bzw. therapeutische Beratung und Betreuung der Studenten werden in Modellversuchen z. B. durch die Zuweisung von neuen Stellen

oder durch die Einrichtung von zuständigen Institutionen unterstützt.

(5) In den Hochschulen - manchmal neben den Hochschulen - entstehen neue Einrichtungen, die auf eine neue Funktion der Dienstleistung von Hochschulen hinweisen (z. B. Dortmunder Modell einer Altenakademie, Fernstudium im Medienverbund, amerikanische Community Center, Woman Center). In diesen Einrichtungen wird Bildungsarbeit bezogen auf eine Adressatengruppe in vielfältiger Form angeboten, sie umfaßt u. a. die Beratung und Betreuung von Teilnehmern, Förderung und Durchführung von Forschung, Entwicklung von politischen Maßnahmen zur Unterstützung der Adressatengruppe oder Weiterbildung.

Darüber hinaus sind bereits neue Probleme in den Hochschulen deutlich geworden, die sich in den achtziger Jahren verschärfen werden. Sie werden die Hochschulen zwingen, sich über ihre Zukunft folgenreiche Gedanken zu machen. Sie sollen hier als strategisches Argument für die Unterstützung bei der Etablierung von Dienstleistungsaufgaben in Hochschulen erwähnt werden.

Mit dem Anwachsen der Zahl von Hochschulabsolventen im Arbeitsmarkt reduziert sich für sie auch die Chance, "abschlußadäquate" Tätigkeiten im Beruf aufzunehmen. Damit entstehen mehrere Probleme, die die Hochschule nicht nur am Rande berühren:

- Die Hochschulstudiengänge mit geringen Arbeitsmarktchancen werden von Studienbewerbern gemieden (z. B. die Lehrerausbildung). Das Problem der "Umwidmung von Überkapazitäten" (personeller sowie räumlicher Art) bei abnehmenden Studentenzahlen zwingt die Hochschule zu neuen Überlegungen. Ist die vorhandene Kapazität im Rahmen neuer Aufgaben benutzbar? Können Hochschullehrer neue Aufgaben übernehmen: Vermehrte Forschung in Schwerpunktprogrammen oder Beratung in den Schulen, Übernahme von Bildungsarbeit für Problemgruppen (z. B. für Gastarbeiterkinder, Frauen, Alte), im außerschulischen Bereich (Erwachsenenbildung, innerbetriebliche Bildung, Freizeitarbeit) oder in der Fort- und Umbildung eigener Absolventen? Können vorhandene Einrichtungen (Mitschau-Anlagen, Labors, Bibliotheken etc.) für andere Aufgaben benützt werden, können sie z. B. an Schulen, Volkshochschulen, Verbände, Vereine ausgeliehen werden?
- Einige Forschungsarbeiten deuten an, daß die Studien- und Berufsmotivation sich verändert und die eigentlichen Bildungsprozesse sich immer mehr aus der Institution Hochschule in die alternativen Aktivitäten auslagern. Das Zurückgewinnen der wissenschaftlichen, politischen, kulturellen, gesellschaftlichen Innovationsfähigkeiten in die Hochschule würde eine aktuelle Aufgabe für die Hochschulen darstellen.
- Viele junge Absolventen bleiben in der Hochschule, sei es, weil sie keine Arbeit gefunden haben, sei es, weil sie noch nicht in den Beruf wollen. Andererseits wird offen diskutiert, daß die Verlängerung der Studiengänge durch BAföG billiger als eine Bezahlung von Arbeitslosen-

unterstützung an HS-Absolventen ist. Es wird der Begriff "Hochschule als Parkplatz für zeitweilig nicht gebrauchte Arbeitskräfte" geprägt. Kann hier eine neue Aufgabe für Hochschulen gesehen werden? Als Beispiele können genannt werden:

- o Entwicklung von posttertiären Ausbildungsprogrammen für diese Gruppe (Aufbaustudiengänge für Lehrer zur Unterrichtung von Ausländerkindern, für den außerschulischen Bereich, für Erwachsenenbildung oder Aufbaustudiengänge für Ingenieure/Architekten zur Übernahme neuer gesellschaftlicher Aufgaben im Hinblick auf Umwelt-, Energie-, Verkehrs-, oder Stadt-Probleme),
- o Entwicklungen von Dienstleistungs- bzw. Forschungsprogrammen mit Hilfe dieser zunehmenden Kapazität (z. B. für die besonderen Probleme der Kommune, Region, für die benachteiligten Gruppen in der Hochschulumwelt).

Auch die neuesten Hochschulgesetze formulieren für die Hochschulen - über die klassischen Aufgaben der "Pfleger der Wissenschaften und Künste in Forschung, Lehre und Studium" hinaus - neue Aufgaben (Fernstudium und Weiterbildung, soziale Förderung der Studenten, Studienberatung, Nachwuchsförderung u. a.), die als Dienstleistungsaufgaben interpretiert werden könnten.

4. Die neue Dienstleistungsfunktion der Hochschule für die Gesellschaft

Dienstleistungsaufgaben bezwecken tendenziell die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Bildung, zumindestens aber die Verschiebung der Grenze zwischen diesen Bereichen. Es ist denkbar, daß in vier unterschiedlichen Gebieten Dienstleistungsaufgaben in der Hochschule etabliert werden:

- In der Erweiterung der Hochschullehre wird neben der klassischen Aufgabe der Erstausbildung in Hochschulen Weiterbildung von eigenen Absolventen bzw. Angehörigen und Weiterbildung für eine besondere Gruppe (etwa: Berufstätige Lehrer/Ingenieure, Frauen, Ausländer, Alte) sowie für eine besondere Region (etwa: Nordhessen) als eine neue Aufgabe für Hochschulen diskutiert und z. T. wahrgenommen.
- In der Erweiterung der Forschungsaufgaben ist ein neues Forschungskonzept denkbar, das die besonderen regionalen, kommunalen und sozialen Bedürfnisse der Hochschulumwelt zum Forschungsgegenstand macht, das im Auftrag einer finanzschwachen Gruppe (Arbeitnehmer, Bürgerinitiativen u. a.) komplementäre Forschungsarbeiten durchführt. Allgemeiner ausgedrückt, würde man diese Konzept "praxisorientiertes Forschen" nennen.
- Auch im Bereich der produktiven Arbeit in der Hochschule wäre es denkbar, daß neue Dienstleistungsaufgaben von der Hoch-

schule wahrgenommen werden könnten. Vorbilder dafür gibt es z. B. in den medizinischen Fachbereichen in Form von Lehr- und Universitätskliniken; hier wird die produktive Arbeit in die Hochschule aufgenommen. Ein weiteres Beispiel, in dem das Studium in die Praxis der produktiven Arbeit hinaus verlagert wird, stellen die Berufspraktischen Studien an der Gesamthochschule Kassel dar.

- In der Erweiterung und Institutionalisierung der Kommunikation mit gesellschaftlich relevanten Gruppen (in der Hochschulregion), können der Hochschule neue Dienstleistungsfunktionen erwachsen. Kooperationsverträge einiger Hochschulen mit Gewerkschaften stellen diese neue Kommunikationsverpflichtung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft dar.

Die Erweiterung der Dienstleistungsfunktion der Hochschulen kann mit drei Thesen unterstützt werden:

(1) Erweiterung der Dienstleistungsfunktionen der Hochschulen verbessert die Qualität der klassischen Aufgaben der Hochschule. Durch den Bezug der Dienstleistungsarbeit werden Lehre und Forschung an der Hochschule stärker in die gesellschaftlichen Bedingungen eingebettet, der Ernstfall und die Konsequenzen der Arbeit werden im Studium und in der Forschung ständig präsent, die Studienmotivation der Studenten steigt bei einer gesellschaftlich sinnvollen Arbeit, Forschungsergebnisse können unmittelbarer gesellschaftlich nutzbar gemacht werden.

(2) Die gesellschaftlichen Aufgaben werden qualitativ besser wahrgenommen, wenn sie in die Hochschule eingebettet sind, weil die Hochschule als Institution mit geringer inhaltlicher Reglementierung eher befähigt ist, neue gesellschaftliche Aufgaben aufzuspüren, und bei der Durchführung unkonventioneller Verfahren kann. Die Gefahr der Erstarrung durch zu schnelle Institutionalisierung besteht in der Hochschule nicht. Andererseits können durch mangelnde Möglichkeiten einer dauerhaften Organisation der Dienstleistungsprojekte Schwierigkeiten bei der notwendigen Dienstleistungsarbeit entstehen.

(3) Die Hochschule wird in nächster Zukunft in Anbetracht der wachsenden Probleme mit der "Überkapazität" gezwungen sein, neue Aufgaben zu suchen. Die Hochschulen geraten in eine neue Legitimationskrise; sie werden sich gefallen lassen müssen, gefragt zu werden, welche Leistungen sie bei der vorhandenen Unterstützung für die Gesellschaft erbringen.

Es sollte zum Schluß nicht versäumt werden, auf mögliche Schwierigkeiten und Gefahren für die Hochschule bei der Übernahme von Dienstleistungen hinzuweisen.

- Die Dienstleistungsaufgaben unterstehen größerer gesellschaftlicher Kontrolle, als dies in der Hochschule bisher üblich war.
- Bei der Übernahme von Dienstleistungsaufgaben werden die individuellen und institutionellen Entscheidungsmöglichkeiten in der Hochschule eingeschränkt.
- Durch die kommerziell ausgerichtete Konkurrenz kann die Hochschule gezwungen werden, die von ihr angebotene Dienstleistung zu vermarkten.
- Die Hochschule übernimmt mit den Dienstleistungsaufgaben Verpflichtungen gegenüber Personen und Institutionen, die auch ohne die hochschulinterne Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Arbeit fortgeführt werden müssen.

6. MODELLE IM HOCHSCHULBEREICH

Wolfgang Steube

1. Krise im Hochschulsystem?

Die Hochschule scheint, betrachtet man gegenwärtige Entwicklungstendenzen, in ihrer Existenz und ihrem traditionellen Selbstverständnis bedroht. Nach dem Bildungsboom der späten 60er und der 70er Jahre droht eine Stagnation, absehbar eine Rezession. Selbst wenn die Geburtenraten 1979 in der BRD wieder leicht stiegen, langfristige Prognosen selten als sicher gelten, läßt sich doch mit großer Sicherheit anhand der Bevölkerungsstatistiken für die späten 80er und 90er Jahre ein enormer Rückgang der Studenten mit traditionellen Hochschulzugangsberechtigungen voraussagen, der Struktur und Umfang der Hochschulen entscheidend verändern könnte.

Von der Krise besonders betroffen sein könnten die jüngeren Hochschulen, insbesondere die Gesamthochschulen. Die Entwicklung der Gesamthochschulen wurde unter anderem stark unter dem Gesichtspunkt der Gewährleistung von Chancengleichheit betrieben. Gesamthochschulen galten und gelten als Reformhochschulen, die Raum zur Erprobung neuer Ansätze im Berufsausbildungsbereich bieten. Derzeit ist in vielen Bereichen eine Rücknahme von Reformansätzen zu beobachten, Gesamthochschulen werden neuerdings Universitäten genannt.

In der Annäherung an die traditionellen Universitäten liegt m. E. eine große Gefahr.

Die in den letzten Jahren gegründeten Hochschulen können - schon aufgrund ihrer noch nicht sehr entwickelten Infrastruktur - kaum mit traditionsreichen wissenschaftlich seit langem anerkannten Universitäten in deren stärksten Bereichen konkurrieren. Der Anspruch an Gesamthochschulen, zum einen Reformhochschule zu sein, zum anderen aber alle Aufgaben einer "richtigen" Universität mindestens genauso gut zu erfüllen, ist unrealistisch - unter härtestem Beweiszwang gelangen selten Reformen.

Die Bedeutung der Gesamthochschulen und ihre Stärke liegt in ihren Reformansätzen, etwa dem Versuch, eine stärkere Praxisorientierung des Studiums zu konzipieren und zu erproben. Hier wurde Wichtiges und Anerkanntes geleistet, was Gesamthochschulen im bildungspolitischen Gesamtkonzept konkurrenzfähig macht.

Ausgehend von der These, daß Gesamthochschulen ihre Stärke aus ihrer Fortschrittlichkeit und Experimentierfreudigkeit beziehen, bekommt die Betrachtung und Analyse neuer Modelle und Ansätze großes Gewicht.

2. Übertragbarkeiten von Modellen

Eine wesentliche Voraussetzung für die Untersuchung übertragbarer Elemente von Modellen im Hochschulbereich auf das traditionelle Hochschulwesen ist eine Auswahl anhand von Kriterien, die sich aus den traditionellen, gesellschaftlich zugewiesenen Aufgaben der Hochschule ergeben.

Aufgaben der Hochschule in diesem Sinn wären die Forschung, die Lehre im Bereich akademischer Berufsausbildungsgänge.

Zu betrachten wären innovatorische Ansätze, die die traditionellen Aufgaben der Hochschule auf eine neue Art und Weise bewältigen bzw. modifizieren, neue Aspekte hineinbringen.

3. Ansatzpunkte für Veränderungen

Sinkende Studentenzahlen sollten eigentlich zunächst keinen Anlaß zur Besorgnis geben. Wie oft wurde zur Zeit der Bildungsexpansion in den Hochschulen geklagt, im Lehr- und Lernbetrieb sei eine Vermassung eingetreten, die sinnvolle Lehre und die Betreuung der Studenten unmöglich mache, Hochschullehrer seien zunehmend Bildungsadministratoren ohne die Möglichkeit, neben ihren Lehrtätigkeiten forschen zu können. Sinkende Studentenzahlen könnten hier Entwicklungen rückgängig machen, böten die Chance curricularer Neuordnungen.

Die Besorgnis über die Tendenz erscheint mir kaum inhaltlich begründbar, sondern hat ihren Ursprung in organisatorischen und beschäftigungspolitischen Bereichen. Die Gefahr von Stellenkürzungen oder zumindest Einstellungsstops im Bereich der Lehre liegt auf der Hand, Ihre besondere Brisanz erhält die Situation dadurch, daß in den letzten Jahren sehr viele junge Professoren berufen wurden, die auf lange Sicht die Planstellen ausfüllen werden, was einen Einstellungsstop auf Jahrzehnte bedeutet, es sei denn, es gäbe wieder steigende Studentenzahlen, die zu einer erneuten Expansion des Hochschulwesens führen würden.

Bei nüchterner Betrachtung der Situation der Hochschule bieten sich drei grundlegende Möglichkeiten der weiteren Entwicklung:

(1) Die rigoro se Schließung überflüssig gewordener Hochschulen, bzw. einzelner Ausbildungsgänge oder die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Hochschulen. Die Wahl des Studienfachs würde die Wahl der Hochschule bestimmen, Studenten und Professoren wären zu größerer Mobilität gezwungen. Interessant wäre an dieser Stelle die Überlegung, nach welchen Kriterien Hochschulen geschlossen würden - etwa, ob "traditionsreiche" Universitäten gegenüber jungen Hochschulen im Vorteil wären. Diese

erste Möglichkeit hätte weitere Konsequenzen, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden soll.

(2) Lockerung der Zulassungsvoraussetzungen. Bei den Prognosen über zu erwartende Studentenquoten wird in der Regel von dem traditionellen Studententypus mit Abitur oder vergleichbarem Abschluß als Zugangsvoraussetzungen zum Hochschulstudium ausgegangen. Eine Lockerung der Zugangsvoraussetzungen könnte den Hochschulen ein enormes Studentenpotential erschließen. In einigen Bereichen gibt es bereits Erfahrungen mit diesen "non-traditional students" - ich werde im folgenden auf ein Beispiel genauer eingehen.

(3) Erweiterung der Aufgaben der Hochschule. Neben der Erweiterung ihrer traditionellen Aufgaben - etwa im Forschungsbereich - wären neue Serviceleistungen im sozialen Bereich denkbar, die die Hochschule aufgrund ihrer Ausstattung übernehmen könnte, z. B. in Form eines Community Centers. Die Problematik einer Erweiterung der Serviceleistungen liegt in der möglichen Konkurrenz traditioneller Service-Leister, etwa den Volkshochschulen; hier wäre ein Rahmen noch zu stecken. Unproblematischer ist die Erweiterung des Forschungsbereichs; die Hochschule könnte als staatliche Einrichtung eine Art Chancengleichheit gewährleisten, indem sie neuen Zielgruppen den Zugang zur Forschung ermöglicht - z. B. mittelständischen Gewerbetreibenden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften etc.

Auf die erste skizzierte Möglichkeit der Schließung von Hochschulen werde ich im folgenden nicht weiter eingehen. Ich werde anhand je eines Beispiels versuchen, Wege zur Lockerung der Zulassungsvoraussetzungen und zur Erweiterung der Aufgaben der Hochschulen aufzuzeigen. Darüber hinaus sei auf Innovationsmöglichkeiten im curricularen Bereich hingewiesen.

4. Das schwedische 25/5 Modell

Das schwedische 25/5 Modell geht auf eine Regierungskommissionsentscheidung von 1968 zurück, nach der in den Jahren zuvor erfolgten Öffnung des sekundären Bildungsbereichs auch den tertiären Bildungsbereich teilweise für "non-traditional-students" zu öffnen. Einer der wesentlichen Gründe für eine Öffnung des Hochschulbereichs war, eine Chancengleichheit zwischen Generationen vor und nach der Bildungsexpansion im sekundären Schulbereich zu verhindern. Erwachsenen, die während ihrer Schulzeit noch nicht von dem erweiterten Bildungsangebot Gebrauch machen konnten, sollte die Möglichkeit gegeben werden, nach Vollendung des 25. Lebensjahres und nach mindestens 5 Jahren im Arbeitsleben - wobei für diese 5 Jahre auch Militärdienst und Kindererziehung anerkannt wurden - ein Studium an einer schwedischen Hochschule aufzunehmen, sofern sie in ihren gewünschten Studienbereichen über dem Sekundär-Schul-Abschluß

entsprechende Kenntnisse verfügten. In der Praxis wurden diese Kenntnisse allerdings nicht generell überprüft, sondern teilweise dem Ermessen der Kandidaten überlassen ¹.

Die ursprüngliche Absicht war es, in erster Linie die Berufsstudiengänge auszuweiten; die 25/5 Regel wurde zuerst auf die Bereiche Sozialwissenschaften, Wirtschaftsverwaltung und auf sehr berufsbezogene Kurse angewandt, die an den Universitäten reaktiv auf Anforderungen des Arbeitsmarktes eingerichtet worden waren. Die Bereiche, die den 25/5 Studenten zugänglich wurden, waren am Ende der Pilot-Phase 1976 auf über 30 berufsbezogene Kurse und etwa 20 universitäre Studienbereiche angewachsen. Seit 1977 gilt das 25/5 Modell für nahezu das gesamte tertiäre Bildungswesen, wobei die 5 Jahre erforderlicher Arbeitspraxis auf 4 Jahre verkürzt wurden.

Die Zahl der über das 25/5 Modell zur Hochschule gelangten Studenten stieg bis 1976 beständig an.

TABLE I. New entrants to the faculties without restriction of Arts, Social Sciences and Natural Sciences, 1969-1976.
(Percentage of students with different eligibility) ²

Eligibility	New entrants to faculties without restriction							Students registered in extra-mural courses	
	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1974	1975
Admitted by the 25/5 rule	4.8	6.4	8.3	11.0	15.2	19.8	22.5	24.9	23.1
Admitted by exemption	4.1	4.2	4.0	5.4	6.9	12.0	12.1	7.7	5.3
'Normal' eligibility (or unknown)	91.1	89.4	87.7	83.6	77.9	67.6	65.4	67.4	72.6
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
(Total number of students)	(24,055)	(22,938)	(18,105)	(18,171)	(17,321)	(19,545)	(22,002)	(618)	(1334)

Nach der Öffnung der Hochschulen für Studenten nach dem 25/5 Modell ließ sich der größte Anstieg der Studentenzahlen im Bereich der Sozialwissenschaften verzeichnen (vergleiche nachfolgende Graphik).

Vergleichsweise gering war dagegen die Beteiligung an naturwissenschaftlichen Studiengängen, was mit fehlenden Vorkenntnissen zu tun haben könnte (vergleiche Tabelle II).

TABLE II. Distribution (as a percentage) by field of study in the autumn term 1975. Comparison between 25/5-students and students with 'normal' eligibility. ³

Field of study (first year course)	Eligibility	
	25/5-rule	'Normal'
Liberal Arts (vocationally oriented courses)	12 (3)	31 (1)
Social Sciences (vocationally oriented courses)	78 (26)	54 (4)
Natural Sciences (vocationally oriented courses)	10 (3)	15 (2)
All faculties of Liberal Arts and Sciences (vocationally oriented courses)	100 (32)	100 (7)

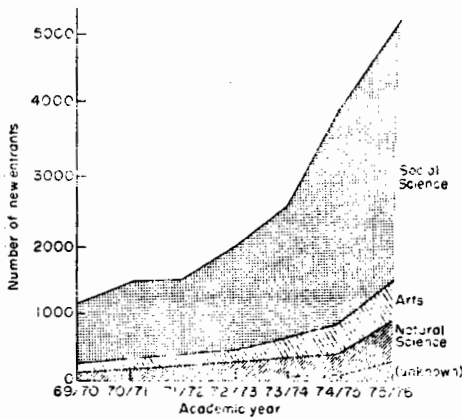


FIG. 1. New entrants admitted by the 25/5-rule 1969-1976. Distribution by field of study (first year course). ⁴

Während sich die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der 25/5 Studenten nicht von der traditioneller Studentengruppen unterschied, gab es doch entscheidende Differenzen hinsichtlich der sozialen Herkunft der Studenten. In Relation zur Zusammensetzung der traditionellen Studentenschaft profitierten von der Zulassungserweiterung vor allem die Kin-

der von Arbeitern und aus bäuerlichen Familienverhältnissen (siehe Tabelle III).

TABLE III. New entrants admitted by the 25/5-rule compared to students with 'normal' eligibility and the Swedish population in total. Distribution (as a percentage) by social background.

Social background (father's occupation)	25/5 students (1969-1976)	'Normal' eligibility students (1969-1976)	Swedish population in total (born 1948)
Farmers	13	7	14
University graduates	5	16	3
Directors, tradesmen	18	16	11
Senior white collar workers, officers, teachers	17	25	11
Other white collar workers	13	14	10
Manual workers	34	22	51
Total	100	100	100

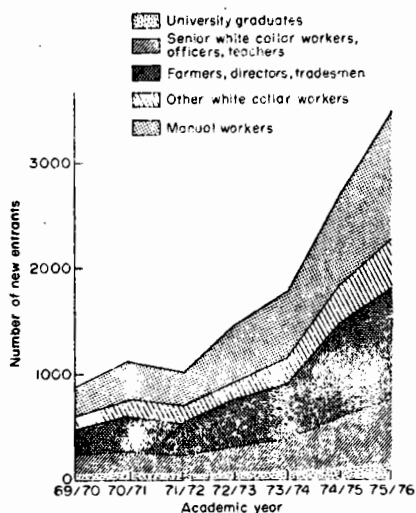


FIG. 3. New entrants admitted by the 25/5-rule 1969-1976. Distribution by social background (father's occupation).

Betrachtet man den Studienerfolg der 25/5 Studenten, so verändert sich allerdings das bislang positive Bild. Ca. ein Drittel dieser Studenten verlassen die Hochschule ohne Zertifikat. Teilweise beenden sie ihr Studium schon kurz nach Aufnahme, nachdem sich erste Schwierigkeiten -

in der Regel durch fehlendes Hintergrundwissen - zeigten, oder nach Ablauf eines Kurses. Von den Studenten des ersten Jahrganges erreichten 10% einen kompletten Abschluß ⁶.

Hierbei können fehlende Lernerfahrungen als Problempunkt angesehen werden.

Etwas relativiert werden die Zahlen, wenn man sich die Studienmotivation der Studenten ansieht. So gaben zwischen 20% und 30% als Studienmotivation persönliche Interessen und Spaß am Lernen an, so daß ein Teil der vorzeitigen Studienabbrüche nicht auf Versagen zurückzuführen sein dürfte ⁷. Darüber hinaus war es auch ein Ziel der Reform, Weiterbildungsmöglichkeiten außerhalb eines vollständigen Studienabschlusses zu ermöglichen. Berücksichtigt man außerdem, daß in Schweden von den traditionellen Studenten auch ca. 20% ihr Studium ohne Abschluß beenden ⁸, so deutet dies möglicherweise auf die allgemeingültige Tendenz hin, daß das Studium zunehmend den Charakter einer Universalbildung erhalten könnte (vgl. TROW) ⁹.

Beachtenswert erscheint mir an dem schwedischen Beispiel, in welchem Umfang sogenannte nicht traditionelle Studenten von einem Bildungsangebot angesprochen wurden und dieses annahmen.

5. Amsterdam University's Science Shop

Im März 1978 wurde in den Niederlanden der erste "Science Shop" eröffnet. Ziel des Science Shop ist eine Vermittlung zwischen Klientengruppen und Forschungsgruppen. In einem institutionalisierten Rahmen sollen sozial relevante Forschung und Entwicklungen in einem traditionell universitären Umfeld angeregt werden.

Der Gründung vorausgegangen waren Aktivitäten von Studenten und Mitgliedern des Lehrkörpers, Kontakte zwischen nicht privilegierten Gruppen und Forschungsgruppen aufzubauen, um Forschungsinteressen dieser nicht traditionellen Klienten in die Amsterdamer Universität hineinzutragen. Die allgemein positive Resonanz dieses Versuches führte 1978 zur Gründung des Science Shop.

Ich habe im folgenden einige Auszüge aus der Eröffnungsbekanntmachung übersetzt, die m.E. Ziele und Forschungsinteressen des Science Shop gut umreißen. Die Veröffentlichung stammt aus dem Mai 1978, die Autoren sind Ton van Dijk und Loet Leydesdorff (herausgegeben wurde sie von Wetenschapswinkel, Universiteit van Amsterdam, Sarphatistraat 133, Amsterdam).

"Im Dezember letzten Jahres beschloß das University Council, den Science Shop zu institutionalisieren (für 1978 als Experiment). Seine Aufgaben:

- (potentielle) Klientengruppen anzuregen, ihre Forschungsfragen zu formulieren;
- Forscher im universitären Bereich und außerhalb anzuregen, über die-

- se Fragen zu arbeiten;
 - die Fragen der Klientengruppen in Forschungsfragen zu übersetzen;
 - Publikationen der Resultate für andere relevante Gruppen zu fördern.
- Einrichtungen, finanzielle Unterstützung und ein Mitglied des Hochschulkörpers stehen für diese Aktivitäten zur Verfügung.

Der Science Shop wird von einem speziellen Komitee von 12 Universitätsangehörigen (Hochschullehrer, Studenten und anderes Personal) und 12 Mitgliedern aus Klientengruppen geführt werden. Sechs Plätze sind den verschiedenen Gewerkschaften reserviert...". Die restlichen 6 Sitze verteilen sich auf die Interessenvertreter verschiedener Gruppen.

"In der Zwischenzeit bilden die Initiatoren des Science Shop eine Open Community, die von dem Komitee des Science Shop zu wichtigen Entscheidungen konsultiert wird.

Bis jetzt sind etwa 200 Anfragen gestellt worden. 68% kommen von Aktionsgruppen, Umweltschützern etc.; 27% aus der Gewerkschaftsbewegung und nur 4% von Einzelpersonen. Die meisten Fragestellungen sind sozio-kultureller und sozio-ökonomischer Art. Im Bereich der Naturwissenschaften haben die meisten Fragestellungen mit Biologie zu tun.

Wie arbeitet der Science Shop?

Der Science Shop ist für alle Klienten, die folgende Kriterien erfüllen, erreichbar:

- die nicht in der Lage sind, für Forschung zu zahlen;
- die keine kommerziellen Ziele haben;
- die in der Lage sind, die Resultate dazu zu verwenden, ihre eigene Situation oder die Situation derer, die sie vertreten, zu verbessern.

Darüber hinaus gibt es keine weitere Selektion bei den Fragestellungen. Ist ein Klient akzeptiert, werden die Fragestellungen wöchentlich in der Universität bekanntgegeben. Manchmal reagieren Mitglieder des Lehrkörpers und/oder Studenten spontan. Falls das nicht der Fall ist, versucht ein Mitglied des Forschungskomitees sich der Fragestellungen anzunehmen und sie durch telefonische Kontakte weiter zu vermitteln. Wenn Forscher und Studenten gefunden sind, arrangiert das verantwortliche Mitglied des Forschungskomitees ein Gespräch zwischen beiden Parteien. Die Übereinkünfte werden niedergeschrieben. Aus legitimatorischen und juristischen Gründen werden sie auch von der Universitätsführung unterschrieben".

Für die Gewährleistung der wissenschaftlichen Qualität zeichnet ein Mitglied des Hochschulkörpers verantwortlich. Zwischenberichte werden an die Forschungsgruppe und den Klienten geschickt; nach Möglichkeit findet eine offene Diskussion über die Folgerungen statt.

Zwei Beispiele für Forschungsanträge:

"a) Recycling von Glas vom übrigen Abfall der Amsterdamer Region. Im April 1977 fragte die örtliche Amsterdamer Gruppe der Umwelt-Liga

(Environmental League, VMD) an, ob es möglich sei, Glascontainer in Amsterdam einzuführen, um die Bevölkerung zur Aufteilung des Abfalls zu bewegen. Diese Fragestellung wurde von einem Mitglied der Abteilung für Umweltstudien der Amsterdamer Universität akzeptiert. Diese Abteilung beschäftigt sich mit der Forschung über die Trennung von Abfall in ländlichen Gebieten.

Im November wurde ein Bericht vorgelegt, der die zu erwartenden spezifischen Probleme beim Start einer Aktion in einem komplexen Gebiet wie der Amsterdamer City hervorhob. Die Schlußfolgerung ist ziemlich pessimistisch: die kleine lokale Gruppe wird die vorhersehbaren Schwierigkeiten kaum bewältigen können. Der Forscher, der früher Vorsitzender derselben Umwelt-Liga war, schlug vor, sich auf das Recycling von Papierabfällen zu beschränken. Mit der Auswertung dieser Aktion könnte zu einem späteren Zeitpunkt eine Glas-Aktion begonnen werden. Damit schien der Fall abgeschlossen. Die Gruppe folgte den Vorschlägen und bereitete eine Papier-Aktion vor. Eine andere Umweltgruppe, bekannt durch die Distribution biodynamischer Lebensmittel, hatte Schwierigkeiten mit dem Recycling von Glas in Amsterdam und bat die Umwelt-Liga um Informationen. Dadurch bekam der akademische Report eine andere Funktion. Diese Gruppen baten den Science Shop, eine Diskussion über den Report mit den damit befaßten Forschern und verschiedenen anderen Gruppen zu organisieren. Diese Diskussion fand kürzlich statt, und es wurden weitere Übereinkünfte zwischen den verschiedenen Aktionsgruppen getroffen, die Probleme in einem Report auf politischer Ebene auszuarbeiten. Hiernach schloß der Science Shop den Fall (im März 1978)".

Das zweite Beispiel mit dem Thema "Frauen und Abwesenheit durch Krankheit", eingebracht von Gewerkschafts-Seite, sei hier nur kurz skizziert. Die Forschungsfrage wurde vom nationalen Sekretariat für Frauen-Angelegenheiten im Gewerkschaftsbund eingebracht.

Einige Frauen (Studentinnen und Graduierte) reagierten auf die wöchentlichen Bekanntmachungen in der Universität, weitere Interessentinnen fanden sich, als das Thema in studentischen Frauengruppen bekannt gemacht wurde. Es fand ein Gespräch mit 2 Frauen aus dem Sekretariat für Frauen-Angelegenheiten statt, die nächste Zeit wird als Orientierung und Literaturlaufbereitungsphase verwandt. Da das Projekt zum Zeitpunkt des Berichts noch nicht abgeschlossen war, liegen noch keine Ergebnisse vor.

6. Tvind - ein dänisches Modell

Wie an anderer Stelle bereits gesagt, ergeben sich aus einer günstigeren Hochschullehrer-Studenten-Relation Chancen zu Innovationen im Bereich der Curricula. Im folgenden möchte ich anhand der Lehrerausbildung im

dänischen Tvind-Modell einen möglichen Diskussionsansatz aufzeigen.

Die Geschichte Tvinds ist die Geschichte einer Privatinitiative. Die sechs Personen, die 1970 initiativ wurden, kamen aus der ersten Wohngruppe Dänemarks, die in Odense in einem Haus sechs Jahre zusammengelebt hatte. Sie hatten Erfahrungen in Jugendarbeit, die meisten von ihnen waren Lehrer. 1968 kauften sie einen alten Bus und unternahmen eine Weltreise. Nach ihrer Rückkehr nach Dänemark werteten sie diese Reise aus und beschlossen, aus den Fehlern dieser ersten Reise lernend, eine zweite Reise mit intensiverer Vorbereitung zu beginnen. Eine wesentliche Vorüberlegung zu den Reisen war, daß man durch die Fremdheit der Eindrücke bewußter beobachten könne, man schneller lerne und Dinge genauer untersuche. Wenn man sich an Umstände gewöhnt hat, hinterfragt man diese nicht mehr so genau, wie dies beim Erwerb neuer Erfahrungen der Fall ist.

Diese Gruppe versuchte, solche Reisen innerhalb des dänischen Schulsystems als eine Schulform zu etablieren. In Dänemark gibt es das Volkshochschulgesetz; danach kann man im Rahmen der Erwachsenenbildung Hochschulen als Fortbildungsstätten einrichten, die jedem Bürger ohne eine besondere Vorbildung ab dem 18. Lebensjahr offenstehen. Die dänischen Volkshochschulen können darüber hinaus auch im Bereich der Berufsausbildung tätig werden. Diesem Volkshochschulgesetz zufolge gibt es drei Bedingungen für die Gründung einer Volkshochschule:

- (1) Es muß ein Schulkreis - ein Verein - mit wenigstens 50 Mitgliedern gegründet werden; dieser Schulkreis muß einen gewählten Vorstand haben.
- (2) Es muß eine Satzung vorhanden sein.
- (3) Es müssen Schulgebäude vorhanden sein.

1972 begann nach langen und schwierigen Verhandlungen mit dem dänischen Bildungsministerium die Arbeit in Tvind. Der Staat zahlt für Unterrichtsmaterialien, Inventar, Lohn für Lehrer, Miete und Heizung 85% der Kosten.

6.1. Konzeption

Tvind läßt sich in drei Bereiche einteilen:

- (1) Die "Reisende Hochschule", die den Anstoß zu dem Projekt gab.
- (2) Die "Tvind-efterskole", eine allgemeinbildende Schule für Kinder und Jugendliche im Alter von 14-18 Jahren. Ursprünglich waren diese efterskolen (Nachschulen) Einrichtungen im dänischen Bildungswesen, die zur Erwachsenenbildung gerechnet werden und unter gemeinsame gesetzliche Regelungen fallen mit Heimvolkshochschulen, Haushaltungsschulen und

Landwirtschaftsschulen. Heute sind sie zum großen Teil zu einem Aufangbecken für Schüler geworden, die sich im "normalen" Schulbetrieb nicht mehr zurechtfinden.

(3) Das "Notwendige Seminarium", welches den Bereich der Lehrerausbildung umfaßt.

Über die Konstruktion des "Notwendigen Seminariums" sei im folgenden berichtet.

6.2. "Notwendiges Seminarium"

In Tvind wurde ein neues, anderes Konzept der Lehrerausbildung entwickelt, als es die staatlichen Seminarien haben. Es ist ein Modellversuch für eine pädagogische Ausbildung, der vom Bildungsministerium genehmigt wurde. Die Ausbildung im "Notwendigen Seminarium" ist eingeteilt in 7 Perioden. ¹⁰

1. Periode (9 Monate): Diese Periode entspricht einem 9monatigen Kursus auf der "Reisenden Hochschule". Sie dient dazu, den Teilnehmern eine Perspektive für ihren Beruf zu geben, indem diese die globale Situation erfahren und ihre Rolle in diesem Zusammenhang begreifen.

2. Periode (3 Monate): In dieser Zeit teilen sich die Seminarteilnehmer in Gruppen von etwa 10 Personen auf und arbeiten in verschiedenen Firmen. Das Ziel dieser Periode ist es, zum einen Geld zu verdienen, um sich in der darauffolgenden Periode Häuser kaufen zu können, und zum anderen, um die Arbeitssituation kennenzulernen, in der die Eltern stehen, deren Kinder sie später unterrichten werden.

3. Periode (9 Monate): Aus dem Verdienst der vorangegangenen Periode werden in verschiedenen Kleinstädten Häuser gekauft. Es werden dort gemeinsame Arbeitsräume eingerichtet, die auch als gemeinsame Kommunikationsräume für Arbeitskollegen, die Bevölkerung und Studenten dienen. Es geht in dieser Periode darum, die nationale Situation kennenzulernen und die Probleme, die die Schüler mit in den Unterricht bringen werden. Es wird für die zukünftigen Lehrer als sehr wichtig angesehen, strukturiert in der Wirklichkeit, zusammen mit Menschen in ihrem Alltag zu leben. Die Lehrerstudenten haben in diesen Häusern eigene Zimmer und arbeiten während dieser Zeit wie Lohnarbeiter.

4. Periode (3 Monate): Die Studenten können in dieser Zeit ihre Wünsche, Ideen und Vorstellungen zu verwirklichen versuchen. Die Zeit ist nicht für bestimmte Arbeiten verplant. Man soll sich bewußt werden über das, was man tut und sein Handeln begründen können. Es geht darum, selbstbestimmtes, verantwortliches Handeln zu lernen, jeder kann für sich

alleine oder mit anderen arbeiten. Nach einiger Zeit kommen alle wieder in den Hausgruppen zusammen. Zum Schluß der 3 Monate trifft sich der ganze Kursus zu einer Auswertung der gemachten Erfahrungen.

5. Periode (2 Jahre): Mit dieser Periode beginnt das Schulpraxisfeld. Sie dient dazu, die Schulsituation kennenzulernen, verbunden mit dem theoretischen Studium von Pädagogik und Psychologie. Die Zusammenarbeit mit Schülern, Lehrern und Eltern soll geübt werden. In dieser Zeit beschäftigen sich die Studenten auch mit der Kritik an Pädagogik und Psychologie und mit verschiedenen Unterrichtsmodellen.

6. Periode (1 Jahr): Die Studenten unterrichten an verschiedenen Volksschulen Dänemarks.

7. Periode (2 Monate): Alle Studenten des Seminars treffen sich in Tvind und schließen gemeinsam ihr Studium ab. Die Studenten müssen die staatlich anerkannte Prüfung ablegen.

Die Voraussetzung für das Studium ist das Abitur. Während des Studiums, welches von den Studenten selbst organisiert wird, werden sie von sogenannten "Veteranen" unterstützt, das sind Teilnehmer früherer Kurse der "Reisenden Hochschule", die nun Lehrer an dem Seminarium geworden sind.

Man mag dem Tvind-Modell eine gewisse Exotik zuschreiben, dadurch wird seine Bedeutung aber keinesfalls geringer. Gerade im Rahmen der Diskussion um Praxisorientierung des Studiums zeigt Tvind interessante Aspekte auf. Hier findet neben dem Kennenlernen der späteren Berufspraxis eine Auseinandersetzung mit der das Berufsfeld umfassenden Realität statt - eine sehr konsequente und umfassende Praxisorientierung.

Elemente des Tvind-Modells lassen sich mit Sicherheit auf deutsche Curricula - nicht nur der Lehrerausbildung - übertragen, sind ansatzweise bereits zu finden. Beispielsweise sind im Bereich des Projektstudiums an der Gesamthochschule Kassel einige vergleichbare Elemente zu finden.

Anmerkungen:

1. KIM, L.: Widened Admission to Higher Education in Sweden (25/5-Schema)
In: European Journal of Education, Vol. 14, 1979, No. 2, S. 182
2. ebenda, S. 183
3. ebenda, S. 184
4. ebenda, S. 184

5. ebenda, S. 186
6. ebenda, S. 188
7. ebenda, S. 190
8. ebenda, S. 188
9. TROW, M.: Problems in the transition from elite to mass higher education. In: Policies for Higher Education. OECD, Paris, 1974
10. Vgl. dazu PULLIG, R.: Laßt 125 Menschen blühen. Herford, 1979, S. 37 ff.

7. ALTENUNIVERSITÄTEN ODER ALTE IN DIE UNIVERSITÄTEN? Angelika Trilling

1. Entwicklung und gegenwärtiger Stand

Die Idee, ältere Menschen als Zielgruppe universitärer Bildungsangebote zu betrachten, ist in der Bundesrepublik noch recht neu. Beispiele aus einigen anderen Ländern sollen daher das Spektrum der Möglichkeiten erhellen, wobei anzumerken bleibt, daß Informationen über Großbritannien und Skandinavien im folgenden nicht verarbeitet wurden.

1.1. Das Beispiel USA

Hochschulen in den USA haben sich von je her der breiten Öffentlichkeit mehr geöffnet als deutsche Universitäten. Erwachsenenbildung hat daher an fast allen Hochschulen einen festen Platz. So begann man auch schon in den 60er Jahren, die Älteren als Zielgruppe von Hochschulangeboten zu benennen. Laut B. Fluck hatten 1976 bereits über 500 Hochschulen ältere Menschen in ihre Programme einbezogen¹, wobei sich zwei Ansätze unterscheiden lassen:

- a) Die teilweise oder völlige Öffnung aller Kurse für ältere Menschen, z. T. kostenlos oder verbilligt (dieser Weg wurde von der Mehrheit der Hochschulen beschritten, da er am wenigsten aufwendig ist).
- b) Das Angebot spezieller Veranstaltungen für ältere Menschen (oft als educational vacations - Bildungsurlaub), die z. T. von sehr hohem akademischen Niveau sind, häufig aber auch populär-wissenschaftliche und Freizeitangebote einschließen. Akademische Bildung stößt bei Älteren der Mittelschicht auf hohes Interesse, und Bildungsabschlüsse abzulegen bedeutet oft eine besondere Herausforderung, die sich positiv auf das Selbstwertgefühl auswirkt.

Besonders in den Colleges und Community Colleges läßt sich das Bemühen erkennen, durch die Kombination mit einer Vielzahl von Dienstleistungen auch bildungsferne Schichten zu erreichen - die Grenze zwi-

schen Sozialarbeit und Bildungsarbeit ist dann oft verwischt (outreach-programms) (FLUCK, S. 126).

Kontakte zwischen älteren und jüngeren Menschen werden häufig durch spezielle Maßnahmen unterstützt: z. B. Zusammenleben von Älteren und Jüngeren in den Studentenwohnheimen, gemeinsame Bildungs- und Freizeitprogramme (FLUCK, S. 120).

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Angebote der Universitäten und Colleges auf sehr starkes Interesse bei den Älteren stoßen, wenn auch vor allem Personen aus der Mittelschicht davon Gebrauch machen.

1.2. Das Beispiel Frankreich und andere romanische Länder

1973 wurde durch die Initiative von Dr. Piere Velas, einem Mediziner, die erste "Université du Troisième Age" (Uni III) an der Universität Toulouse gegründet. Mittlerweile existieren über 100 "Universitäten für das Dritte Alter". Sie befinden sich vorwiegend in Frankreich, dessen Beispiel bald auch andere romanische Länder sowie Polen und die DDR folgten. 1979 fand bereits der 6. Internationale Kongress der "Universités de Troisième Age" statt. Anhand der Kongreßberichte sowie von Selbstdarstellungen der Uni III's lassen sich folgende Aussagen machen:

a) Die große Zahl der Uni III vor allem in den romanischen Ländern wird verständlich, wenn man bedenkt, daß es dort kein dem deutschen Erwachsenenbildungs-System entsprechendes Angebot gibt. Folglich halten sich die meisten Programme im Rahmen dessen, was sich etwa in Volkshochschulen findet.

b) Eine Reihe der Einrichtungen sind für alle Arbeitsgruppen geöffnet und nennen sich dann "Université du temps disponible" (der Freizeit) - was auch bei den Älteren größeren Anklang findet.

c) Bemerkenswert ist das hohe Maß an Selbstorganisation durch die Teilnehmer selbst, viele Uni III gehen auf Initiativen aus dem Kreis der Älteren zurück und haben nur eine sehr lose Verbindung zu Universitäten. Die Mitglieder rekrutieren sich vor allem aus der gebildeten Mittelschicht - eine teilweise Identität von Lehrenden und Lernenden (vor allem bei ehemaligen Lehrern und Hochschuldozenten) ist damit verständlich.

d) Eine Integration der Uni III in die Hochschulen findet vor allem dort statt, wo gerontologische Forschung, Fort- und Ausbildung stattfindet, z. B. in Grenoble, Lyon, Nancy. In Genf werden die Älteren an der Forschung beteiligt: Sie arbeiten als Interviewer an einem Projekt über die Lebenslage alter Menschen im Kanton mit. Von den Mitgliedern der Uni III geht eine Kampagne gegen Unfälle im Haushalt aus. In Lyon werden Ältere für die Altenarbeit ausgebildet.

1.2. Das Beispiel DDR

Im Herbst 1978 nahm an der Humboldt-Universität Berlin die "Universität der Veteranen" ihre Arbeit auf. Im Vorlesungsstil werden einmal wöchentlich vor allem medizinische und gesellschaftspolitische Inhalte behandelt. Das Angebot stieß auf großes Interesse bei der älteren Bevölkerung. Es ist eine Ausweitung des Programmes auf verschiedene Studieninhalte geplant.

1.3. Das Beispiel Österreich

Im Wintersemester 1978/79 wurde auf Anregung der österreichischen Rektorenkonferenz an den Universitäten Wien, Graz und Klagenfurt das Seniorenstudium eröffnet. Das bedeutet allerdings nur, daß die Medien verstärkt auf Studienmöglichkeiten auch im Alter hinweisen. Des weiteren werden von den österreichischen Alten- und Pensionistenverbänden in den Universitäten Beratungsstellen eingerichtet, und es wurde eine eigene Immatrikulationsstelle geschaffen.

Die Älteren nehmen vorwiegend als Gasthörer die Lehrangebote wahr. Aus Wien sind erste Zahlen bekannt: von den eingeschriebenen 37.000 Studenten waren 1.100 älter als 40 Jahre. Hiervon waren 200 Frauen über 55 Jahre und 200 Männer über 60².

1.4. Die Altenakademie Dortmund e. V. - bisher einziges Modell in der Bundesrepublik

Auf Initiative eines Professors der Pädagogischen Hochschule Dortmund schloß sich eine Gruppe älterer Dortmunder zusammen und gründete 1974 die Altenakademie, die als gemeinnützige Gesellschaft für Altersforschung, Altenbildung und Altenhilfe an der Hochschule institutionalisiert wurde. Mitglied der Altenakademie kann man ab dem 40. Lebensjahr werden - gegenwärtig sind es etwa 180 Personen.

Die Mitglieder der Altenakademie sind durch ihren Jahresbeitrag gleichzeitig Gasthörer an der PH und FHS Dortmund und besuchen dort die regulären Veranstaltungen - vornehmlich in den Fächern Philosophie, Psychologie, Soziologie und Pädagogik. Dabei gilt der besondere Studienschwerpunkt Fragen des Alterns. Zahlreiche Mitglieder der Altenakademie besuchen auch die Veranstaltungen der Fachbereiche Kunst, Sport und Musik³.

Die Altenakademie organisiert Veranstaltungen für ihre Mitglieder und vor allem für die älteren Dortmunder, die nicht der Altenakademie angehören. Zumeist in Kooperation mit der VHS und der Gewerkschaft wird Bildungsarbeit mit der Zielgruppe "ältere Menschen" organisiert.

Die Vertreter der Altenakademie arbeiten als Referenten z. B. auch bei Seminaren zur Vorbereitung auf den Ruhestand. Geplant ist die eigenverantwortliche Führung eines Altenclubs.

Für einen Teil der Altenakademie-Mitglieder war bisher unbefriedigend, daß ihre z. T. intensiven Kontaktstudien ohne Abschlußmöglichkeit sind. Im Rahmen eines Modellversuches sollten ab Sommersemester 1980 zwei Kurzstudiengänge für Senioren angeboten werden, ein 2-semestriges Studium mit dem Abschluß "Animateur" und ein 4-semestriges Studium mit dem Studienziel "Multiplikator in der Altenarbeit". Beide Studiengänge wurden in Zusammenarbeit von Hochschule und den interessierten Senioren curricular vorbereitet. Parallel hierzu wird an der Universität Dortmund ein neuer, zusätzlicher Studienschwerpunkt "Geragogik" ⁴ im Rahmen des Diplom-Studienganges vorbereitet. Man erwartet von der gemeinsamen Teilnahme an diesen Veranstaltungen auch wertvolle Anregungen für die jungen Geragogik-Studenten.

Neben ihrer Mitarbeit in Veranstaltungen der Volkshochschule und des DGB, sowie bei der curricularen Vorbereitung des Kontaktstudienganges arbeiten Mitglieder der Altenakademie auch an einem Forschungsprojekt an der Fachhochschule Dortmund mit, das sich mit der Lebenslage älterer Menschen in der Region befaßt.

1. 5. Zusammenfassende Diskussion bestehender Modelle

Aus der Entwicklung des Senioren-Studiums in verschiedenen Ländern lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

- a) die Resonanz älterer Menschen ist besonders groß in Ländern ohne funktionierendes traditionelles Erwachsenen-Bildungssystem;
- b) Hochschulen werden mit ihren Lehrangeboten, die den ihnen spezifischen Anspruch erfüllen, stets nur Personen ansprechen, die der Mittelschicht angehören;
- c) bei der Motivation der älteren Teilnehmer spielen folgende Punkte in je unterschiedlicher Gewichtung eine Rolle:
 - Bildungskonsum als sinnvolle Freizeitbeschäftigung, der im Rahmen von Hochschulen noch an Prestige gewinnt (Untersuchungen aus Wien belegen dies);
 - Nachholen versäumter Bildungsmöglichkeiten (besonders häufig bei Älteren, die aufgrund äußerer Ereignisse - z. B. Krieg, bei Frauen Mutterschaft - ein begonnenes oder intendiertes Studium nicht durchführen konnten);
 - Soziale und kommunikative Bedürfnisse, insbesondere Interesse an Kontakten mit jüngeren Menschen;
 - Spezielle Sachinteressen (Hobby), was auch eine theoretische Aufarbeitung beruflicher Erfahrung bedeuten kann;

- Selbstreflektion, auch im Sinne einer Neuorientierung und des Suchens nach neuen Aufgaben für die Zeit des "Ruhestandes";
- Qualifizierung für neue Tätigkeiten (nachberufliche Funktionen, weitgehend ehrenamtliche Aufgaben in "Sozial-Lücken".

2. Interessenlage beim Altenstudium

Legitimerweise muß nun auch gefragt werden

- nach den Interessen der Hochschule und
- nach den Interessen der Gesellschaft am Altenstudium ⁵.

2.1. Interessen der Hochschule

- a) Schwinden der Studentenzahlen mit allen Konsequenzen;
- b) berufsständische Interessen (das Beispiel Dortmund zeigt, daß es mit der Schaffung eines Altenstudiums auch neue Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter gibt);
- c) das Interesse am Schicksal der eigenen Gruppe, verbunden mit Überlegungen zur eigenen Altersvorbereitung (was wird aus alten Akademikern? Was kann ich im Alter noch tun?);
- d) langsame Etablierung der gerontologischen Forschung, damit auch
 - Bedarf an "Demonstrationsobjekten" bzw. "Versuchskaninchen" für gerontologische Forschungsergebnisse (z. B.: Inwieweit stimmen Theorien über die Lernfähigkeit im Alter tatsächlich?);
 - Expertentum Älterer, Bedarf an Mitarbeitern an Forschungsprojekten (zum größten Teil kostenlose Mitarbeit!);
- e) taktisches Vorgehen beim Bestreben, eine größere Öffnung der Hochschule zu erreichen: Die Widerstände, ältere Menschen ohne entsprechende Zugangsqualifikation in die Hochschule aufzunehmen ("die verfügen über die Qualifikation eines ganzen gelebten Lebens"), werden, verglichen mit anderen Gruppen, gering geachtet. Damit könnte Altenstudium Vorreiterfunktion übernehmen;
- f) Bedürfnisse der Universitäten nach prinzipieller Umstrukturierung, neuen Impulsen, verstärktem Praxisbezug. Hierzu werden älteren Studenten eine Reihe potentieller Fähigkeiten zugeschrieben, die verändernd auf die heutige Situation an den Universitäten einwirken könnten:
 - Da sie nicht mehr im Erwerbsleben stehen und auch den Zwängen von Karriere und Erfolg nicht mehr ausgesetzt sind, könnte sich eine prinzipiell andere Einstellung zu den Leistungsanforderungen des verschulten Lehrbetriebs ergeben (d. h. es bleibt abzuwarten, inwieweit

die Tatsache, daß Ältere nicht mehr eingebunden sind in das System der Erwerbstätigkeit, entsprechende Normen lebenslanger Sozialisation relativieren oder gar umdrehen kann).

- Einbindung zeitgeschichtlicher bzw. biographischer Dimensionen in die Studieninhalte.
- Übernahme von Tutorentätigkeit (besonders im Falle alter Akademiker).
- Spezielle Forschungstätigkeiten, die z. B.
 - o nur aufgrund jahrelanger vorhergehender Praxis erfolgen können,
 - o ein so großes Spezialinteresse voraussetzen, daß ihnen im Rahmen regulärer Forschungsaufgaben und Forschungsförderung nicht nachgegangen werden kann,
 - o zeitlich intensives Arbeiten voraussetzen, das für entlohnte Wissenschaftler nicht realisierbar ist.

g) Schließlich bedeutet die Aufnahme und Integration älterer Studenten eine regionale und überregionale Imagepflege der betroffenen Hochschulen.

2.2. Interessen der Gesellschaft

Die Diskussion des Altenstudiums und dessen wirkliche Einführung läßt sich nicht getrennt sehen von der allgemeinen Altenpolitik. Hierzu einige allgemeine Punkte:

Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung der Belange älterer Menschen in unserer Gesellschaft läßt sich nachgerade in jüngster Zeit von einem "Altenboom" sprechen. Als Erklärungsmöglichkeiten bieten sich an:

- 1974 waren 8,7 Mill. Bundesbürger (14%) über 65 Jahre alt. Nach einigen Schwankungen in den kommenden Jahren ist mit einem Einpendeln des Anteils der über 65jährigen bei 15% zu rechnen ⁶.
- Die Rentendiskussion ist ein Beispiel dafür, daß die Gruppe der Älteren durchaus als politischer Machtfaktor gesehen wird (Wählerpotential) ⁷.
- Ältere Menschen sind durch ihre Rolle als Konsumenten zu einem Wirtschaftsfaktor geworden ⁸.
- Zu den Legitimierungsprinzipien eines Gesellschaftssystems gehört es, daß keine größere Gruppe der Bevölkerung von den allgemein verfügbaren Gratifikationsmöglichkeiten ausgeschlossen bleibt. Im Zuge der allgemeinen Propagierung des lebenslangen Lernens und der Chancengleichheit im Bildungssystem geht es daher nicht an, daß die große Gruppe der Älteren von dieser Möglichkeit immaterieller Konsumtion keinen Gebrauch machen kann ⁹.

2.2.1. Die Rolle der Altersforschung

Der gerontologischen Forschung ist es rechtzeitig gelungen nachzuweisen, daß im Alter die Lernfähigkeit und die Möglichkeit der Verhaltensänderung lediglich einer Umstrukturierung unterliegen. Das lange Zeit allgemein akzeptierte "Defizit-Modell", das eine kontinuierlich abnehmende Leistungsfähigkeit mit zunehmendem Alter unterstellt, wurde vor allem von den Vertretern der "Bonner Schule" für Psychologie widerlegt. Faktoren wie Schichtzugehörigkeit, Ausgangsbegabung, Art der Berufstätigkeit, Gesundheitszustand und anderes wurden als wesentlich wichtigere Faktoren für individuelles Leistungsvermögen festgestellt¹⁰.

"Kritisch muß jedoch angemerkt werden, daß die Aussagen der "Bonner Schule" die Gefahr einer Verharmlosung der Situation der alten Menschen beinhaltet. Die betonte weitreichende Existenz von Leistungsfähigkeit auch im höheren Alter mag für Angehörige mittlerer und höherer sozialer Schichten zutreffen, die Angehörigen unterer sozialer Schichten sind als Folge der geschilderten Arbeitsbedingungen im höheren Alter häufig eben doch leistungsgemindert. Der Nachweis und die Verbreitung der Erkenntnis weitgehender Altersunabhängigkeit von Leistungsfähigkeit nützt damit primär den Angehörigen mittlerer und höherer sozialer Schichten, die aber ohnehin nur in milder Form stigmatisiert werden"¹¹.

2.2.2. Die Rolle der Bildung im Alter

Der Weiterbildung im Alter wird - abgesichert durch empirische Forschung - eine wichtige Aufgabe zugewiesen bei der Realisierung "geglückten Alterns". Der Verdacht, daß die Illusionen kompensatorischer Erziehung jetzt am Beispiel der Alten neu aufgewärmt werden sollen, läßt sich allerdings nicht ganz von der Hand weisen.

Die neuere Diskussion begründet die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens bis ins Alter aus verschiedenen Blickwinkeln. Mehr und mehr werden jedoch auch Kritik und Einschränkungen angemeldet:

a) Der Funktions- und Rollenverlust, der mit dem Austritt aus dem Berufsleben eintritt, ist nicht durch Hobbies und Kaffeefahrten zu kompensieren. Beides wird mehr und mehr als bloße Beschäftigungstherapie eingestuft. Bildung, was immer die Autoren darunter auch verstehen mögen, scheint hingegen für eine sinnvolle Ausfüllung des höheren Alters Gewähr zu bieten.

b) Das allseits proklamierte Lernen für den Ruhestand, eine Phase, die sich mit zunehmender Vorverlegung der Berentung auszudehnen scheint, soll beizeiten dafür sorgen, daß der alte Mensch sich weiter integriert in das Gesellschaftssystem - am besten durch fortdauernde

Wahrnehmung von Bildungsangeboten. Da Lernen durch Erfahrung weitgehend verunmöglicht wird, springt institutionalisiertes Lernen in die Bresche.

c) Ein wichtiger Nebeneffekt des Lernens und der davon erhofften Steigerung allgemeiner Aktivität ist das Hinausschieben degenerativer Altersveränderungen, die neben der Erhöhung des subjektiven Wohlbefindens auch immense Kostenersparung für das System gesellschaftlicher Sozialabsicherung bedeuten.

d) Darüber hinaus ist erkannt worden, daß sich die Gesellschaft eigentlich nicht leisten kann, das große Arbeits- und Erfahrungspotential der älteren Generation brachliegen zu lassen. Sehr anschaulich wird dies dargelegt in einer Rede des niedersächsischen Kultusministers Remmers. Remmers begründet den von ihm angeregten Modellversuch einer Senioren-Hochschule u. a. damit, daß Ältere für besondere Tätigkeitsfelder ausgebildet werden könnten, und zwar Tätigkeiten, die aus Soziallücken heraus erst definiert werden müßten. Diese Soziallücken ergeben sich nach Remmers aus den hochdifferenzierten Arbeitsgesellschaften, die den Trend zur Entwicklung von rationalen Superstrukturen schaffen. Er fordert, daß "dort, wo sich "von Natur aus" keine Tätigkeiten anbieten, altersgerechte Tätigkeiten ermöglicht werden, Tätigkeiten, die eine ganzheitliche und sinnerechte individuelle sowie soziale Lebensäußerung ermöglichen" 12.

Neben humanen Gründen führt Remmers auch politische und ökonomische an: "Die Einbeziehung der älteren Menschen in das gesellschaftliche Leben ist auch deshalb unumgänglich, damit geschichtliche Erfahrungen gegenwärtig bleiben. Dies kann allerdings nicht in den Gettos der Heime oder Altenklubs geschehen. Dazu sind Situationen und Tätigkeiten notwendig, die auch tatsächlich die Generationen miteinander in Kontakt bringen" 13. "Die Mitarbeit älterer Menschen im Bereich der Soziallücken wäre zugleich auch ein wirtschaftlicher Beitrag, Berufs- und Lebenserfahrung nicht brachzulegen" 14.

Mögliche Soziallücken nach Remmers finden sich bei:

- Schularbeitenhilfe, Schulwegsicherung, Schulbusbegleitung,
- Ausländerbetreuung,
- Kinderspielplätze, Sportanlagen,
- Sozialstationen,
- Bibliotheken und Archive,
- Natur- und Denkmalschutz,
- Heimatgeschichte und Museen,
- Vereine, Verbände, Kirche,
- Werkstätten in Jugendfreizeitheimen,
- personaler Einsatz im Fremdenverkehr,
- Recycling, Umweltschutz,
- Stadteilfest, Gemeinwesenarbeit,
- Spezielle Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung.

Dabei verwahrt sich Remmers gegen den möglichen Vorwurf, daß mit dem Einsatz alter Menschen ein Arbeitsplatz-Verdrängungswettbewerb erfolgt. Es sollen nur solche sozialen Marktlücken erschlossen werden, die für professionelle und für Dauerbeschäftigungen nicht in Frage kommen. "Die Tätigkeitsangebote müssen sich auch aus dem Prinzip der Freiwilligkeit herleiten und sich von Erwerbstätigkeit auch dadurch unterscheiden, daß sie außer einem Taschengeld nicht entlohnt werden" 15.

Der Gedankengang des niedersächsischen Minister - und nicht nur er plant in diese Richtung - ist auf den ersten Blick bestechend: sind das nicht die Lösungen für eine Reihe komplexer Probleme - vom Funktionsverlust der Alten und ihrer Marginalisierung bis hin zu den von unserer Gesellschaft ständig und immer zahlreicher produzierten "Panzen", die durch die traditionelle Form von Sozialarbeit schon längst nicht mehr zu reparieren sind?

Ein paar Einschränkungen scheinen angebracht:

- Wieso sollen gerade die Alten die Gruppe der Gesellschaft sein, die mit dem fertig wird, wo der Rest schon resigniert? Noch provozierender gefragt: handelt es sich hier nicht genau um die Generation, die durch ihre Haltung in Faschismus und Wiederaufbau nach dem Krieg entscheidend beitrug zu den Formen unseres heutigen privaten und öffentlichen Lebens?
- Erinnern Argumentation und Aufgabenbeschreibung nicht fatal an das, was früher pauschal zum Lebensinhalt unausgefüllter Bürgerfrauen gehörte? Einst war dem Wesen der Frau das soziale Engagement zugeschrieben. Mit der verstärkten Integration auch der bürgerlichen Frau in das Erwerbsleben wird versucht, soziales Tätigwerden - wenn schon nicht qua Natur so doch über Lernprozesse - an die Alten zu delegieren. Es handelt sich dabei jeweils um eine Gruppe, die außerhalb des normengebenden Produktionssektors steht. Der Verdacht drängt sich auf, daß dann wohl auch die zu delegierenden Aufgaben nicht zu denen gehören, die sich generell hoher Wertschätzung erfreuen.
- Werden nicht durch institutionalisierte Formen der Qualifikation auch die Inhalte verändert? Das Interesse, das gegenwärtig Alten-Initiativen und Altenselbsthilfe-Gruppen bezeugt wird, droht umzukippen in das organisierte Initiieren der Initiativen - wobei fraglich ist, ob sich die Organisatoren dann noch werden überflüssig machen lassen 16.

2.3. Interessenkonflikte beim Altenstudium - Wer ist zuständig für die Alten?

Analog zu anderen Bereichen der Weiterbildung, die die Hochschule neu für sich erschließen will, gibt es auch in dem Bereich der Weiter-

bildung Älterer Konkurrenzängste seitens der traditionellen Träger der Erwachsenenbildung. Diese scheinen jedoch primär in der Phase der ersten und noch unklaren Informationen aus den Hochschulen aufzutreten. Wie die konkreten Erfahrungen (Dortmunder Altenakademie, Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung in Niedersachsen) zeigen, entwickelt sich aus der Beteiligung unterschiedlicher Weiterbildungsinstitutionen eher ein sinnvolles Kooperationssystem, in dem verschiedene Interessenlagen berücksichtigt werden können.

3. Zusammenfassende Feststellungen

a) Ausländische Erfahrungen können kaum auf die bundesrepublikanische Bildungslandschaft übertragen werden, selbst in den einzelnen Bundesländern liegen unterschiedliche Voraussetzungen vor (spezifische Bedingungen des Weiterbildungsgesetzes in Niedersachsen).

b) Die Gruppe älterer Menschen, die an einem traditionellen Hochschulstudium interessiert ist (sei es ein reguläres Vollzeitstudium oder die Teilnahme als Gasthörer in einzelnen Veranstaltungen) bedarf nur geringer Motivierung durch die Hochschule. Entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, verbunden mit der Schaffung spezieller Beratungsstellen und einer Vereinfachung der Einschreibeprozedur (u.U. auch die Gewährleistung guter Verkehrsverbindungen zur Hochschule), genügen, den zu erwartenden Adressatenkreis anzusprechen. Denkbar wären Einführungs- oder Orientierungsseminare für Ältere.

c) Größere Breitenwirkung ist zu erwarten von Veranstaltungen, in denen Mitglieder der Hochschule in Kooperation mit anderen Trägern der Erwachsenenbildung im Rahmen von extramuralen Veranstaltungen innovatorische Angebote für und vor allem mit Älteren entwickeln und durchführen.

d) Die Multiplikatoren-Ausbildung für Ältere, wie sie z. Zt. in Dortmund geplant ist, wie sie auch in der Rede des Kultusministers Remmers anklingt, bedarf möglicherweise eigens zu entwickelnder Curricula. Es bleibt allerdings zu fragen, inwieweit auch hierbei die Hochschule nur ein Kooperationspartner unter anderen ist.

e) Zum Abschluß bleibt noch die ketzerische Frage, ob denn überhaupt den Alten gedient ist mit der Zuwendung, der sich die Hochschulen plötzlich befleißigen. Das Beispiel der "Grauen Panther" von Wuppertal (auch "Senioren-Schutz-Bund") gibt eine selbstbewußte Antwort: Alte (und auch jüngere) Menschen aus sehr unterschiedlichen sozialen Schichten haben für sich Formen und Inhalte von "bloßer" Unterhaltung und "sinnvoller" Betätigung bis hin zu Selbsthilfe und radikalem politischem Engagement entwickelt, angesichts derer sich die Frage nach

der möglichen Funktion der Hochschule erübrigt. In einem Punkt sind die Wuppertaler vorerst allerdings auf die Hochschule angewiesen: der wöchentliche "Generationstreff", an dem jeweils ein paar hundert Menschen teilnehmen, findet in der Mensa der Gesamthochschule Wuppertal statt.

Anmerkungen:

1. Vgl. FLUCK, Brigitte: Weiterbildung im Alter. Konzeption und Praxisbeispiele in den USA. Weinheim und Basel, 1977, S. 114
2. Chr. BRANDES in einem Referat in Oldenburg am 6.12.1979 im Rahmen des Workshops "Die Öffnung der Universitäten für ältere Erwachsene".
3. Aus: phöff - ph öffentlich, 1979, Nr. 4, S. 13
4. Geragogik = Altenbildung; eine Wortschöpfung analog zum Begriff der Andragogik.
5. Daß an dieser Stelle nicht ausführlicher auf die Interessen der Alten eingegangen wird, hat zwei sehr unterschiedliche Gründe: Zum einen belegt die Forschung mehr und mehr die Tatsache, daß von den Alten als Gruppe mit identischen Interessen gar nicht gesprochen werden kann - keine Altersgruppe ist in sich heterogener als die Alten. Zum anderen drückt dies gerade musterhaft aus, daß die Initiative bei der Einrichtung des Altenstudiums nur in den wenigsten Fällen von den Alten ausgeht und hierbei nicht primär an ihre genuinen Interessen (was immer die sein mögen) gedacht ist.
6. Quelle: CURTH, Klaus: Altern als Sozialstrukturelles Problem. In: HOHMEIER und POHL (Hg.): Alter als Stigma, S. 33
7. Dessen ungeachtet "leben etwa 20% der alten Menschen am Rande oder unterhalb der durch die staatliche Sozialhilfe markierten Armutsgrenze", a. a. O., S. 43
8. HORN, M. und NAEGELE, G.: Gerontologische Aspekte der Anzeigenwerbung. In: Zeitschrift für Gerontologie, 1976, Nr. 9, S. 463-472
9. Vgl. hierzu den Beitrag von HEIPCKE, K. in diesem Band.
10. Vgl. hierzu: POHL, Hans-Joachim: Zur Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus dem Berufsleben. In: HOHMEIER und POHL (Hg.): Alter als Stigma. Frankfurt, 1978, S. 85

11. ebenda, S. 85 f. Zur weiteren kritischen Wertung der gängigen Alterstheorien siehe auch: KROHN, Marlies: Theorien des Alterns. In: HOHMEIER und POHL: a. a. O., S. 54-75
12. Kultusminister Dr. W. Remmers: Im Alter noch zur Hochschule? - Überlegungen zu Studienangeboten für die Senioren an niedersächsischen Hochschulen. Vortrag im internationalen "Haus Sonnenberg" am 4.7.1979, hektographiertes Exemplar, S. 13
13. ebenda, S. 13 f.
14. ebenda, S. 14 f.
15. ebenda, S. 16
16. Vgl. hierzu auch: GRONEMEYER, Reimer: Verschulung des Alters? Altenbildung: Eine neue Klientel wird erschlossen. In: Materialien zur Politischen Bildung, 1979, Nr. 4, S. 61-66

8. HOCHSCHULEN IN DER DRITTEN WELT - ANMERKUNGEN ZUR FRAGE NACH DER ROLLE VON HOCHSCHULEN IM ENTWICKLUNGSPROZESS

Matthias Wessler

Beiträge zu komplexen Fragestellungen - wie z. B. auch Hochschulen in der Dritten Welt - pflegen nicht selten mit einem Hinweis zu enden, daß zu einer systematischen Bearbeitung gegenwärtig wesentliche Informationen nicht verfügbar sind und daß deshalb jede Verallgemeinerung der getroffenen Aussagen erheblicher zusätzlicher Forschungsarbeit bedürfe. Ich möchte diesen Hinweis meinem Beitrag mit Nachdruck vorausschicken: eine Universität wie die von Calcutta mit etwa 400.000 Studenten ist schlechterdings kaum vergleichbar mit einer Hochschule im bolivianischen Hochland (Oruro), die Anfang der siebziger Jahre gerade 230 Studenten hatte.

Die politische Brisanz des Themas läßt zudem jeden Anspruch auf Objektivität fragwürdig erscheinen. Die folgenden Erörterungen können deshalb nur als Anmerkungen zum Thema Hochschulen in der Dritten Welt verstanden werden; ihre Berechtigung sehe ich vor allem im Kontext dieses Bandes, d. h. in der Bemühung, über neue Aufgaben von Hochschulen hier in unserem reichen Land nachzudenken.

1. Hochschulen und Entwicklung

Hochschulen in der Dritten Welt galten lange Zeit als selbstverständliche Voraussetzung und notwendiges Instrument für ökonomischen, technologischen und sozialen Fortschritt. Die Nützlichkeit dieser alten "herrlichen Einrichtungen" (NAJMAN, 1976, S. 88) stand nicht in Frage.

Dies ist anders geworden in den letzten Jahren. In steigendem Maße werden Funktion, Qualität und Effizienz der Arbeit nicht nur von Hochschulen, sondern auch des gesamten tertiären Sektors in Ländern der Dritten Welt kritisch diskutiert. Vielerorts haben gerade westlich geprägte Forschung und Lehre zu "ökonomischen und sozialen Fehlentwicklungen schlimmster Art" (GOLDSCHMIDT, 1977, S. 141) beigetragen.

Die sogenannte "world crisis of education" ist besonders im Hochschulbereich vielfach scharf in Erscheinung getreten: "Für die Entwicklung meines Landes", sagte z. B. kürzlich ein Kollege aus Trinidad, "ist es für einen Hochschullehrer wichtiger, im Gefängnis gesessen zu haben, als eine Promotion von Oxford oder Göttingen vorzeigen zu können". Nicht zuletzt auch aus ökonomischer Sicht wächst die Kritik an der "Erziehungspyramide" in der Dritten Welt: "Priority No. 1 in educational planning in the Third World is somehow to reduce the rates of growth of secondary and higher education" (BLAUG, 1977, S. 6).

In der Diskussion vor allem auch in internationalen Organisationen scheint jedoch der Konsens über die Bedeutung der Universitäten nicht grundlegend erschüttert zu sein: "Universities continue to play an important and distinctive role in the economic and cultural development of communities. This is specially the case in developing countries. . ." (Commonwealth Secretariat, 1977, S. 11) oder "Higher education is being increasingly required to play a central role in these (developmental) strategies. . . it needs to be democratised as well as renewed, diversified and integrated into society, putting aside any elitist concept" (UNESCO Draft Medium Term Plan 1977-1982). Die grundsätzliche Bedeutung von Hochschulen für Entwicklung in der Dritten Welt steht hier kaum in Frage.

Hinter dem wachsenden Dissens in der Diskussion der Rolle von Hochschulen im Entwicklungsprozeß stehen nicht nur die Heterogenität der Länder der Dritten Welt und die steigende Komplexität der internationalen Zusammenhänge und Abhängigkeiten, sondern auch tiefe konzeptionelle und ideologische Meinungsverschiedenheiten.

Über die generelle Problematik der Rolle des Erziehungssystems innerhalb eines gegebenen sozialen und ökonomischen Kontextes hinaus ist die Frage nach der Bedeutung der Hochschulen deshalb z. T. auch abhängig von dem jeweiligen Entwicklungskonzept und den ihm immanenten politischen, sozialen, ökonomischen oder kulturellen Werten. Die inhaltliche Bestimmung dessen, was Entwicklung für eine Gesellschaft oder ein Land bedeutet, beeinflusst die unterschiedliche Beurteilung: so fordern z. B. Autoren, die einem primär ökonomischen Begriff von "Modernisierung" folgen, andere Kriterien und Funktionen für Hochschulen in Entwicklungsländern als Autoren, die Vorstellungen den Vorrang geben, in denen soziale und politische Elemente (z. B. Gerechtigkeit) überwiegen.

Tabelle 1: Entwicklungskonzepte, extreme Positionen

	Position A	Position B
Ziele	Modernisierung Produktionssteigerung Wachstum	Gerechtigkeit Verteilung Identität
Verfahren	Entwicklungs-"Hilfe" Transfer von Kapital, Technologie, Know How	Self-reliance Partizipation Austausch

Systematische Kategorien für die Beschreibung des Hochschulbereichs und seiner Bedeutung für die Entwicklung in der Dritten Welt werden erst möglich sein, wenn ein breiterer Konsens für eine entsprechend präzise Systematik der Entwicklungskonzepte selbst vorliegt.

Unabhängig davon ist die empirische Evidenz der Armut und Abhängigkeit der sogenannten Entwicklungsländer nicht zu übersehen:

80% des Welthandels, 93% der Industrie und fast 100% der Forschung (siehe Tabelle 2) werden kontrolliert von den Industrieländern: "We are not the prime movers of our destiny" (NYERERE, 1979, S. 5) - dies gilt auch für den Bildungsbereich in der Dritten Welt.

Tabelle 2: Die weltweite Verteilung von Forschern und Forschungsgeldern (1973)

	Forschungs- aufwendun- gen (Milliar- den Dollar)	in %	in % des Brutto- sozial- produktes	Forscher (Tausend)	Forscher (in %)
Entwick- lungsländer	2, 770	2, 9	0, 35	288	12, 6
- Afrika (o. Südafri.)	0, 298	0, 31	0, 34	28	1, 2
- Süd-, Mit- telamerika	0, 902	0, 94	0, 37	46	2, 0
- Asien (o. Japan)	1, 571	1, 63	0, 34	214	9, 4
Industrie- staaten	93, 648	97, 1	2, 29	1990	87, 4
Welt	96, 418	100, 0	1, 97	2279	100, 0

Quelle: DIE ZEIT, Nr. 34, 17. August 1979, S. 13

2. Zur Funktion von Hochschulen in der Dritten Welt

Zu der Rolle der Universitäten in der Dritten Welt sind in den letzten Jahren in der Bundesrepublik wichtige Beiträge erschienen (z. B. STEGER, 1967; NEELSEN, 1973; NAJMAN, 1976; GOLDSCHMIDT, 1977; KÜPER, 1977), die ein wachsendes wissenschaftliches Interesse an den vielschichtigen Herausforderungen internationaler Fragestellungen in diesem Sektor signalisieren. Lehre, Forschung und Beratungstätigkeit - diese drei

beinahe klassischen Funktionen werden immer wieder als zentrale Aufgaben der Hochschulen in der Dritten Welt genannt. Nicht zuletzt wegen der außerordentlichen quantitativen Expansion der letzten Jahre, die durch eine punktuelle Überlappung der Nachfrage seitens des Beschäftigungssystems und durch das individuelle Aufstiegsstreben vieler Einzelner (manpower - social demand) ausgelöst wurde, hat die Funktion von Lehre und Ausbildung im tertiären Sektor eine in der gegenwärtigen Diskussion dominierende Bedeutung erhalten. "The root objective of the Latin American university is the production of graduates..." (TIERNNEY, 1972, S. 102). Die kritische Diskussion richtet sich nicht nur auf die Frage, inwieweit innerhalb der Ausbildungsfunktion die Elemente von Qualifikation, Alokation, Selektion und Integration in einer sozial und ökonomisch sinnvollen Proportion zueinander stehen (z. B. NEELSEN, 1973), sondern auch auf das grundsätzlichere Problem der Berechtigung der Dominanz dieser Funktion überhaupt (z. B. GOLDSCHMIDT, 1977; KÜPER, 1977): Müssen zum Beispiel "Professoren der afrikanischen Universitäten zunächst einmal ausgezeichnete Pädagogen und Menschen sein, müssen sie bereit sein, "der Forschung weniger Zeit zu widmen" (NAJMAN, 1976, S. 94)?

Damit verbunden stellt sich die Frage nach der Forschungstätigkeit von Hochschulen und wissenschaftlichen Zentren zunächst als Frage nach der generellen Bedeutung wissenschaftlicher Forschung für die gegenwärtigen Bemühungen um eigenständige Entwicklung in der Dritten Welt; "landzugewandte" versus "landindifferente" oder "landfremde" Forschung (GOLDSCHMIDT, 1977, S. 149). Angesprochen sind dabei nicht nur Probleme von Relevanz und wissenschaftlicher Qualität, sondern ebenso auch die ökonomische Frage nach den - zumeist unzulänglichen - erforderlichen Ressourcen und, im eher politischen Kontext, die Frage nach der Freiheit von wissenschaftlicher Forschung in einer Zeit anscheinend notwendig wachsender staatlicher Einflußnahme.

Die dritte erwähnte Funktion, Beratungstätigkeit, hat besonders in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen; darunter werden in der Regel drei Aufgabenbereiche verstanden: allgemeine Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Forschungsergebnisse, gezielte Programme - oft nicht-formaler - wissenschaftlicher Fortbildung außerhalb der Hochschule sowie gezielte wissenschaftliche Beratung im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Fragen nach der unmittelbaren Wirksamkeit und Nützlichkeit, nach der politischen und sozialen Verantwortlichkeit auch gerade im konkreten Feld der Durchsetzung von Innovationen stehen im Mittelpunkt der Diskussion dieses Aufgabenbereiches der Universitäten, dem generell wegen des Mangels außeruniversitärer wissenschaftlicher Beratung in Ländern der Dritten Welt große Bedeutung zukommt.

Im engen Zusammenhang mit den genannten Funktionen wird vielfach ein vierter Aufgabenbereich hervorgehoben, dem die Hochschu-

len gerade in einer Zeit sich verändernder internationaler Beziehungen mehr eigenes Gewicht zuzuerkennen hätten: "Die Universität des Zeitalters der wissenschaftlichen Zivilisation in Lateinamerika hat die Aufgabe zu übernehmen, die Identität der "raza cósmica" gegenüber der künstlichen Selbstentfremdung zu vertreten, wie sie im wissenschaftlich geführten praktischen Handeln ständig erzwungen wird" (STEGER, 1962, S. 13). Diese "humanistische Aufgabe" - wie sie STEGER Anfang der sechziger Jahre sah - stellt sich heute vielfach als die Bewahrung und Vertiefung autochthoner Kultur einer Nation, einer Region, eines Kontinents dar. Es geht darum, das große geschichtliche Erbe wieder wirksam werden zu lassen für die notwendigen Prozesse sozialer und nationaler Identifikation - "nation-building" (MAZRUI, 1978) -; dazu gehört die intellektuelle, aber auch emotionale Aufgabe der Professoren und Studenten in Lehre und Forschung, "sich mit ihrem Volk und seinen Problemen zu identifizieren" (GOLDSCHMIDT, 1977, S. 147) und dadurch einen Beitrag zu leisten zur sozialen Integration: "... the emergent African university must be much more than an institution für teaching, research and dissemination of higher learning" (YESUFU, 1973, S. 42). Die Problematik dieses Aufgabenbereiches insbesondere angesichts der herrschenden internationalen, d. h. von Industrieländern weitgehend bestimmten wissenschaftlichen Standards ist evident: "What matters is to concede to Africa and its university the right to evolve an indigenous identity" (YESUFU, 1973, S. 87).

Im Unterschied zu den drei eher traditionellen Funktionen der Universität: "The advancement, the communication and the application of science" (UNESCO, 1970, S. 47) wird mit dieser hier skizzierten vierten Funktion eine in der Dritten Welt oft wenig beachtete Dimension der Aufgabe von Hochschulen deutlich, welche über klassische Vorstellungen von einer Wissenschaft allgemeiner und notwendiger Aussagen hinausgeht. Als Ziele von Hochschulen werden in diesem Zusammenhang auch genannt: "provision of intellectual leadership", "promoting social and economic modernisation", "promoting intercontinental unity and international understanding" (YESUFU, 1973, S. 42) oder "value-affirming function", "social control function", "social criticism function" (DORE, 1978, S. 7). Aus der Spannung zwischen einem solchen Anspruch nationaler und sozialer Verbindlichkeit, der sich auch in der Geschichte der abendländischen Universität wiederholt beobachten läßt, und dem Anspruch wissenschaftlicher Objektivität und Qualität - "the inevitable conflict between the quest for relevance to national goals and the pressure for meeting international standards of scholarship" (NAGARAJA RAO, 1978, S. 117) - wird ein großer Teil der gegenwärtigen Problematik der Hochschulen in Ländern der Dritten Welt verständlich; d. h. aus der Spannung zwischen unterschiedlichen und mitunter sogar widerstreitenden Aufgaben, zwischen dem Engagement für die eigenständige Entwicklung einer Gesell-

schaft und der Verpflichtung für die von Ort und Zeit relativ losgelösten wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten.

3. Viele Absolventen - wenig Arbeitsplätze

Die Diskussion der konkreten Aufgaben innerhalb der einzelnen Funktionen kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Vielmehr soll im folgenden exemplarisch an den gegenwärtigen Problemen universitärer Lehre und Ausbildung in der Dritten Welt skizziert werden, mit welchen Schwierigkeiten Hochschulen heute vielerorts konfrontiert sind.

Die Wahl fällt nicht zuletzt auf den Bereich der Ausbildung, weil im Unterschied zu anderen Funktionen der Universität hier relativ kurzfristige, quantitativ überprüfbare Entwicklungen beobachtbar sind; hinzu kommt, daß der Ausbildungsfaktor nicht nur wirksam wird auf die sozio-politische und ökonomische Situation eines Landes, sondern unmittelbar sich auf das Leben des einzelnen Studenten und seiner Familie auswirkt und von daher besondere entwicklungspolitische Aufmerksamkeit genießt.

Die Problematik dieser Funktion des tertiären Sektors ist in der Regel an krasser quantitativer Expansion evident geworden. Überall in der Welt sind die Studentenzahlen in den letzten Jahren gestiegen. In den meisten Ländern der Dritten Welt liegt der prozentuale Anteil der Studenten von einem Geburtsjahrgang zwar noch weit unter dem westlicher Industrieländer, die meisten Steigerungsraten übertreffen jedoch eindeutig die quantitative Entwicklung in der Ersten Welt (siehe Tabelle 3).

Der vor wenigen Jahren vielfach begrüßte (z. B. BEREDAY, 1973; OECD, 1974) Trend von der sogenannten "Elite"- zur "Massen"-Universität hat nicht nur zu monströsen Institutionen wie die UNAM, Mexiko, mit mehr als 200.000 Studenten geführt, sondern auch zu einer außerordentlichen Vermehrung der Institutionen im tertiären Sektor selbst: in Nigeria z. B. hat sich innerhalb von 5 Jahren die Zahl der Universitäten von 6 auf 13 mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung hat zunächst vor allem dort zu Problemen geführt, wo der Arbeitsmarkt nicht in gleicher Weise expandieren konnte: Allein in Mexiko-Stadt gab es 1977 34.000 arbeitslose Architekten mit Hochschulabschluß; in Indien warten hunderttausende von Ingenieuren auf angemessene Arbeit (NEELSEN, 1973); in Ägypten, einem Land, das gegenwärtig noch jedem Hochschulabsolventen einen Arbeitsplatz gesetzlich garantiert, sind die alten Arbeitsbereiche eines Diplomlandwirts in der Administration z. B. heute auf bis zu 10 junge Universitätsabsolventen verteilt, die zum Teil in einem Raum um einen einzigen Schreibtisch "untergebracht" sind.

Hinzu kommt vielfach, daß der Bedarf des Arbeitsmarktes sich in Sektoren - vor allem Technik, Handel etc. - ausdehnt, so daß in bestimmten traditionell bevorzugten Fächern wie Jura und einigen Geistes- und Sozialwissenschaften besonders brisante Diskrepanzen zwischen Ab-

Tabelle 3: Entwicklung der Studentenzahlen 1969/70 - 1974/75

Region	eingeschr. Studenten (in tausend)	Steigerungsrate in %	Studentenzahl 1975
	1969/70	1974/75	in % der Bevölkerung im Alter von 20 - 24 Jahre
Welt	24.369	33.284	37 o. A.
Afrika	416	799	92 o. A.
- Ägypten	197	408	107 13
- Nigeria	10	32	237 1
- Zaire	10	21	106 1
Asien +	5.262	6.905	31 o. A.
- Indonesien	192	278	44 2
- Japan	1.631	2.249	38 25
Südamerika	1.393	3.093	122 o. A.
- Bolivien	27	52	89 10
- Brasilien	347	955	175 10
USA	7.917	11.185	41 54
UDSSR	4.550	4.854	7 22
BRD	441	836	90 20

Quellen: UN Statistical Yearbooks 1972, 1977; Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1978

+ ohne China, Nordkorea, Vietnam

solventenzahlen und Stellenangeboten auftreten.

Dadurch geraten die mit der quantitativen Expansion verbundenen ökonomischen Konsequenzen für die Hochschulen in das Zentrum der kritischen Diskussion. Auf der einen Seite wird der Sinn der massiven Investitionen im tertiären Sektor überhaupt in Frage gestellt (BLAUG, 1977; HANF u. a., 1977); die Hochschulen werden dem Vorwurf ausgesetzt, eine extrem teure "Produktion" (einschließlich hoher Drop-out-Raten) zu liefern, für die es so gut wie keinen "Markt" gäbe (es sei denn in Industrieländern, Problem des Brain-Drain); sie entzögen damit anderen Investitionsbereichen - Straßenbau, Krankenhäusern, Kindergärten etc. - die dort dringend erforderlichen Mittel und schädeten somit der Gesellschaft eher, als daß sie für sie von Nutzen wären. Auf der anderen Seite werden die mit den ständig steigenden Etats verbundenen Bürokratisierungs- und Kontrolltendenzen kritisiert, die der freien Entfaltung wissenschaftlicher Arbeit immer engere - vielerorts kurzfristig politische - Grenzen setzen.

Auch in den Hochschulen selbst führen die vielfach sehr rasch ansteigenden Immatrikulationsquoten zu erheblichen Problemen: die Qualität wissenschaftlicher Ausbildung hält nicht Schritt mit den Anforderungen des sozialen und wirtschaftlichen Bedarfs; Qualität und Effizienz sinken durch Überforderung des Personals und der Hochschuleinrichtungen, durch vielfach obsoleete Curricula und unzulängliche didaktische Konzeptionen. Der wachsende Konkurrenzdruck, dem sich Studenten wie Hochschullehrer ausgesetzt sehen, die "Pest der Diplome" (DORE, 1976), belasten die Entwicklung von Produktivität und Kreativität der Studenten: d. h. die Entwicklung gerade jener Fähigkeiten, die den Fortschritt eines Landes voranbringen. Während eine immer massivere Selektion betrieben wird, bleiben die Aufgaben professioneller Qualifikation der Studenten und insbesondere ihre produktive Integration in die Gesellschaft oftmals nur unzureichend gelöst.

Symptome für die von den Studenten erfahrene Krise eines akademischen Studiums, das die Bedürfnisse der unmittelbar Betroffenen und der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht erreicht, sind unter anderem die bereits erwähnten extrem hohen Drop-Out-Raten, die Abwanderung ins Ausland (Brain-Drain), eine politische Radikalisierung oder individuelle Flucht in Subkulturen.

In diesem Zusammenhang müssen auch Probleme im Hochschullehrerbereich erwähnt werden. Von den 1976 rund 23.000 Hochschullehrern in Mexiko zum Beispiel waren nur knapp 10% promoviert; über 70% waren nur stundenweise angestellt und nur 15% hatten einen vollen Vertrag (ANUIES, 1976). Diese Situation, die in vielen Ländern ähnlich ist (ALTBACH, 1977; PELCZAR, 1977), belastet nicht nur die Lehre, sondern wirkt sich gerade auch auf die Forschungs- und Beratungsfunktion der Hochschulen negativ aus.

Die in einigen Ländern - z. B. im frankophonen Afrika - zahlreichen

ausländischen Dozenten können trotz vielfach hoher Qualifikation nur einen begrenzten positiven Beitrag leisten. Diese in der Ersten Welt ausgebildeten und sozialisierten Wissenschaftler transferieren nicht nur "notwendige und allgemeingültige" Inhalte ihrer Fachdisziplin, sie sind zugleich Übermittler einer bestimmten Art, "die Dinge zu sehen"; Übermittler auch einer bestimmten Didaktik, eines bestimmten Verhaltens zu Kollegen und Studenten, einer bestimmten Art zu planen und zu arbeiten (GOLDSCHMIDT, 1977, S. 155 f.). Die zumeist auf wenige Jahre begrenzten Arbeitsverträge lassen ihnen keine Zeit zu einer vertieften "Anpassung", die produktiv wirksam werden könnte. Die Diskrepanzen zwischen der inhaltlichen Leistung der Hochschulen und dem Bedarf an Qualifikation einer Gesellschaft führen schließlich vielerorts zu einer noch verschärften Kritik aufgrund der verheerenden Auswirkungen, welche die mitunter fragwürdigen, "entfremdeten" Anforderungen innerhalb der Hochschulen ihrerseits auf den Sekundarbereich und damit dann auch den Primarbereich ausüben.

Die genannten Kritikpunkte charakterisieren innerhalb des Ausbildungsbereichs das problematische Verhältnis zwischen Hochschule und Entwicklung in der Dritten Welt:

- extrem gestiegene Studentenzahlen;
- sinkende Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt;
- extrem gestiegene Kosten und steigender Einfluß der Finanzgeber - in der Regel der einzelne Staat;
- fragwürdige Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung.

Wie bereits eingangs erwähnt, haben diese Kritikpunkte nicht überall in gleicher Weise Gültigkeit; in Schwarzafrika zum Beispiel ist vielerorts der Arbeitsmarkt für Akademiker noch aufnahmefähig, und in Südostasien scheinen in jüngster Zeit die Studentenzahlen kaum noch weiter zu steigen. Trotzdem haben die Entwicklungen im Ausbildungsbereich in der Dritten Welt vielfach zu einer tiefgehenden Reserve gegenüber Hochschulen geführt; diese werden oftmals nur noch als politisches Instrument verstanden, die unruhige Jugend von der Straße fern und damit halbwegs kontrolliert zu halten: "Wir betrügen die Studenten", sagte mir ein Kollege aus Mexiko, "die von uns nicht mehr lernen, Probleme zu lösen und Verantwortung zu tragen, sondern nur noch Positionen auszufüllen ohne jegliche produktive Leistung; wir betrügen unsere Gesellschaft um den Nutzen immenser Investitionen; wir betrügen schließlich uns selbst, da wir unsere Arbeit nicht mehr an den Herausforderungen unserer Wissenschaft orientieren, sondern an den bequemen Kontrollmechanismen der Prüfungsordnungen". Wo bleibt die Gültigkeit jenes alten persischen Wortes, daß "die Tinte des Wissenschaftlers mehr Wert sei als das Blut des Märtyrers"?

4. Hochschulen als "koloniales Erbe": Eine gemeinsame Krise

Selbst wenn man die Heterogenität der Länder in der Dritten Welt und die Komplexität ihrer unterschiedlichen internationalen Einbindungen berücksichtigt, erscheint es im Überblick richtig, von einer "konzeptuellen und institutionellen Krise" (GOLDSCHMIDT, 1977, S. 166) nicht nur der afrikanischen Universitäten, sondern auch der Universitäten in Lateinamerika und Asien - selbst in China (ELWERT, 1979) - zu sprechen. Diesbezüglich werden insbesondere 5 Faktoren genannt (daß darüber hinaus jeweils noch unterschiedliche historische, regionale und aktuell politisch-ökonomische Faktoren wirksam sind, bedarf keiner Frage):

(1) Die in den verschiedenen Institutionen des tertiären Sektors in Ländern der Dritten Welt weithin praktizierte Wissenschaft und Bildung ist die traditionsreiche Wissenschaft der Ersten Welt; d. h. sie ist weitgehend transferierte Wissenschaft, fremde oder auch sogenannte "weiße" Wissenschaft, die zur Geschichte, zur religiösen, politischen und sozialen Kultur eines Landes und damit auch zu den hier auftretenden akuten Problemen oftmals kaum eine gewachsene Beziehung hat. Greifbares Zeichen dafür ist die Tatsache, daß in vielen Ländern "weiße" Wissenschaft (vor allem Technik und Naturwissenschaften) nur in "weißer" Sprache vermittelt wird. Ursache für fehlende Übersetzungen sind nicht allein ökonomische Gründe. Wenn Sprache die Art ist, wie eine Gemeinschaft sich Realität aneignet und mit Wirklichkeit umgeht, dann berührt die Unmöglichkeit, bestimmte wissenschaftliche Texte in die Landessprache zu übersetzen, unmittelbar die Frage nach der Relevanz dieser Wissenschaft für die Entwicklung der entsprechenden Region.

Das Transferproblem ist vom Problem der Sprachen nicht zu trennen; dies gilt im übrigen auch für Industrieländer, wie die Neugründung der Universität Louvain la Neuve in Belgien vor einigen Jahren deutlich machte.

(2) Diese Wissenschaft arbeitet in der Regel streng diszipliniert; sie folgt vielfach eher den Entwicklungen theoretischer Fragestellungen aus den jeweiligen Fachwissenschaften und deren Tradition heraus als interdisziplinären oder transdisziplinären Problemstellungen der gegenwärtigen Situation. Da sich die wesentlichen Probleme der Entwicklung der Dritten Welt heute kaum reduzieren lassen auf disziplinspezifische Kategorien, bleiben viele Leistungen der Wissenschaft für die Lösung der praktischen Probleme unbefriedigend.

(3) Die Praxis der Wissenschaft der Länder in der Dritten Welt orientiert sich vielfach an sogenannten internationalen Standards qualitativer und damit auch ökonomischer Art (GALTUNG, 1977); diese Standards stammen aus den reichen Ländern, sie bedeuten eine vielfältige Überforderung für die armen Länder; zudem bleibt die Frage nach

ihrer Gültigkeit auch für Gesellschaften in der Dritten Welt zumindest zweifelhaft.

(4) Tertiäre Bildung in der Dritten Welt hat vielfach das Postulat von Autonomie und Freiheit der Wissenschaft übernommen und damit ihre Verpflichtungen gegenüber akuten, verbindlichen Aufgaben sozialer und ökonomischer Entwicklung an den Rand gedrängt; "national development objectives, resource allocations, and manpower priorities and educational goals" (YESUFU, 1973, S. 82) bleiben dadurch weitgehend außerhalb des wissenschaftlichen Interesses.

(5) Vielfach werden schließlich organisatorische und administrative Strukturen wissenschaftlicher Arbeit übernommen, die der Bewahrung und Stabilisierung einer Institution und damit dem Status quo ihrer Gesellschaft dienen; eine Anpassung an den oftmals sich rasch verändernden Bedarf einer Entwicklungsgesellschaft ist dadurch nur unzureichend möglich.

Die genannten Faktoren haben für die unterschiedlichen Wissenschaften unterschiedliches Gewicht. Das Transferproblem zum Beispiel wird inhaltlich besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch in einigen Technikwissenschaften - wie u. a. Agrar- und Forstwissenschaft, Architektur etc. - relevant. In den Naturwissenschaften und ihren "Grundlagenfächern" werden dagegen besonders der Druck der internationalen Standards und die oft fehlenden Ressourcen selbst für die Anlage einfacher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben als Belastungen erfahren.

Für eine - dringend erforderliche, aber hier nicht leistbare - weitreichende Analyse der Krise des tertiären Bildungswesens scheinen die genannten Faktoren eher (zweifelsohne berechnete) Anlässe für Kritik zu sein als Kategorien der Struktur der Krise selbst. Eine vorsichtige Phänomenologie läßt in den aufgezählten Kritikanlässen vor allem ökonomische Verwertbarkeit als dominierendes Merkmal erkennen, zumindest dort, wo einem Postulat kurzfristiger Problemlösung und Bedürfnisdeckung Vorrang eingeräumt wird. Dies scheint Ausdruck zu sein für die weithin vorherrschende Auffassung, daß Entwicklung in erster Linie gleichzusetzen ist mit ökonomischem Wachstum, mit Steigerung von Produktion und Effizienz. Damit stellt sich jedoch die Frage, ob die gegenwärtigen Beschreibungen der Krise im Hochschulwesen in der Dritten Welt nicht eher einseitig und damit unter Umständen in gefährlicher Weise unvollständig sind, weil zum Beispiel politische und soziale, aber auch psychologisch-pädagogische Kategorien zu wenig herangezogen werden. In diesem Zusammenhang scheint es wesentlich, nicht zu übersehen, daß strukturelle Probleme der Hochschulen in der Dritten Welt - freilich mit unterschiedlichen Akzenten und Gewichten - sich auch in der Situation der Hochschulen der Ersten Welt beobachten lassen. Auch hier sprechen

viele von "Krise" und "Zerfall", so etwa das International Council on the Future of the University in seinem "Bericht über die deutschen Universitäten". Auch hier wächst die Skepsis an der modernen Universität: "There is a prevailing opinion that education in general, and higher education in particular, has failed to adjust itself to the changing needs of society" (Higher Education in Europe, 1978, S. 3; vgl. auch FULTON, 1978). Die Sorgen über Entfremdungsprozesse in der wissenschaftlichen Arbeit wachsen auch hier und damit die Unsicherheit über Funktionen, Inhalte und Organisationsformen innerhalb des tertiären Bereichs. Der Zusammenhang ist offensichtlich, und er beinhaltet mehr als jenen "growing sense of internationalism and interdependency among institutions of higher education throughout the world" (KNOWLES, 1977, S. 15a); er ist zugleich Ausdruck und Spiegel des weitverzweigten Netzes der Interdependenz aller kulturellen und ökonomischen Systeme, zumal der tiefen Abhängigkeit der armen Länder, in welchem auch Wissenschaft und Kultur oft genug zum Vehikel fremder ökonomischer und politischer Interessen pervertiert worden sind (MAZRAI, 1975). Dieser Zusammenhang hat eine sehr einfache, sehr reale Bedeutung: Abhängigkeit hindert eigenständige Entwicklung.

Der strukturelle Zusammenhang der Problematik der Hochschulen in der industrialisierten und in der Dritten Welt führt zu einer wichtigen Folgerung: Die gemeinsame "Krise" bedarf zu ihrer Überwindung auch gemeinsamer Anstrengung, bedarf der Entwicklung hier wie dort. Diese Anstrengungen können nicht der Dritten Welt allein oder doch prioritär zugewiesen werden, nur weil dort Fehlentwicklungen abendländischer Hochschultradition vielerorts deutlicher auftreten und in ihren Konsequenzen leichter greifbar sind.

Allerdings scheint die größere Last der Dritten Welt zuzufallen, weil sie vor allem vor der entscheidenden Aufgabe steht, aus einer weitgehend fremden Wissenschaft ein eigenständiges Instrument in Lehre, Forschung und Dissemination zur eigenständigen Entwicklung werden zu lassen: "The principal road blocks of change, however, are university and administrative structures inherited from colonial systems that are now obsolete because of escalating demands for change" (THOMPSON, FOGEL, 1976, S. 10).

Über die Frage internationaler Abhängigkeiten hinaus stellt sich zugleich auch die Frage nach der Abhängigkeit bzw. nach dem Handlungsspielraum des Erziehungs- und damit auch Hochschulsystems innerhalb eines übergeordneten sozialen und ökonomischen Gesellschaftssystems. Können Universitäten mehr sein als Spiegel und Instrument des Gesellschaftssystems, das sie unterhält und in dem sie arbeiten? Können Hochschulen überhaupt einen Beitrag leisten zu einer gerechteren Verteilung von Wissen, von Kapital und Macht und damit von Entwicklungschancen, solange Ungleichheit strukturelles Merkmal eines herrschenden sozialen und ökonomischen Systems ist, welches seinerseits von Produktionsverhältnissen bestimmt wird, die auf Ungleichheit - bis hin zu Unterdrückung

und Ausbeutung - aufgebaut sind (CARNOY, 1974; CARNOY, LEVIN, 1976)?

Es scheint in Ländern der Dritten Welt - z. B. in Kuba, China, aber auch in Tansania einerseits und andererseits in Brasilien, Iran oder Nigeria - eine Reihe von Beispielen zu geben, die darauf hindeuten, daß Veränderungen in Hochschulen ohne Veränderungen des ökonomischen Systems allenfalls marginale soziale Bedeutung haben können; daß mit anderen Worten die Bedeutung der Hochschulen für Entwicklung sehr eng damit verbunden ist, wie Entwicklung von denen verstanden wird, die in einem Land über soziale und ökonomische Macht verfügen.

5. Bedingungen alternativer Konzepte

Die Diskussion um notwendige einschneidende Veränderungen in den Hochschulen der Dritten Welt hat erst begonnen. Es gibt wenig empirische Evidenz über allgemein gültige Bedingungen eines neuen, erfolgreicherer Weges, wenn auch vielfältige Bemühungen um neue Modelle - von internationaler Forschungsk Kooperation in Netzwerken bis hin zur Einschreibung selbst von Analphabeten als Studenten - beinahe in jedem Land unternommen werden (z. B. BIEGER u. a., 1973; ALTBACH, 1974; RANGEL GUERRA, 1975; STEPHENS, RODERICK, 1975; SALINAS AMESCUA, 1977; THOMPSON, FOGEL, 1976/77): "If there were a world index of significant educational innovations, I feel sure it would show that the volume of such innovations in the last ten years has been considerably greater than in any comparable previous period" (COOMBS, 1977, S. 63 f.).

Bei GOLDSCHMIDT - und aufgegriffen von KÜPER (1977) - finden sich sechs leitende Prinzipien für "Fortbestand und Weiterentwicklung der Universitäten" (GOLDSCHMIDT, 1977, S. 146 f.) vor allem in Afrika: Nationale Relevanz, Afrikanisierung, soziale Identifikation; staatliche Hegemonie, akademische Freiheit und internationale Kommunikation. Die jüngste Diskussion (z. B. DORE, 1978; ANDERSON, 1979 oder das Heft der Zeitschrift "development dialogue" 1979/1) ist der Richtung dieser leitenden Prinzipien weiter gefolgt. Dabei finden fünf Schlüsselbegriffe - "Indigenisation", "Selfreliance", Problemorientierung, Partizipation und Flexibilität - immer wieder Verwendung, welche nicht mißverstanden werden dürfen: sie sind, zumindest in der großen Mehrzahl der Länder der Dritten Welt, keine Realität, sondern sie weisen in eine Richtung, in der aus einer Situation der Armut und Abhängigkeit heraus die Chance eigenständiger Entwicklung sichtbar werden kann:

(1) Indigenisation: die "fremde" Wissenschaft (und Bildung) - unbestritten ihrer großen technologischen, aber auch humanen Leistungen - wird zu einer "landverbundenen" Wissenschaft ("endogenous science") abgewandelt werden, die womöglich in der jeweiligen Landessprache zur

Lösung von Problemen der eigenen Umwelt beiträgt. Es geht hierbei um die zentrale Bedingung, Wissenschaft als historische menschliche Tätigkeit zu begreifen, deren Resultate auch von Ort und Zeit und damit von je bestimmten sozialen und ökonomischen Bedingungen abhängen. Dies gilt besonders für die Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch für die Technik- und Naturwissenschaften (MAZRUI, 1975).

(2) **Selfreliance**: Die Praxis des Wissenschaftsbetriebes, die in Lehre, Forschung und Dissemination gegenwärtig noch bestimmt wird vom Transfer von Technologien in Form und Personal, Geräten und Know how, wird zunehmend stärker zurückgreifen auf eigene intellektuelle und ökonomische Ressourcen, die von eigenen Interessen mobilisiert werden. Vielfältige Versuche werden unternommen, um aus der eigenen Kraft einer Hochschule z. B. durch Produktion oder Service-Leistungen neue Mittel zu erschließen oder Formen effektiverer Verwendung zu entwickeln. Die Abwendung von linearen Expansionskonzepten eines ökonomischen "more of the same" (BLAUG, 1977), die sich oft genug als gefährliche Illusion erwiesen haben (HANF u. a., 1977), enthält die Chance, Relevanz und Produktivität wissenschaftlicher Arbeit durch die Konzentration auf vorhandene Ressourcen zu steigern. "Technology transfer" könnte sich entwickeln zum "technology exchange".

(3) **Problemorientierung**: Die wissenschaftliche Arbeit wird weniger orientiert werden an bestimmten, einem anderen historischen Kontext entstammenden Disziplinen; sie wird sich vielmehr zunehmend konzentrieren auf konkrete Aufgaben der realen Umwelt; "landzugewandte" Curricula, Forschungsprojekte, Beratungsaktivitäten werden mehr Gewicht erhalten; dazu werden Peripherisierung und zu einem gewissen Grade auch Ruralisierung des tertiären Sektors notwendig sein. In Thailand zum Beispiel, aber auch in Ägypten und besonders in Tansania haben Hochschulen mit Erfolg einen wesentlichen Beitrag geleistet, um das Problem des vielerorts extremen Stadt-Land-Gefälles einer Lösung näherzubringen. Das Konzept der "Umbrella-Universität" (KÜPER, 1977) könnte zu einem wirksamen Modell für die Einbeziehung ländlicher Regionen in die Entwicklung eines Landes werden, wenn die damit verbundenen dezentralen Organisationsformen realisiert werden können.

Daß Problemorientierung auch regionale oder selbst kontinentale internationale Probleme miteinschließt genauso wie Probleme der Vergangenheit oder der absehbaren Zukunft ("antizipatorisches Lernen"), bedarf keiner Frage; nur dadurch kann der Gefahr, daß eine Vielzahl isolierter "Problemlösungen" sich zu einem übergreifenden Desaster summieren, begegnet werden.

(4) **Partizipation**: Teilnahme aller Betroffenen in wissenschaftlichen Prozessen wird zu einer Grundvoraussetzung werden für Relevanz und Effizienz in Lehre, Forschung oder Beratung, sowie im Prozeß nationa-

ler und kultureller Integration. Dies bedeutet nicht nur die Einsicht, daß auch der tertiäre Sektor je eingebunden und involviert ist in ein soziales und ökonomisches System interagierender Elemente, und damit die Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer Zielsetzungen und gemeinsamer Arbeitsverfahren, sondern es bedeutet auch konkret die Anerkennung der Fähigkeiten zum Beispiel des einzelnen Studenten, Bauern oder auch Regierungsbeamten und setzt Vertrauen voraus in deren Bereitschaft, Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen. Partizipation erfordert schließlich kooperative, dezentrale Arbeits- und Organisationsformen sowie offene Kommunikationssysteme auch und gerade im internationalen Zusammenhang. Als praktisches Beispiel für eine Bemühung um das sicherlich gemeinhin noch wenig realitätsnahe Ziel der Partizipation könnte das von der UNESCO geförderte internationale "Participatory Research Network" des International Council on Adult Education gelten ("ideas and action", FAO, 1978/5).

(5) Flexibilität: "Universities have not manifested the degree of flexibility essential to meet the ever-changing aspirations and needs of the common man" (YESUFU, S82). Kontinuität und Verbindlichkeit gegenüber längerfristigen Aufgaben wissenschaftlicher Arbeit bedürfen der Ergänzung durch größere Offenheit für den rasch sich verändernden Bedarf einer Gesellschaft. Offenheit für Entwicklung, für Anpassung erfordert gerade im tertiären Sektor mehr Flexibilität in den institutionellen Strukturen, in den Verfahren und Entscheidungsabläufen sowie im Einsatz verfügbarer Ressourcen. Ein Versuch in diese Richtung wurde z. B. von der mexikanischen Metropolitan-Universität, Abteilung Xochimilco, unternommen, in der die organisatorische Struktur den einzelnen Hochschullehrer fest in einen Forschungs- und Dienstleistungsbereich (departamentos) einbindet, ihm andererseits die Lehr- und Ausbildungsaufgaben in einem temporären und damit gegebenenfalls rasch änderbaren Zusammenhang zuweist (WESSELER, 1977). Die Realisierung neuer Organisations- und Arbeitsformen gerade im nicht-formalen Bereich des tertiären Sektors sollte leichter möglich werden entsprechend den jeweils akuten Aufgaben in Aus- und Fortbildung, aber auch in Forschung und Entwicklung. Dies bezieht sich vor allem auf eher kurzfristig angelegte Beratungs- oder Disseminationsaktivitäten außerhalb eines festen institutionellen Rahmens bzw. in Form von zeitlich begrenzten Kooperationsprogrammen, wie dies zum Beispiel im Zusammenhang des Southeast Asian Center for Graduate Study and Research Agriculture (SEARCA) an der Universität in Los Baños, Philippine, praktiziert wird.

Angesichts der konkreten, oft bitteren und vielfach verzweifelten Situation einzelner Hochschulen in Ländern der Dritten Welt mögen die genannten fünf Perspektiven vielleicht als hoffnungslos utopisch erscheinen; sie sind jedoch - ähnlich wie die genannten Prinzipien von GOLDSCHMIDT -

verstanden als konzeptuelle Komponenten für das Erreichen des Zieles, nämlich der optimalen Wirksamkeit des tertiären Sektors auf eigenständige, soziale, ökonomische, technologische und politische Entwicklung. Lange Zeit haben sich die Institutionen des tertiären Bildungssektors in der Dritten Welt bemüht, den im Abendland entwickelten rationalen Wissenschaftsprinzipien und Grundeinsichten vielfach einseitig zu folgen, und haben dadurch dem Bedarf ihrer jeweiligen Gesellschaft bestenfalls nur partiell entsprochen. Gegenwärtig läßt sich dagegen ein umgekehrter Trend beobachten, der auf Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zielt und im übrigen durchaus im Einklang steht mit ökonomischen Entwicklungen, wie sie etwa in den Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung sichtbar werden. Es wird eine historische Notwendigkeit sein, diesem Trend zunächst zu folgen, um dem Ziel des Abbaus einseitiger Abhängigkeiten und des Aufbaus gemeinsamer Entwicklung näher zu kommen.

Der Trend zur Eigenständigkeit - das kann hier nur angedeutet werden - bedeutet im übrigen keineswegs, daß Projekte internationaler Bildungshilfe im tertiären Sektor überflüssig werden. Nicht zuletzt angesichts der außerordentlichen technologischen Diskrepanz (siehe Tabelle 4) wird dieser Sektor auch in Zukunft einen nur von wenigen Entwicklungsländern allein tragbaren Aufwand an Finanzen und Know how fordern; dies hat die Position der "Gruppe der 77" auf der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik für Entwicklung (UNCSTD) in Wien (Aug./Sept. 1979) mit Nachdruck deutlich gemacht.

Tabelle 4: Patente in der Dritten Welt

	Zahl der Patente (in Tausend)	(in Prozent)
Industriestaaten	3.300	94
Entwicklungsländer	200	6
Welt	3.500	100
	Verteilung der Patente in Entwicklungsländern	
	(in Tausend)	(in Prozent)
- Einheimische	30	(16)
- Ausländer	170	(84)
- davon nicht angewandt	150-160	(90 - 95)
- davon angewandt	10-20	(5 - 10)

Quelle: DIE ZEIT, Nr. 34, 17. August 1979, S. 13

Allerdings werden solche Projekte sich in Zielsetzung und Arbeitsformen von der bisher vielfach vorherrschenden Praxis, die von kurzfristigen und oft einseitigen ökonomischen Interessen bestimmt wird, unterscheiden. Für die Entscheidung über die Wahl der jeweiligen Organisations- und Arbeitsform international angesiedelter Kooperationsprogramme scheinen drei Kriterien gegenwärtig in der internationalen wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit an Bedeutung zu gewinnen:

- gegenseitiger Nutzen der Arbeit;
- gleiche Rechte für alle betroffenen Seiten;
- langfristige Wirksamkeit
(z. B. World Future Studies Federation).

Das ihnen zugrundeliegende Prinzip der Partizipation kann zugleich Voraussetzung für die Validität und Relevanz der gemeinsamen Arbeit werden - Voraussetzung damit für die Wirksamkeit und Teilnahme an einer Wahrheit, die im oberflächlichen "Reichtum" der Ersten Welt verloren zu gehen droht, während sie in Armut und Leid unübersehbar gegenwärtig bleibt: Entwicklung zu Identität und Gemeinsamkeit ist Aufgabe für den Süden, aber genauso auch für den Norden unserer Erde. Hier liegt nicht nur eine vielversprechende wissenschaftliche Aufgabe, sondern zugleich auch eine nicht länger aufschiebbare praktisch-politische Herausforderung.

Die Bedeutung der Universitäten für eine eigenständige Entwicklung in Ländern der Dritten Welt (und damit für eine Entwicklung, die sich am Bedarf der verarmten Mehrheit der Bevölkerung orientiert) könnte deshalb in dem Grade wachsen, in dem es ihnen gelingt, Ursachen der Unterentwicklung - wie vor allem Abhängigkeiten und Ungleichheit - in ihren eigenen Arbeitsabläufen nicht weiter zu reproduzieren, sondern neue Wege zu finden für die Produktion, Verbreitung und Anwendung einer neuen, qualitativ keineswegs minderwertigen Wissenschaft. Veränderungen und Entwicklungen auch in den Industriestaaten und ihren Universitäten könnten dafür eine wichtige Voraussetzung sein. Angesichts der offensichtlichen Abhängigkeiten des Erziehungssystems von seinem gesellschaftlichen und ökonomischen Kontext gibt es jedoch gegenwärtig wenig Grund, optimistisch zu sein.

Literatur:

- ALTBACH, Ph. (ed.): *University Reform. Comparative Perspectives for the Seventies*. Cambridge, Mass., 1974
- ALTBACH, Ph.: *Comparative Higher Education Abroad. Bibliography and Analysis*. New York, 1976
- ALTBACH, Ph.: *In Search of Saraswati: The Ambivalence of the Indian Academic*. In: *Higher Education*, 1977, No. 6, S. 255-275
- ALTBACH, Ph. und KELLY, D.: *Higher Education in Developing Nations. A Selected Bibliography, 1969-1974*. New York, 1975
- ANDERSON, C.A.: *Higher Education in Transition: An International Perspective*. In: *Higher Education*, 1979, No. 8, S. 3-8
- ANUIES: *La Enseñanza Superior en México 1970-1976*. Asociación Nacional de Universidades e Institutos de Enseñanza Superior, Mexico, 1976
- BEREDAY, G.: *Universities for All*. San Francisco, 1973
- BIEGER, K.-W. et al.: *The Establishment of an Engineering Faculty at the University of Dar-es-Salaam in Cooperation with the Federal Republic of Germany*. In: *Education*, 1973, No. 7, S. 56-65
- BLAUG, M.: *Education and the Employment Problem in Developing Countries*. ILO, Genf, 1973
- BLAUG, M.: *Economics of Education in Developing Countries: Current Trends and New Priorities*. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, 1977
- BOSSE, H.: *Bildungsforschung als Determinanten von Unterentwicklung?* In: KHAN, K.M. und MATTHIESS, V.M.: "Hilfswissenschaft" für die Dritte Welt oder "Wissenschaftsimperialismus"? München, 1976
- CARNOY, M.: *Education as Cultural Imperialism*. New York, 1974
- CARNOY, M. and LEVIN, H.: *The Limits of Educational Reform*. London, 1976
- Commonwealth Secretariat: *Seventh Commonwealth Education Conference, Ghana*. London, 1977
- COOMBS, Ph.: *A Fresh Look at the World Educational Crisis*. In: Commonwealth Secretariat, a.a.O., S. 58-67
- COURT, D.: *East African Higher Education from the Community Standpoint*. In: *Higher Education*, 1977, No. 6, S. 45-66
- CRANE, D.: *Technological Innovation in Developing Countries: A Review of the Literature*. In: *Research Policy*, 1977, No. 6, S. 374-395

- DANCKWORTT, D.: Bilaterale Bildungshilfe der OECD-Mitgliedsländer im internationalen Vergleich. DSE, Bonn, DOK 891 A, Nov. 1976
- DORE, R.: The Diploma Disease. London, 1976
- DORE, R.: The Role of Higher Education in National Development. In: Higher Education in Europe, CEPES, Bucarest, 1978, No. III, 6, S. 5-10
- EICHER, C.: African Universities: Overcoming Intellectual Dependency. In: YESUFU, T.: a. a. O., S. 27-34
- ELWERT, G.: Aktuelle Trends der Hochschulentwicklung in der Volksrepublik China. In: GROENEVELD, S. (Hg.): Materialien zur Chinadiskussion. Saarbrücken, 1979
- ENGELS, B. und LAASER, U. (Hg.): Deutsche Bildungshilfe in der zweiten Entwicklungsdekade. Eine Zwischenbilanz. München, 1978
- FAO: Higher Education and Third World Development Issues. An International Comparative Study. FAO, Action for Development, Rom, 1975
- FAO: The Contribution of Agricultural Faculties and Universities to Development. FAO, Rom, 1977
- FREMEREY, M.: Studenten und Politik in Indonesien. München, 1978
- FULTON, O.: Higher Education into the 1990s: Crisis or Opportunity. In: Higher Education Bulletin 6/2, 1978, S. 49-57
- GALTUNG, J.: Über den Aufstieg der Intellektuellen zur Macht. In: FLITNER, A. und HERMANN, U. (Hg.): Universität heute - wem dient sie? Wer studiert sie? München, 1977, S. 127-138
- GERLACH, K.: Vorüberlegungen zu Maßnahmen der Entwicklungshilfe im tertiären Bildungsbereich. GTZ, Bildungsreport Nr. 1, Eschborn, 1976
- GLIMM, H. und KÜPER, W. (eds.): University, Science and Development in Africa. DSE. Bonn, 1976
- GMELIN, W. (Hg.): Bildungshilfe in der Entwicklungspolitik. DSE. Bonn, 1976
- GOLDSCHMIDT, D.: Förderung der Universitäten in der Dritten Welt - Entwicklungshilfe oder Irreleitung? In: FLITNER, A. und HERMANN, U. (Hg.): Universität heute - wem dient sie? Wer studiert sie? München, 1977, S. 139-170
- GOLDSCHMIDT, D.: Bildungsforschung und Bildungshilfe. In: ENGELS, B. und LAASER, U.: a. a. O., S. 245-264
- GRAAF, J. van de et al. (eds.): Academic Power. Patterns of Authority in Seven National Systems of Higher Education. New York, 1978

- HAAR, J. : The Politics of Higher Education in Brazil. Praeger, New York, 1977
- HANF, T. u. a. : Erziehung - ein Entwicklungshindernis? In: Zeitschrift für Pädagogik, 1977, Nr. 23, S. 9-33
- HAVEMANN, H. : Die Entwicklungsuniversität als Instrument internationaler Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik. Baden-Baden, 1973
- Higher Education in Europe (CEPES): Higher Education for the Future. Bucarest, 1978, No. III, 6
- International Council on the Future of the Universities: Report on German Universities. New York, 1977
- KELLER, R. : The Role of Higher Education in National Development in Southeast Asia. In: Higher Education, 1977, No. 6, S. 489-498
- KHAN, K. und MATTHEISS, V. (Hg.) : "Hilfswissenschaft" für die Dritte Welt oder "Wissenschaftsimperialismus"? München, 1976
- KNOWLES, A. (ed.) : The International Encyclopedia of Higher Education. 10 vol. San Francisco, 1977
- KÜPER, W. (Hg.) : Bildung und Wissenschaft in Entwicklungsländern, GTZ, Eschborn, Nov. 1975
- KÜPER, W. : Hochschulen, Wissenschaft und Entwicklung in Afrika: Bibliographie. GTZ, Bildungsreport Nr. 4. Eschborn, 1976
- KÜPER, W. : Die höhere Bildung in Afrika im Dienst der Entwicklung. In: Afrika Spektrum, 1977, Nr. 12, S. 285-296
- LATAPI, P. : Universidad y Sociedad. Deslinde, UNAM, Mexiko, 1977
- LUMSDEN, K. (ed.) : Efficiency in Universities: The La Paz Papers. Amsterdam, 1974
- MAZRUI, A. : The African University as a Multinational Corporation. Problems of Penetration and Dependency. Harvard Educational Review, 1975, No. 45, S. 191-210
- MAZRUI, A. : Political Values and the Educated Class in Africa. Berkeley, 1978
- MEADOWS, D. und PERELMAN, L. : Limits to Growth - a Challenge to Higher Education. In: Prospects (UNESCO), 1977, No. VII, 1, S. 33-46
- MIRÓ QUESADA, F. : La Universidad como Generadora de Autonomía Nacional. In: Revista de Educación Superior, 1977, No. 21, S. 42-64
- NAGARAJA RAO, K. : University-based Science and Technology for Development. In: Impact of Science on Society, 1978, No. 28, S. 117-125

- NAJMAN, D.: Bildung in Afrika. Vorschläge zur Überwindung der Krise. Wuppertal, 1976
- NEELSEN, J. P.: Student Unrest in India. Weltforum, München, 1973
- NITSCH, W.: Die soziale Dynamik akademischer Institutionen. Weinheim, 1973
- NITSCH, W. und WELLER, W.: Social Science Report on Higher Education and Universities, The Hague: Mouton (2 vol.), 1970/1973
- NYERERE, J.: Unity for a New Order. In: IFDA Dossier 5, Nyon, March 1979
- OECD: Towards Mass Higher Education. Issues and Dilemmas. Paris, 1974
- OEHLER, C.: Hochschulkrise und "Massenstudium". In: DUZ/HD, 1978, Nr. 18, S. 562-564
- ONUSHKIN, V.: The Role of Universities in Post-Experience Higher Education. IIEP, UNESCO, Paris, 1977
- PARKINSON, N.: Educational Aid and National Development. Guildford, 1976
- PELCZAR, R.: The Latin American Professoriate: Progress and Prospects. In: Higher Education, 1977, No. 6, S. 235-254
- PHILLIPS, H. M.: Educational Cooperation between Developed and Developing Countries. New York, 1976
- RANGEL GUERRA, A.: La Universidad y el Desarrollo. In: Revista de la Educación Superior, Mexiko, 1975, No. 4, S. 17-30
- RIOS BUITRAGO, L.: La Universidad en la América Latina en la Cooperación Alemana, DSE, Bonn, 1975
- RODRIGUEZ, A.: Academic Repression in the Third World. Institute of Development Studies, Univ. of Sussex. DP 117, 1977
- SACHS, I.: Crises of Maldevelopment in the North: a Way Out. In: IFDA Dossier 2, Nyon, Nov. 1978
- SAGASTI, F.: Towards Endogeneous Science and Technology for Another Development. In: Development Dialogue (SIDA), 1979, No. 1, S. 13-23
- SALINAS AMESCUA, B.: Una Alternativa de la Universidad Tradicional. In: Revista del Centro de Estudios Educativos, Mexiko, 1977, No. 2, S. 105-113
- SANYAL, B. und KINUNDA, M.: Higher Education for Self-Reliance: The Tanzanian Experience. IIEP, UNESCO, Paris, 1977

- SPAULDING, S.: Educational Planning: Who does what to whom and with what effect? In: Comparative Education, 1977, No. 13, S. 55-68
- STEGER, H.A.: Die Universitäten in der gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas. Gütersloh, 1962
- STEPHENS, M. and RODERICK, W. (eds.): Universities for a Changing World. Vancouver, 1975
- THOMPSON, K. and FOGEL, B. (eds.): Higher Education and Social Change. Promising Experiments in Developing Countries. 2 vol., New York, 1976/77
- TIERNEY, J.: Higher Education in Latin America in an Era of Change. In: NIBLETT, W. and BUTTS, R. (eds.): Universities Facing the Future. The World Book of Education 1972/73. London, 1972
- UNESCO: General Conference, 19. Session, Nairobi 1976: Draft Medium Term Plan (1977-1982)
- UNESCO: Lifelong Education and University Resources. UNESCO/International Association of Universities. Paris, 1978
- VELAZQUEZ, P.G.: The University and Community Development. In: WARD, F. (ed.): Education and Development Reconsidered - The Bellagio Papers. New York, 1974, S. 241-251
- WANDIRA, A.: The African University in Development. Johannesburg, 1977
- WEIZSÄCKER, E.U. von: The Limits to Growth in Higher Education. Keynote Adress to the Third EARDHE-Congress, Klagenfurt, 1979 (Ms.)
- Weltbank: Education - Sector Working Paper, World Bank, Washington, Dec. 1974
- WESSELER, M.: Was heißt denn Praxisbezug? Neue Studiengänge an einer jungen Universität in Mexiko. In: Prisma, 1977, Nr. 16, S. 39-45
- WESSELER, M.: Zur Aus- und Fortbildung von Hochschullehrern in Mexiko. In: DUZ/HD, 1978, Nr. 9, S. 272-274
- WONG, R.: Higher Education in South East Asia: Development and Prospects. In: RIHED News, Singapore, 1976, No. 3
- YESUFU, T. (ed.): Creating the African University. Emerging Issues of the 1970's. Ibadan, 1973

